

Courier

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzustellungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950 und 11 864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuscripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 20.

Berlin, den 14. Mai 1911.

15. Jahrg.

3 Millionen zweihundertneunundsiebzigtausend 796 Std. Arbeitszeitverkürzung

hat der Deutsche Transportarbeiter-Verband im Jahre 1910 für 14 160 Personen in 1238 Betrieben erkämpft. Das ist eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung pro Person und Woche von 4 1/2 Stunden. So schafft die Gewerkschaftsorganisation Schritt für Schritt Muße für Erholung und Schlaf ihrer Angehörigen, schafft ihnen erst die Möglichkeit, das bloße Lasttierdasein abzustreifen und wirklich Mensch zu werden, gibt ihnen die Zeit Kulturerrungenschaften genießen zu können. Es können nur Toren und Verzweifelte sein, die Angesichts solcher Erfolge sich der gewerkschaftlichen Organisation nicht anschließen.

Flappern gehört zum Handwerk.

Mit vielem Lament und noch mehr großsprecherischen Worten wurde vor wenigen Jahren der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe gegründet. Großzügig wurde die Bewegung eingeleitet, die Arbeitgeber sollten eine geschlossene Aktion gegen den verdamnten Deutschen Transportarbeiter-Verband bilden und diesen mit Hilfe des großen Geldsacks niederwerfen. Ein Generalsekretär wurde angestellt, der als grimmigster Wolf den bösen Transportarbeiter-Verband mit fleischenden Zähnen zerreißen und aufzehren sollte. Solltet!

Es ist anders gekommen, ganz anders, als die Herren dachten. Der Transportarbeiter-Verband — bei Lemet noch — und wird größer und größer, mächtiger und mächtiger. Alle Angriffe sind an seiner unverletzlichen Siegfriedshaut abgeprallt, und der Speerführer, Herr Generalsekretär Wolf, hat sich nach jedem mutigen Lanzenstoß auf den Popo gesetzt.

Nun hat dieser Arbeitgeberverband kürzlich seine 5. Generalversammlung abgehalten. Von den 13 Aufsichtsräten waren dabei nur 6 Herren anwesend, die übrigen hatten sich entschuldigt oder auch nicht entschuldigt. Sie scheinen in der Suppe schon ein Haar gefunden oder gar die Zwecklosigkeit der Scharfmacherei eingesehen zu haben. Es sind dieses unseren Kollegen recht bekannte Herren und zwar: F. Graeff, Mannheim — die Generalversammlung tagte in Mannheim — L. Heul, Heidelberg, von Steffel, Karlsruhe, E. Wenzel, Kassel, D. Kaiser, Straßburg, Ad. Böker, Baden-Baden, Joh. Wenzel, Frankfurt a. M. Nur 6 Mann hielten noch treu zur Fahne; es sind dies: Deliehausen, Frankfurt a. M., C. W. Kraepert, Heidelberg, Alb. Dern, Pirmasens, G. Gehringer, Offenburg, E. Heller, Offenburg und C. Auer, Mainz. Ueber die Zahl der Teilnehmer überhaupt, schweigt man sich vorsichtig aus, respektive nimmt dafür den Rautschutzbegriff „zahlreich“. Wer's glaubt!

Herr C. W. Kraepert brillierte mit dem Geschäftsbericht; er konnte einen „Riesenerfolg“ des „Südwestdeutschen“ gegen den Transportarbeiter-Verband hervorheben. Hier ist er wörtlich:

„C. W. Kraepert, um dem Geschäftsbericht noch hinzuzufügen, daß die Tätigkeit des Verbandes in Heidelberg auch noch insofern von Erfolg begleitet war, als die Bestrebungen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, die Straßenbahner vollständig unter seinen Hut zu bringen, mißlungen sind und daß sogar von den früher Zugetretenen jetzt wieder eine ganze Anzahl ausgegetrennt ist, welche einen nichtsozialdemokratischen Verein gegründet haben. Redner hebt hervor, daß es doch auch eine große Schwäche zeige, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband es nicht mehr wage, seine früheren

detaillierten Quartalsübersichten zu veröffentlichen, seitdem die „Südwestdeutsche Arbeitgeberzeitung“ ihre Kritik an den veröffentlichten Zahlen geübt habe.“

Den armen Heidelberger Straßenbahnern wird nun ihre Niedrumtheit von Arbeitgeberseite beschönigt. Vielleicht sehen sie jetzt ein, wessen Interessen ihr Lokalvereinschen vertritt.

Wir „wagen“ es nicht mehr, unsere Quartalsübersichten detailliert zu veröffentlichen. Das „Wagen“ ist besonders reizend im Munde derer, die überhaupt keinen Klassenbericht in der Öffentlichkeit geben, und obendrein ihre Zeitung unter Aufsicht der Öffentlichkeit erscheinen lassen. Wir haben nur eingesehen, daß drüben nicht gerne mit offenen Waffen gekämpft wird, und uns deshalb entschlossen, den Herren Rätsel aufzugeben, von denen wir wissen, daß sie gewissen Leuten böse Kopfschmerzen machen.

Herr Wolf wußte natürlich noch von mehreren solchen „Erfolgen“ zu berichten:

„Karlsruhe. Hier suchte der Deutsche Transportarbeiter-Verband durch einen Gewaltstreik den gutgeleiteten aber nicht sozialdemokratischen Straßenbahnerverein zu sprengen und sich auch dessen Vereinsvermögen zu bemächtigen, indem er in einer nicht ordnungsgemäß einberufenen Versammlung den Verein in eine Sektion der Straßenbahner des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes umwandeln und einen sozialdemokratischen Vorstand wählen wollte. Es gelang ihm aber nicht, denn der alte Vorstand fügte sich nicht, der Verein blieb bestehen und nur wenige traten aus. Daß dies so gekommen ist, können wir aber wohl zum großen Teil als Verdienst unseres Verbandes aufrechnen. Denn als wir die Machinationen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes erfuhr, griffen wir mit aller Energie ein, insbesondere dadurch, daß wir jeden einzelnen Tramwayangestellten mit Bezug auf ähnliche Vorkommnisse in Straßburg durch ein Zirkular über die Folgen des Beitritts zum Deutschen Transportarbeiter-Verband aufklärten.“

Arbeitnehmer, die sich durch ein Zirkular eines Scharfmacherverbandes aufklären lassen, sind wirklich Märtyrer, wert als Mumien für alle Zeiten im Kulturhistorischen oder auch naturhistorischen Museum ausgestellt zu werden. Die Herren werden es ja gewiß bedauern, daß sich nur unter den Straßenbahnern und nicht auch unter den Fuhrleuten solche dumme Exemplare der Spezies Homo finden. Diese Vereinsbrüder machen freilich auch unter den Straßenbahnern den Kohl nicht fett, zumal ja die Herren Arbeitgeber, wie wir sehen, für gründliche Aufklärung Sorge tragen.

Und nun noch ein anderer Bombenerfolg des Arbeitgeberverbandes. Hören wir:

„Zwischen den Mannheimer Möbelspeditoren und ihren Arbeitern besteht ein Tarifvertrag, der jährlich gekündigt werden kann. Im Jahre 1909 beabsichtigten die Möbelspeditoren, sich den anderen Speditoren anzuschließen, nicht

um an dem Vertrag etwas abzuwaschen, sondern um einheitliche Bedingungen betreffs der Fuhrleute zu erreichen. Dies wurde durch einen Zufall vereitelt, indem die Kündigung zu spät in die Hände des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, das Ansuchen an die Mannheimer Möbeltransportfirmen, den Vertrag um zwei Jahre zu verlängern, was dieselben auch nach Rücksprache mit unserem Verband bewilligten. Dies suchte nun der „Courier“ als eine schwere Niederlage der Mannheimer Möbelspeditoren und unseres Verbandes hinzustellen. Aus dem hier Gesagten ergibt sich ohne weiteres, welchen Schwindel der „Courier“ seinen Anhängern vormachen muß, um dem Deutschen Transportarbeiter-Verband Verdienste herauszurechnen, die er gar nicht erworben hat.“

Gemach, wer da schwindelt, das haben die letzten Lohnbewegungen gerade in Mannheim bewiesen, die alle mit hübschen Erfolgen für unsere Kollegenschaft abgeschlossen worden sind. Die Herren haben dabei erfahren, was herauskommt, wenn man dem Augenrate des „Südwestdeutschen“ folgend, keine Tarife abschließen will. Wer zuletzt lacht, lacht am besten und wir lachen jetzt, weil den Herren gerade in Mannheim die Felle weggeschwommen sind. Und dabei waren sich die Herrschaften ihrer Sache so sicher.

Die Erfolge des „Südwestdeutschen“ sind aber noch nicht alle. Den größten Erfolg hat der Vorstehende, Herr Kraepert, gehabt und er würde es sicher uns sehr übel nehmen, wenn wir diesen, seinen speziellen Erfolg, übergängen. Hier ist er laut Bericht:

„Heidelberg. Um den unerhörten persönlichen Angriffen und Beschimpfungen unserer Vorstandsmitglieder durch Flugblätter des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes und dessen Verbandsorgan, dem „Courier“, ein Ende zu bereiten, entschloß sich der stellvertretende Vorstehende Kraepert, alle ihm bekanntwerdenden Fälle durch Klagen wegen Verleumdung zu verfolgen. Er hatte auch vollen Erfolg, indem die Verleumdiger zu empfindlichen Geldstrafen, in die Gerichtskosten und zu Ehrenerklärungen verurteilt worden sind. Das hat so gewirkt, daß die Redaktion des „Courier“ bei der letzten Klage freiwillig eine Ehrenerklärung gab und die Kosten übernahm. Seit dieser Zeit hüten sich die Herren Gegner, offensichtlich persönlich zu werden, und hat also das Vorgehen des Herrn Kraepert reinigend gewirkt und ist demselben der Dank dafür auszusprechen, daß er sich den vielen mit solchen Klagen unvermeidlich verbundenen Unannehmlichkeiten ausgesetzt hat.“

Da hätten wir also unser Fett weg. Was uns natürlich nicht im mindesten hindert, den Herren auch in Zukunft die Wahrheit zu sagen, so viel wie wir für notwendig halten. Sie sollen noch ihre helle Freude daran haben, wenn der „Courier“ es für angebracht hält, ihnen ein Lätzchen aufzuspielen. Wir werden dabei freilich eine Form wählen, die den Herrschaften das zum Rabi Laufen verleiht.

Nun aber zu den Nichterfolgen des „Südwestdeutschen“. Dessen Mitgliederzahl betrug Ende 1909

ganze 459 Mann. Davon sind aber im Laufe 1910 trotz der so erfolgreichen Tätigkeit dieses Verbandes, noch 40 Mann ausgerissen und nur 26 neue hinzugekommen. Die Mitgliederzahl hat sich also bis Ende 1910 auf 415 „vermehrt“. Das sind Symptome beginnender Schwindsucht, die sich im Laufe dieses schönen Frühlings in eine galoppierende Krankheit verwandelt haben. Das Scharfmachergeschäft geht also in Südwest-Deutschland auffallend schlecht. Da heißt es zum Beweise der Richtigkeit dieser unserer Behauptung im Bericht weiter:

„Nicht sehr günstig liegen unsere Verbandsangelegenheiten in Kassel, in welchem Orte wir durch die intensive Arbeit unseres Ausschussratsmitglied, Herrn Wenzel, ganz besondere Erfolge erzielt hatten. Schon im vorigen Jahre konnten wir nur mit Schwierigkeiten den Kasseler Fuhrherren-Verein im Verbandsverbande behalten, obwohl wir ihm nur einen Pauschalbetrag als Mitgliederbeitrag abnahmen. Dieses Jahr will der Verband austreten. Wir können ihn mit Gewalt nicht halten, denn es ist kein eingetragener Verein und wechselt häufig Mitglieder und Vorstand. Wie wir hören, glauben die Fuhrherren in Kassel, durch festen Zusammenschluß allein mit ihren Fuhrleuten fertig zu werden.“

Um dies Unglück zu verhüten, holt der Generalsekretär schnell einen fürchterlichen Bau-Bau, den „Courier“, herbei.

„Aber die Angriffe im „Courier“ häufen sich so — Na nu, Herr Kraker hat sie uns doch ausgehrieben — und die Organisation des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in Kassel ist nicht schlecht, so daß die Herren zu ihrem Schaden bald von dem Nutzen der Angehörigkeit zu einer größeren Organisation belehrt werden dürften. Es ist vertrieben anzusehen, wenn man, wie unser Verband, seit 4 Jahren sich Mühe gibt, die Unternehmer in Wort und Schrift zu belehren, solche Gleichgültigkeit und solches Unverständnis für soziale Fragen der Gegenwart zu finden.“

Noch bedauerlicher aber ist es, wenn dies von einer großen Firma geschieht. Die Firma W. hat ihren Austritt angezeigt und trotz der Vorstellung seitens des Vorstandes nicht zurückgenommen, weil ihr der Beitrag zu unserem Verbandsverband gegen den Nutzen der Verbandsangehörigkeit in keinem Verhältnis erschiene.“

Der letzten Meinung werden die Unternehmer in Südwest-Deutschland immer mehr. Mit Recht. Gerade die letzten „Erfolge“ des Südwestdeutschen in Mannheim, Karlsruhe, Frankfurt, Mühlhausen, haben diesbezüglich erfreulicherweise sehr aufklärend gewirkt.

Schon müssen die Leiter des Südwestdeutschen zu ganz ungewöhnlichen Mitteln greifen, um die Mitgliedschaft ihres Verbandes nur halbwegs zusammenzuhalten, wie folgende Tatsachen beweisen:

Ende März ds. Jz. stellten die Möbeltransportarbeiter bei 15 Karlsruher Möbeltransportgeschäften die Arbeit ein, nachdem bis 28. März bereits 6 Betriebe ohne Streik bewilligt hatten. Die Forderungen wurden den Arbeitgebern sowie dem Südwestdeutschen Arbeitgeberverband für das Transportgewerbe, in dem die Möbelspeditoren organisiert sind, am 1. März, also 4 Wochen vor Ausbruch des Streiks, gestellt, ohne daß sich weder die einzelnen Arbeitgeber noch die Leitung des Arbeitgeberverbandes bemüht hätten, der Verbandsleitung irgend welche Antwort zukommen zu lassen. In den letzten Tagen erhielten nun jene Arbeitgeber, die während des Streiks bewilligt haben, folgende Zuschrift:

Karlsruhe, den 20. April 1911.
 Landesverband Badischer Möbelspeditoren G. V.
 Herrn M. M.

Hier.

Nachgewiesenermaßen sind Sie auf den Ihnen vom Deutschen Transportarbeiterverband vorgelegten Tarif eingegangen und haben damit gegen die Paragraphen 1—2 der am 14. März 1911 unterschriebenen Vereinbarung verstoßen. Die dadurch verurteilte Vertragsstrafe von 100 M. (Einhundert Mark) wollen Sie gemäß § 4 der Vereinbarung innerhalb 8 Tagen an uns bezahlen, andernfalls wir beauftragen, die gerichtliche Einziehung der Strafe einzuleiten.

Sachachtungsvoll

Landesverband Badischer Möbelspeditoren G. V.

gez.:
 E. v. Steffelin, 1. Vorsitzender,
 Joh. Winterhalter, 2. Vorsitzender.

Diese Aufforderung ist an die 7 Arbeitgeber ergangen, die den Tarif mit dem Deutschen Transportarbeiterverband abgeschlossen haben. Wie die Unterschrift zu der Vereinbarung vom 14. März zustande gekommen ist, bedarf einer kurzen Registreierung. Die Möbelspeditoren wurden zum 14. März in eine bekannte Restauration durch den Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes eingeladen, wo den Leuten eingeredet wurde, dem Transportarbeiterverbande gegenüber ja nichts zu unterschreiben. Im Falle eines Streiks würden Arbeitskräfte in Hülle und Fülle gestellt. Auf Grund dieser Vorpiegelungen ließen sich die Arbeitgeber, die weder vorher noch nachher dem Arbeitgeberverband oder dem Verband der Badischen Möbelspeditoren angehörten, verleiten, eine Erklärung zu unterschreiben, laut welcher sie sich im oben angegebenen Falle zur Zahlung von 100 M. verpflichten.

Gegen solche Tatsachen helfen alle großsprecherischen Selbstbeweihräucherungen nichts, mag sich der Herr Generalsekretär noch so sehr abquälen, seine und seines Verbandes unbedingte Notwendigkeit den ungläubigen Unternehmern beweisen zu wollen. Der Scharfmacherweg führt eben nie und nimmer zum Frieden, sondern immer wieder zum Kampf. Unsere südwestdeutschen Verbandskollegen sind wirklich nicht aus so weichem Holze geschnitten, daß sie sich unterkriegen lassen. Freilich, erst müssen die Herren Arbeitgeber schweres Lehrgeld zahlen, bevor sie sich dazu bequem, auf dem Wege der rickhaltlosen Anerkennung der Arbeiterorganisation als gleichwertigen Partner die Grundlage zum Frieden zu schaffen. Daß sie endlich mürbe werden, dafür werden unsere tapferen südwestdeutschen Kollegen mit Hilfe ihres Verbandes Sorge tragen. Inzwischen werden wir wohl noch öfter dem scharfmachenden südwestdeutschen Hosenmäßen die Bugen ordentlich ausklopfen müssen.

Zum Lohnkampf der Fuhrleute in Elberfeld-Barmen.

Endlich, nach langem, allzulangem Schlafe haben sich die Elberfeld-Barmen Fuhrleute aufgerafft, um mit ihren Arbeitgebern ein ernstes Wort über die zukünftige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu reden. Es war wirklich höchste Zeit. Was sich hier die Unternehmer in Ausbeutung der Arbeitskräfte ihrer Fuhrleute leisteten, das ging schon über menschliche Begriffe. Seit Jahrzehnten bestehen zwar sogenannte Fuhrmannsvereine in beiden Orten, aber noch nie haben diese auch nur einen Finger gerührt, um die tristen Arbeitsverhältnisse aufzubessern, das gute Einvernehmen, das die Vorstände dieser Vereine mit den Fuhrherren unterhielten, es hat nur die letzteren vor höheren Lohnausgaben geschützt, die Fuhrleute selbst aber um eine menschenwürdige Existenz betrogen. Mit Festumzügen und Saufereien ist eben noch nie das Los der Arbeiter verbessert worden. Die Unternehmer dankten im Gegenteil den braven Fuhrleuten für ihre Dummheit stets mit einer Behandlung, die man sonst keinem Hunde zukommen läßt. Die Fuhrleute wurden oft von ihren „Herren“ so verprügelt, wie dies sonst nur den Bierweibern geschieht.

Jetzt haben die Fuhrleute endlich dem Auge des Deutschen Transportarbeiterverbandes, sich zu organisieren, gefolgt und dieser hat ihre Sache in die Hand genommen, um sie mit eiserner Energie durchzuführen. Zur Zeit, als wir dies schreiben, stehen mehr als 300 Elberfeld-Barmen Fuhrleute im Feuer um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Unternehmer bemühen sich eifrig, Streikbrecher anzuwerben. Bis jetzt war ihre Liebesmühe umsonst. Der Streik der Fuhrleute machte sich am 1. Mai nicht nur bei dem Matuzuge unliebsam bemerkbar, sondern auch der Güterverkehr auf den Güterbahnhöfen stockt fast vollständig. In langen Reihen stehen auf den Ladesträngen die vollen Güterwagen und warten der fleißigen und schweißigen Hände, die sie entladen sollen. Diese Hände werden aber so lange fehlen, bis die Fuhrherren die beschriebenen Forderungen der Fuhrleute erfüllt haben. Wie bei jedem Transportarbeiterstreik, so ist auch bei diesem Streik zu konstatieren, daß die Eisenbahn-Verwaltung sich auf Seite des Unternehmertums stellt. Die Fuhrleute zu den Wäglern, die sonst von den Fuhrherren Schülte und Klopheus gestellt werden, stellt jetzt die Eisenbahn-Verwaltung. Auch die Barmen Stadtverwaltung hat sich den Fuhrherren als Helfer in der Not erwiesen. Die Firmen Röhler, Redehage und Klopheus stellen die Pferde und Kutscher für die Reichtwagen und Rehrmaschinen. Die Stadtverwaltung hat nun ihre Arbeiter gezwungen, die Rehrmaschinen und die Reichtwagen zu fahren. Einer Anzahl Arbeiter wurde am 29. April ein Bettel mit nachstehendem Inhalt zugestellt:

„Sie wollen sich heute abend 7 1/2 Uhr im Stall der Firma Wwe. C. Röhler begeben zur Uebernahme eines Pferdes und melden sich mit demselben auf dem Depot 1 an der Elberfelderstraße bei dem Aufseher der Straßenreinigung zum Fahren von Rehrwagen. Sollten Sie aus dringenden Gründen nicht Folge leisten können, so bitte ich den Grund hier unter zu schreiben.“
 Barmen, 29. April 1911.

Feuer, Kanalmeister.“

Es ist wirklich stark, daß neben der Eisenbahnbehörde auch die Barmen Stadtverwaltung ihre Arbeiter zu Streikbrecherdiensten zwingt, daß sie ehrliehen Arbeitern den Stempel des Verrats an den Interessen ihrer eigenen Klasse auf die Stirn drückt. In dieser Sache ist hier das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Sämtliche betroffenen Betriebe sind von Arbeitskräften völlig entblößt. Arbeitswillige haben sich trotz aller Anstrengung der Unternehmer nicht eingefunden. Alle gegenteiligen Behauptungen sind unwahr. Nur die Verwaltung und das Kontorpersonal der verschiedenen Betriebe suchen ihre in Streiknot geratenen Herren im Schweiße ihres Angesichts zu unterstützen. Was diese Arbeitswilligen im Stehragen aber den Tag über leisten, ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Situation gestaltet sich für die streikenden Fuhrleute und Ablader von Tag zu Tag günstiger. In vielen Fabriken und sonstigen Geschäften stellt sich schon Materialmangel vor allem Mangel an Kohlen ein. Wenn nicht in kürzester Zeit der Frieden wieder hergestellt wird, werden infolge von Materialmangel

noch eine große Anzahl anderer Arbeiter durch die Bewegung in Mitleidenschaft gezogen werden. Die „Barmen Zeitung“ schreibt:

„Der Industrie und den Interessenten ist zu raten, nur das Allernotwendigste und eventuell als Stückgut kommen zu lassen, da der Stückgutverkehr auf allen Bahnhöfen in vollem Umfange aufrecht erhalten wird, um auf diese Weise aus zur Verminderung der Skala-mittel beizutragen.“

Das wird was schönes werden, wenn sich die Fabriken ihre Kohlen und sonstigen Materialien als Stückgut kommen lassen wollen. In diesen Zeiten gibt aber auch die „Barmen Zeitung“ zu, daß außer dem Stückgutverkehr der sonstige Güterverkehr, auf den es doch ankommt, vollständig stillgelegt ist. Und das ist in der Tat der Fall.

Am Dienstag hat man, um Platz auf den Barmen Güterbahnhöfen zum Rangieren zu bekommen, die unentladenen Güterwagen nach den Güterbahnhöfen in Dangenfeld und Bohnwinkel gerückt.

Viele Fabrikanten und Bauunternehmer haben ihren Arbeitern zugemutet, die Güter auf den Bahnhöfen abzuladen. In den meisten Fällen ist das abgelehnt worden. Die Streikenden rechnen aber auch auf die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft.

Die Behauptung in der Buppertaler bürgerlichen Presse, daß von dem Verband und den Arbeitern noch keine Verhandlungen angebahnt worden seien, ist unwahr. Bei Einreichung der Forderungen hat die Verbandsleitung um Verhandlung ersucht. Und am Montag morgen ist den betroffenen Unternehmern wieder von der Verbandsleitung geschrieben worden, daß sie bereit sei, für ihre streikenden Mitglieder zu verhandeln. Die organisierten Unternehmer haben aber eine Verhandlung mit den Organisationsvertretern abgelehnt, und zwar haben sie diesen Beschluß in ihrer Organisationsversammlung gefaßt. Ferner hat der Unternehmerverband den Fuhrherren Pistor veranlaßt, den mit der Organisationsleitung am Samstag abgeschlossenen Vertrag wieder zu kündigen, was von den bei Pistor arbeitenden Verbandsmitgliedern mit erneuter Arbeitseinstellung beantwortet worden ist. Die Unternehmer nehmen für sich das Recht, sich zu organisieren in Anspruch, sie beschließen in ihren Verbandsversammlungen, wie sich das einzelne Mitglied des Arbeitgeberverbandes seinen Leuten gegenüber verhalten soll. Dieses Recht der Koalition, von dem die Unternehmer den größten Gebrauch machen, wollen sie aber ihren Arbeitern und Fuhrleuten nicht einräumen, diese sollen ihren organisierten Herren vollständig wehrlos gegenüberstehen, und das empört die Streikenden. So lange wie der Arbeitgeberverband den Streik auf der Gegenseite führt, werden auch die Fuhrleute und Ablader darauf bestehen, daß ihre Organisationsvertreter an den Verhandlungen teilnehmen.

Jetzt zeigen die Fuhrherren ihr wahres Gesicht. Wie viel schöne Worte über die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital haben sie nicht Jahr für Jahr in den Fuhrmannsvereinen den Fuhrleuten vorgeplappert. Alles Schall und Rauch. Jetzt, wo sie wirklich ihr gutes Herz für die Arbeiter zeigen könnten, jetzt ist dieses weiche Herz ein Steinlumpen geworden. — Brutal wird der Kampf geführt und alle Mittel, Polizei, Eisenbahndirektion und Stadtverwaltung werden vorgespannt, nur um die Fuhrleute niederzuwerfen zu können. Umsonst! Wenn der Kampf viele unbeteiligte Betriebe in Mitleidenschaft zieht, dann ist dies sicherlich nicht die Schuld der Streikenden, sondern derjenigen, die auch heute noch der Ansicht sind, daß ihre Fuhrleute Knechte sind, die nicht das Recht haben, Forderungen zu stellen, sondern die sich dem Willen der Unternehmer in jeder Beziehung zu fügen haben.

Wollen die Unternehmer einen ehrlichen Frieden mit ihren streikenden Fuhrleuten und Abladern herbeiführen, dann müssen sie ihnen das selbe Recht einräumen, von dem sie so ausgiebig Gebrauch machen. Tun sie das, dann steht einer Verständigung nichts im Wege. Geschieht das aber nicht, dann wird der Kampf weiter geführt, und wer die Verhältnisse im Transportgewerbe kennt, wird über den Ausgang nicht im Zweifel sein.

Im Rheinland ist die Schwerindustrie, die bisher noch jede Regung ihrer Arbeiter brutal niederknüttelt hat. Diese Schwerindustrie, die den bekannten Reichsverband mit ihrem Gelde aushält, ist es sicherlich auch, die den Elberfeld-Barmen Fuhrherren den Rücken steift, was diesen freilich nichts helfen wird. Die Macht des Deutschen Transportarbeiterverbandes steht hinter den Streikenden und mit ihr die Solidarität seiner Mitglieder. Einmal muß der Kampf in Elberfeld-Barmen ausgefochten werden. Den dortigen Unternehmern muß beigebracht werden, daß sie ihre Fuhrleute als vollwertige Arbeiter anzuerkennen haben, und daß die Rechtezeit ein für allemal vorbei ist.

Konkurrenz.

Konkurrenz, zu deutsch Wettlauf, Wettbewerb, ist das Merkmal des ganzen modernen Erwerbslebens. An sich unzweifelhaft etwas Gutes! Wo sich die Kräfte der Einzelnen mutig messen, muß die Allgemeinheit gefördert werden. Dem unablässigen geistigen und wirtschaftlichen Ringen verdanken wir denn auch einen großen Teil unserer Kulturfortschritte. Was vom Wettbewerb der Individuen gilt, gilt in gleichem Maße vom friedlichen Wettbewerb der Nationen. Er hat die Menschheit höheren Zielen näher gebracht.

Unter dem Kapitalistischen Wirtschaftssystem freilich führt der Wettbewerb, dessen Ergebnisse sofort in Profit umgewandelt werden, oft zu sehr

Schweren Schädigungen einzelner und ganzer Gruppen. Deshalb hat das Wort Konkurrenz einen so unangenehmen Beigeschmack angenommen und dient vielen Leuten als Ausdruck für einen ganz abscheulichen Zustand. Ja, es ist bereits dahin gekommen, daß die Gesetzgebung, also die Vertretung der Allgemeinheit, angerufen wird zur Beseitigung der Konkurrenz oder doch wenigstens ihrer „schlimmsten Auswüchse“.

Ganz besonders tut sich darin der sogenannte „Mittelstand“ hervor, der mit zäher Ausdauer danach strebt, daß Vater Staat ihn schütze gegen all und jeden Wettbewerb, ihn mit einem Baum und womöglich auch noch mit einer Mauer umgebe, über den bei hoher Strafe keiner klettern oder springen dürfe, und allen harten Winden des modernen Wirtschaftsgetriebes den Zutritt sicherheitspolizeilich verbiete. Was eine soziale Tragödie widerspiegelt, erscheint auf die Art als läppische Komödie.

Gewiß, — die gewaltigen Umwälzungen, die mit der kapitalistischen Entwicklung untrennlich verknüpft sind, haben schon viel Unglück im Gefolge gehabt, die unbeschränkte Konkurrenz, mit kapitalistischer Gewissenlosigkeit und Rücksichtslosigkeit geübt, hat ihren Weg über zerrüttete Existenzen, ja über Leichen genommen. Die segensreiche Maschine, die heute völlig unentbehrlich ist, soll anders die Menschheit nicht elend verklümmern, war mehr als einmal Wörderin, ohne daß Blutspuren ihren blanken Leib verunstalteten hätten.

Wir brauchen gar nicht an die historisch gewordenen Trauerspiele zu erinnern, deren Schauplatz einst die Weber gegen den waren, an jene furchtbaren Ueberjapanungen der kapitalistischen Ausbeutungswut, die zu grauenhaften Katastrophen führten, — alljährlich noch können wir Vorgänge wahrnehmen, die ähnlichen Ursprung haben. Die offizielle Buchung des so zutage tretenden Elends erfolgt in der Konkurs- und in der Selbstmordstatistik und daneben in den Gerichtschroniken der Tagespresse. Wer im Wettbewerb unterliegt, steht meistens nicht, wie ein besiegter Krieger, froh wieder auf, um sich von neuem zu rüsten, sondern allzu oft wird er unter die Füße getreten und in den Schmutz verstoßen, aus dem es kein Erheben gibt, weil die kapitalistische Gesellschaft, die sich zugleich eine christliche schimpft, Mitleid nicht kennt.

Interessant ist nun, daß Schichten, die hier um Verstand der Gesamtheit in ihren Leiden rufen, gerade die anhänglichsten Verehrer des Systems sind, das ihnen die Leiden beschert. Gerade der Mittelstand mit seinen hundert Gebrechen und Gebrechen ist ja ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Leute, die heute um ihrer Existenz willen nach Ausnahmegesetzen gegen Warenhäuser und harmlose Konsumvereine stehen, weil diese ihnen Konkurrenz bereiten und vielleicht den einen und andern zum Berufswechsel zwingen, vergessen, daß sich umstürzende Veränderungen vollzogen haben, gegen die von den erwähnten Instituten verurteilt das reine Kinderspiel sind.

Will man nicht einmal das heutige Gesicht der Landstraße vergleichen mit dem, was sie etwa vor 100 Jahren auswies? Viel tausend Fuhrleute, wie man sie heute nur noch in entlegenen, vom Eisenbahnnetz einseitig nicht berührten Gegenden schalten und walten sieht, bevölkerten die Wege mit ihren derben Fuhrwerken, um den Warenaustausch zu vermitteln. Auf den Hauptverkehrsstraßen bewegten sich ganze Karawanen, die in den größeren Stapelplätzen von bestimmten Stellen und häufig auch zu bestimmten Zeiten aufbrachen, um oft recht ansehnliche Strecken zurückzulegen. Da waren Tausende selbständiger, wenn auch bescheidener Existenzen. Und von ihnen nährten sich wieder zahlreiche andere: Die Inhaber der mehr oder minder geräumigen „Krüge“ an den Fahrstraßen, deren mancher eine wahre Goldgrube war, die Rade- macher, die Fuhr- und Wagenschmiede, die Sattler usw. Dann kam die Konkurrenz: Aufstehende, schnaubende, feuerpeinende, unheimlich rasche Eisenrosse lösten den schwerfälligen Lastwagengaul ebenso rasch und unerbittlich ab, wie die Postkutscherosenante. Eine Weile ward es still auf der Landstraße, die Krüge verödeten, Sattler, Schmiede, Rademacher mußten zu anderen Berufen übergehen, denn die neuen Kutscher, die das Dampfross zügelten, lehrten nur noch auf der Eisenbahnstation ein, und der Gaul brauchte weder Baum noch Sattelzeug noch Hufeisen. Und die Lastwagen, die er zog, wurden in großen Fabriken, die sich bald großartig „Waggonbauanstalten“ nannten, zusammengefeuert. Das war anfangs ein jäher Wechsel, der manchem weh tat, manchem den goldenen Boden unter den Füßen hinwegzog, manchen auch in die proletarische Unsicherheit hineinschleuderte. Aber von staatlichem Eingriff in diese Konkurrenz hat man nichts vernommen! Im Gegenteil — die Staaten förderten diese Entwicklung. Und allmählich lief alles wieder zurecht. Erst kamen die „wildgewordenen Scheerenfleiser“ auf den anfangs unheimlich hohen, heute nett und zierlich gewordenen Stahlrossen angefaßt, die Straßen mit Staub und schrillen Glockentönen erfüllend, sodas die Wirte wieder für Kaffee, Buttermilch und Bier und auch für die lange vergessenen Fremdenfüßen Abnehmer fanden; auch ein Dorfschmied fand wohl einmal etwas zu flicken. Und nach einer Weile folgten mit Suppengeld und Benzingestank die Automobile, wo aber trotz des albernsten Blären der alten Weiber beiderlei Geschlechts sich die Bahn zu erobern und die Notwendigkeit guter Chausseen zu erweisen. Die alte Landstraße lebte wieder auf zu einstufiger Bedeutung! Wer denkt heute noch ihrer früheren Bewohner? Die sie genannt, ruhen gleich ihnen und ihren Klagen über die „böse neue Zeit“ unterm kühlen Hasen!

Wie ging's auf dem Wasser? Troh des Spottes der alten Seebären über die „Blechbüchse“, die „Emoofkästen“, und wie man sonst die dampfgetriebenen Eisentolosse titulieren mochte, die heute den Ocean beherrschen, drängten sie siegreich die alten Segler beiseite und setzten damit gleichzeitig eine ganze Zahl kleiner behäbiger Existenzen auf den Sand. Da half kein Fluchen, kein Weitem. Noch heute sehen wir Reste dieses Verzweiflungstampfes einer untergehenden Betriebsform in dem Ringen der Kleinfischer gegen die kapitalistische Dampfgröfischererei. Staatlicher Eingriff in diese Konkurrenz? Ziel ja niemandem ein! Reichsubventionen für die großen Dampfergesellschaften! Das war die Maßnahme des Staates der Kapitalisten.

Wie sich in den Häfen der Umschovung bellzogen, legten wir in dem Artikel über das Schicksal der Kunst an den Hafenplätzen dar. Auch hier rücksichtslose Verdrängung der eingeseffenen, gleichsam erblich mit der Erledigung der Geschäfte und dem Einstreichen bescheidenen Gewinns betrauten Geschlechter zu Gunsten gierigerer kapitalistischer Gesellschaften unter Billigung und Beihilfe des Staats! Allerhöchstens kleine Besänftigungsmittel, wie sie beispielsweise, ohne Erfolg natürlich, die Hamburger Follenführer eingestiftet bekamen. Die vernichtende Konkurrenz, die von den Großen den Kleinen bereitet wurde, galt den Herrschenden — und das sind ja die glücklichen viel Besessenden — allzeit als etwas hervorragend Lobenswertes!

Wenn man daher heute aus politischen Beweggründen gelegentlich Maßnahmen trifft, Einzelne gegen

andere großartige Erfindungen zu den Ueberflüssigen geworfen wurden?

Kein Mensch denkt daran! Und die Arbeiter sind die letzten, die nach dem schlechten Beispiel sozial besser gestellter Leute um Staatshilfe betteln! Sore man nur für Gerechtigkeit! Lasse man uns nur das Koalitionsrecht unbehindert! Dann werden wir schon mittels unserer gewerkschaftlichen Organisation den Wirkungen der uns, unserer Arbeitskraft, bereiteten Konkurrenz die Spitze zu bieten wissen. Aus eigener Kraft! Dann werden wir unsere Arbeitszeit so verkürzen, unsere Löhne so erhöhen, daß unser Leben trotz aller Konkurrenz erträglich wird! Und dann werden wir auch rasch zu einer Gesellschaftsform kommen, in der die tiefe Wunden schlagende, Leben und Lebensglück vieler ehrlicher Menschen vernichtender Konkurrenz des kapitalistischen Gemeinwesens dem edlen, gemeinnützigen Wettbewerb einer auf dem Wirken eines für alle und aller für einen aufgebauten Gemeinschaft gleichgesinnten und gleichstrebenden Menschen weichen muß!

Der Reichsbetrug an den Witwen und Waisen.

Die schwarze und blaue Presse will noch immer nicht begriffen haben, wie durch die Zahlung der Getreideausfuhrprämien der Ler Trimbonsfonds geleert werden konnte und so die Witwen und Waisen um die ihnen versprochenen Versicherungsgelder geprellt wurden. Unsere zahlenmäßigen Beweise für den Betrag der Witwen und Waisen werden von den Merkmalen unerschlagen, sie behaupten, daß ein Nachweis über die Schädigungen des Witwen- und Waisen-Versicherungsfonds nie erbracht worden sei. Um alle Zweifel der Leser der Zentrumspresse niederzuschlagen, wird auf die Denkschrift der Regierung über das Einfuhrschutzwesen verwiesen, die angeblich die Hinsichtigkeit aller Anlagen erweisen soll.

Welche Kritiklosigkeit die Zentrumspresse bei ihren Lesern voraussetzt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die von ihr mitgeteilten Ergebnisse jener Regierungsdienstschrift die volle Bestätigung für die Richtigkeit des Witwen- und Waisenfonds enthalten. Es wird als Bestätigung der Regierung u. a. hervorgehoben:

„Eine Beeinträchtigung des Zollauskommens kann eintreten, wenn und soweit die Ausfuhr, für die die Scheine erteilt werden, nicht eine Ertragsmehrung von Getreide von gleichem oder höherem Zollwerte wirtschaftlich notwendig macht. Ein solcher Ertrag liegt stets vor und Schädigungen sind ausgeschlossen bei Fruchtarten, bei denen zur Deckung des Landbedarfs die inländische Erzeugung nicht ausreicht. Dies trifft, abgesehen von Hafer und Roggen, bei allen in Betracht kommenden Fruchtarten zu.“

Hier wird also ausdrücklich bestritten, daß vor allem bei Roggen die inländische Erzeugung den inländischen Bedarf übersteigt, es wird weiterhin sogar noch besonders hervorgehoben, daß sich im Erntejahre 1908/09 ein Ausfuhrüberschuß bei Roggen ergeben hat. Seit Abfassung jener Denkschrift liegen jedoch auch die Ergebnisse für die Erntejahre 1909/10 und 1910/11 vor, die gleichfalls Roggenüberschüsse aufweisen und zwar in einem noch weit größeren Umfang. Die Roggenausfuhr, die im Jahre 1907 232 822 To. betrug, stieg im Jahre 1908 auf 594 528 To. und 1909 auf 655 750 To., während die Einfuhrziffern im Jahre 1908 sich auf 347 264 To. und 1909 sogar nur auf 274,721 To. stellten. Im Jahre 1908 kostete der Reichsfall das System der Einfuhrscheine, die die Getreideausfuhrprämien darstellen, für Roggen bar 12 263 Millionen Mk., 1909 sogar über 19 Millionen Mk. Für das Erntejahr 1910/11 haben wir vor kurzem die Ziffern für die Zeit vom 1. August 1910 bis 31. März 1911 gegeben; in diesen 8 Monaten erforderte die Ausfuhrprämie für Roggen allein schon 19,96 Millionen Mk.

Um diese Summen sind die Witwen und Waisen hintergangen worden, denn sie sollten nach der Ler Trimbons dem Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung zustehen. Selbst wenn das Zentrum nicht von vornherein gewußt hätte, daß in Wirklichkeit die Großgrundbesitzer die als Witwen- und Waisengelder in Aussicht gestellten Summen schlucken würden, war ihm inzwischen reichlich Gelegenheit gegeben, davon Kenntnis zu nehmen. Aber die zentrumschriftliche Verlogenheit versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß bisher von keiner Seite, weder vom Freisinn noch von der Sozialdemokratie, versucht wurde, eine Veränderung der Getreidebesatzwirtschaft herbeizuführen. Da klagen z. B. die Merkmalen Lügenbeutel: „Es ist ein trauriges Zeichen, daß nun die Blätter dieser Parteien versuchen, das Volk zu verheben. Im Reichstage, wo sie Rede und Antwort stehen müssen, schweigen sie zu dieser Frage.“ Diese Verleumdungen werden mit kalter Berechnung in die Welt gesetzt, denn auch die blödeste Zentrumskritik wird zweifellos, daß die Frage der Getreideausfuhrprämien im Reichstage oft und eingehend verhandelt worden ist. Am 22. April 1909 beschäftigte sich der Reichstag mit einem freisinnigen Antrag, die Einfuhrscheine lediglich zur Zollzahlung bei der Wiedereinfuhr der gleichen Sorte Getreide gelten zu lassen, die ausgeführt worden ist, und ihre Geltungsdauer auf drei Monate zu beschränken. Am 30. Juni des gleichen Jahres stand im Reichstage eine Interpellation der Sozialdemokratie über die Gemeingefahr der prämierten Getreideausfuhr zur Beratung. Unter dem Eindruck der in diesen Verhandlungen erhobenen Anklagen beantragte das Zentrum, um der Entscheidung aus dem Wege zu gehen, die Abfassung jener berühmten Denkschrift. In dem darauffolgenden Jahre 1910 hat das Zentrum die wiederholten Vorwürfe der Sozialdemokratie be-



Leben.

Don Edna Fern in St. Louis.

Ich will nicht die alte Verheißung vom Himmel,
 Dem Jenseits mit seinem gerechten Lohn
 Für jene Dulder im Menschengewimmel,
 Die demutsvoll tragen irdische Fron.

Ich will nicht die philosophische Ruhe
 Beklärter Gedanken über das All —
 Feines Enträtseln, weises Getue,
 Verborgen in deutlicher Worte Schwall.

Ich will nicht das müde Begreifen vom Leben
 Das Abseitssteh'n und kluge Beschauen —
 Ich will mit hassen und mit vergeben,
 Ich will mit kämpfen und will mit bauen.

In Sonne erschauern, in Leid versinken,
 In vollen Bügen das Dasein trinken,
 Dor seiner Größe fromm erbeben:
 Dich will ich, Leben! —



übermächtige Konkurrenz zu schützen, da geschieht es immer nur, wenn es auf Kosten des Volkes ohne Belästigung der im Fett Stuhenden erfolgen kann.

Wir organisierten Arbeiter sind nie so unklug gewesen, in den Mittelständler einzustimmen. Wir wissen, daß die kapitalistische Entwicklung, mag sie im einzelnen Falle vorübergehend schweres Leid für Mitmenschen im Gefolge haben, doch das Gepräge kulturellen Fortschritts in sich trägt, den einst der Gesamtheit ohne Benachteiligung eines Einzelnen nutzbar zu machen, unser Ziel ist. Wir halten diese Entwicklung, mag sie heute im besonderen Falle die unnatürlichsten Wirkungen haben, für eine natürliche, notwendige, die nicht gehindert werden darf.

Soweit offene Kundige Notstände durch diese Entwicklung hervorgerufen werden, verlangen wir, daß eine verständige, humane Sozialgesetzgebung sie beseitigt. Schlimmer, als irgend eine andere Gruppe, werden ja die Arbeiter durch die Konkurrenz der kapitalistischen Entwicklung getroffen, ohne daß jemand die Verpflichtung spürt, ihnen Beistand zu leisten. Im Gegenteil! Als die englischen Weber vor hundert Jahren im Hungertode die ihnen alles, Arbeit und Brot raubenden Maschinen demollierten, trat der Mann mit der häßlichen Haselbinde in Wirksamkeit, sandte man sie nach den Höllen der australischen Deportationsorte, und als vierzig Jahre später ihre schlesischen Leidensgenossen das gleiche Mittel der Verzweiflung anwandten, stellte eine milde Regierung ihren nagenden Hunger mit blauen Wohnen. So blieb es bis heute. Wer schützte die Buchdrucker gegen die übermächtige Setzmachine, wer wird die Flaschenmacher davor behüten, sie dafür zu entschädigen, daß ein Wundertier der Technik sie binnen kurzem ohne Ausnahme zu Ritzern der Landstraße machen wird? Und wer hat denn je unserer vielen Kollegen an den großen Häfen gedacht, die durch Elevatoren und

Kämpfe, obwohl es die Wirkungen der Getreideausfuhrprämien in ihrer ganzen Schärfe überblickte. Auch die Regierungsentscheidung, die natürlich nach Kräften bemüht war, den Wünschen der Getreidelieferanten-Bezieher zu dienen, vermochte nicht den Frevel der Getreideausfuhrprämien zu verhüllen, also selbst nicht auf diesen Nachfertigungsversuch des noch immer herrschenden Einfuhrschonens kann sich das Zentrum stützen, das bei dem Raub an dem Witwen- und Waisen- und die Führung übernahm.

Aus unserem Beruf. Automobilführer.

Zur Errichtung einer kommunalen Chauffeurschule in Groß-Berlin, über die wir kürzlich berichteten, hören wir noch, daß demnächst eine gemeinschaftliche Sitzung der Vertreter des Berliner Magistrats und mehrerer Vororte in der Angelegenheit stattfindet. Wie gemeldet, hat die Regierung endlich dem Drängen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes nachgegeben und die Einrichtung kommunaler Chauffeurschulen angeregt, um eine bessere Ausbildung und Prüfung der Wagenführer herbeizuführen. Im Dezember 1909 erklärte der Magistrat auf eine dahingehende Anfrage des Ministers, seine Bereitwilligkeit, eine kommunale Chauffeurschule für Berlin ins Leben zu rufen. Bei der darauffolgenden Besprechung im Verkehrsministerium wurde vonseiten der Stadt darauf hingewiesen, daß die Vororte in dieser Frage mit Berlin zusammenarbeiten müßten, da sie dasselbe Interesse an einer derartigen Schule hätten. Die Vorarbeiten sind daraufhin von einer Kommission der Deputation für das städtische Fach- und Fortbildungsschulwesen in Angriff genommen worden. An die beteiligten Vororte wurde die Anfrage gerichtet, ob sie geneigt wären, sich an der gemeinschaftlichen Beratung über die Gründung einer Fachschule zu beteiligen. Die Antworten der Gemeinden sind jetzt eingegangen. Alle Vororte haben sich mit Ausnahme von Wilmersdorf für eine kommunale Chauffeurschule erklärt.

„Der Kraftwagenführer“ ist ganz entzückt davon, daß die „Aut.-Welt“, das Organ der blaublütigen Autobesitzer, ihn „das umsichtig und verständig geleitete Organ der deutschen Kraftwagenführer“ nennt. Ja, wenn das wirklich die Fachzeitung der deutschen Kraftwagenführer wäre, dann hätte man allerdings Ursache, darauf stolz zu sein. Die „Aut.-Welt“ hat sich aber ein wenig im Ausdruck vergriffen, es muß richtig heißen: „Das Organ einigler besonders standesbündelbehafteter deutscher Kraftwagenführer. Womit wir die Sache auf ihre wirkliche Basis gestellt haben.“

Dresden. Sämtliche Chauffeure der Dresdener Automobil- und Luxuswagen-Gesellschaft m. b. H., haben die Kündigung eingereicht. Der Grund ist in dem mangelhaften Entgegenkommen der Gesellschaft zu suchen. Seit 1909 fordern die Chauffeure eine Erhöhung ihres festen Tagesverdienstes, der zurzeit nur 1,- Mk. pro Tag beträgt, nebst 10 pCt. der Kassa. Auch eine Erhöhung des garantierten Wochenlohnes wurde wiederholt abgelehnt. Der Direktor, Herr Mähler, konstatierte selbst auf dem Verbandstag der Lohnführer-Unternehmer in Breslau, daß der Betrieb sich sehr gut rentiere, den Wünschen der Chauffeure gegenüber blieb er aber taub. Nun sind die Kollegen verbittert und bestehen auf ihren Forderungen. Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag, Verhandlung mit der Organisation, das sind die Bedingungen, die sie erfüllt wissen wollen, bevor die Kündigung zurückgenommen wird. Die Direktion resp. der Aufsichtsrat will aber nichts von der Organisation wissen und nur mit den Chauffeuren verhandeln. Es ist das Angebot gemacht worden: nach einjähriger Dienstzeit 1,25 Mk., nach zweijähriger Dienstzeit 1,50 Mk. pro Tag zu zahlen. Dieses Angebot haben die Chauffeure zurückgewiesen. Wenn die Direktion nicht einlenkt, wird der Betrieb vollständig ruhen. Es wird sich dann zeigen, ob die Gesellschaft im Stande ist, mit Hilfe von Lehrlingen den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Kollegen sind fest entschlossen, nicht nachzugeben. Die Chauffeure allerorts erschrecken wir, davon Noitz zu nehmen.

Leipzig. Auf der Fahrt von Passau nach Willhofen geriet das mit einer Geschwindigkeit von mindestens 60 Kilometer pro Stunde auf kurvenreicher Straße fahrende Automobil des Produzenten Glas aus Passau in den Straßengraben, fuhr in diesem eine Strecke fort und überschlug sich dann vollständig nach rechts herum, als Glas die Steuerung stark nach links herumrührte. Glas hatte die Straße wieder gewinnen wollen. Darin aber, daß er auf der acht Meter breiten und taghell beleuchteten Straße bei übermäßiger Geschwindigkeit in den Straßengraben gefahren war und dann, statt darin weiterzufahren, die Steuerung allzusehr herumgerissen hatte, wurde eine grobe Fahrlässigkeit gefunden. Ein Inasse des Automobils, der bei Glas angestellte Chauffeur Präber verunglückte hierbei tödlich, während Glas und eine mitfahrende Dame nur leicht verletzt wurden. Das Landgericht Passau bestrafte den unvorsichtigen Fahrer wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung mit zwei Monaten Gefängnis. Glas legte gegen seine Verurteilung Revision beim Reichsgericht ein; er rügte, daß das Urteil im Widerspruch mit der herrschenden Fahrlässigkeitstheorie stehe, indem es nicht objektiv feststelle, welche seiner Handlungen fahrlässig sein solle. Der höchste Gerichtshof verwarf jedoch das Rechtsmittel im Anschluß an die Ausführungen des Reichsanwalts, da die Feststellungen des Urteils das Verschulden des Revidenten ohne Rechtsirrtum ergäben und in jeder Hinsicht schlüssig seien.

Leipzig. Der bei dem Brauereibesitzer Hürner in N u s b a c h (Bayern) angestellte Chauffeur Jäger fuhr mit seinem mit Bierfässern beladenen Lastautomobil in einer Geschwindigkeit von 15 Kilometern pro Stunde auf einer im Verhältnis 5 : 100 abfallenden kurvenreichen Straße, als er plötzlich auf der etwa 5 Meter breiten Fahrbahn das mit 2 Röhren bespannte Mistfuhrwerk des Bauern Fischer vor sich sah. Dieser war schwerhörig und überhörte das Puffensignal; erst auf den Zuruf „He!“ lenkte er seinen Wagen auf die andere Seite, um auszuweichen. Der immerhin noch mit 12 Kilometer Geschwindigkeit fahrende Jäger versuchte jedoch noch vorbeizukommen und steuerte deshalb stark nach links; hierbei überschlug sich sein Automobil die Böschung hinunter zweimal nach der Breitseite und kam erst auf einer 8 bis 9 Meter tieferen Wiese zu stehen. Der mitfahrende 70jährige Tagelöhner Leih wurde hierbei getötet, während der 14jährige Zigarrenarbeiter Boos, der gleichfalls auf dem Automobil saß, sowie Fischer und Jäger nicht unerheblich verletzt wurden. Eine Fahrlässigkeit Jägers wurde darin gefunden, daß er seine Geschwindigkeit nicht so verringert hatte, daß ihm ein sofortiges Anhalten möglich war; ferner habe er auch nicht seine Fahrtrichtung beibehalten, sondern versucht, an Fischer vorbeizukommen, trotzdem er annehmen mußte, daß dieser ordnungsgemäß ausweichen würde. Fischer traf sonach keine Schuld, während das Landgericht Nusbach den Jäger wegen eines Vergehens der fahrlässigen Tötung in Ideal Konkurrenz mit Körperverletzung in 2 Fällen und Übertretung strafpolizeilicher Vorschriften zu insgesamt drei Monaten Gefängnis verurteilte. In seiner beim Reichsgericht anstehenden Revision rügte Jäger, daß der Unfall nicht durch sein Verschulden, sondern dadurch, daß der gar nicht schwerhörige Fischer grobfahrlässiger Weise rechts herüberfuhr, verursacht worden sei. Sein Anruf: „He!“ sei unrichtig als „Ausweichen“ gedeutet worden, während er lediglich den Fischer habe darauf aufmerksam machen wollen, daß jetzt das Vorbeifahren erfolgen werde. Der höchste Gerichtshof verwarf jedoch, im Anschluß an die Ausführungen des Reichsanwalts, das Rechtsmittel. Fischer habe völlig im Einklang mit den Polizeivorschriften gehandelt, als er ausweichen wollte. Auch der Zuruf sei vom Vorherrichter richtig ausgelegt worden.

Fensterputzer.

Solingen. Vielfach kann man hier in Solingen die Wahrnehmung machen, daß die Arbeiter-Schutzgesetze von den Fensterputzern gar nicht oder aber recht wenig beachtet werden. Ein Paragraph der Rheinisch-Westfälischen Bauberufsgenossenschaft, zu welcher Solingen zählt, schreibt wörtlich vor: „Werden Leitern an Straßen oder öffentlichen Plätzen bestiegen, so müssen sie entweder am oberen Ende sicher und unverrückbar befestigt sein oder sie sind während der Benutzung von Personen zu halten und zu bewachen.“ Trotzdem arbeitet hier der Unternehmer Frankmeier, und auch sein Arbeiter muß dies tun, ohne daß die Leitern befestigt sind, bezw. ohne daß zur größtmöglichen Sicherheit ein Mann unten an der Leiter steht und diese festhält. In allen Städten, wo das Fensterputzen als Beruf ausgeübt wird, ist die Polizei beauftragt, gegebenenfalls das Altsenarbeits auf den hohen Leitern zu untersagen und die betr. Leute im Wiederholungsfalle zur Anzeige zu bringen, was sehr im Plage ist. Was aber in anderen Städten möglich ist, muß doch auch in Solingen durchführbar sein, aber bekanntlich deckt man den Brummen erst zu, wenn das Hind hineingefallen ist. Nun will man von Seiten der übrigen Fensterputzerunternehmer Solingens dazu übergehen, das System Frankmeiers nachzuahmen und von den Putzern verlangen, auch allein auf einer hohen Leiter zu arbeiten mit der Motivierung: Was Frankmeier kann, müßt ihr auch können. Da muß die künftige Parole der Kollegen dahingehen, daß diese Art des Arbeitens ausgeschlossen und abgeschafft wird und daß auch die Geflogenheit abends um 8 Uhr innen zu putzen gleich im Entstehen unterdrückt wird.

Hafenarbeiter.

Hamburg I. Branche K a t a r b e i t e r. Mitgliederversammlung am 23. April. Bingle gibt zunächst bekannt, daß von unserer Organisation Matmarlen zum Preise von 50 Pf. und 25 Pf. ausgegeben sind, die jeder Kollege zu entnehmen hat. Weiter wies Nedner auf die Beschlüsse des Kartells und der Landesorganisation hin und ersucht die Kollegen, die am 1. Mai getroffenen Veranstaltungen recht zahlreich zu besuchen. Er verwies die Kollegen auf einen Kartellbeschuß vom 20. Juli 1909, welcher lautet: Die organisierten Arbeiter haben ihren Bedarf an Tabak und Zigarren nur von solchen Geschäften zu beziehen, die Tarifware führen.“ Er macht darauf aufmerksam, daß nur dort Tarifware geführt wird, wo die gelben Plakate aushängen. Den Kartellbericht gab B. Zum Bericht der Kommission, betreffend die Verschmelzung der beiden Konsumvereine, teilt Nedner mit, daß die „Neue Gesellschaft“ nicht zu bewegen gewesen sei, der Verschmelzung beider Vereine näher zu treten. R. ergänzt noch diese Ausführungen und wünscht von der Zeitung festgestellt zu wissen, wie viele Kollegen heute noch nicht Mitglieder der „Produktion“ sind. Als Kartelldelegierte wurden Bingle und R. gewählt. Ein Kollege gibt alsdann bekannt, daß die Staatskassenverwaltung erkrankten Arbeitern ein Formular vorgelegt habe, welches unter anderem folgende Bemerkungen enthält:

„Für die Berechnung des Lohnausfalls sind alle Krankenunterstützungen zu berücksichtigen, welche die Erkrankten aus gesetzlichen und freiwilligen Versicherungen beziehen. Welche Unterstützungen beziehen Sie

a) aus einer Krankenkasse (freie oder Hilfskasse) und b) aus einer Verbandskasse.“

Es entspann sich hierüber eine lebhaft diskussion, an der sich recht viele Staatskassenarbeiter beteiligten. Von der Zeitung wird empfohlen, zunächst abzuwarten, ob die Betriebskasse in dieser Hinsicht das Krankengeld kürzen wird. Bei denjenigen Gewerkschaften, die in ihren Statuten die Bestimmungen haben, eine Unterstützung in Krankheitsfällen kann gewährt werden, ist ein klagbares Recht auf Unterstützungen ausgeschlossen. Aus dem Grunde kommen solche Unterstützungen nicht in Betracht im Sinne der Verordnung des Senats. So ist bis heute auch verfahren worden. Sollte ein anderes Verfahren Platz greifen, so ist der Zeitung sofort davon Kenntnis zu geben. Thormann hielt hierauf einen interessanten Vortrag. Ueber die Vorgänge in Moabit und die polizeiliche Willkürherrschaft, und welche Lehren sich daraus zu ziehen. Der Referent behandelte die wirtschaftliche und soziale Lage der Kohlenarbeiter in Moabit in trefflicher Weise und ging dann auf das Verhalten der Polizei während des Kampfes ein. Nedner schloß seinen Vortrag mit einem Appell an die Kollegen, unermüdet für den Verband zu agitieren. Bingle schließt sich den Ausführungen des Referenten an und ersucht die Kollegen, fest zusammen zu halten und danach hinzuarbeiten, daß auch der letzte Kassenarbeiter unserem Verband zugeführt wird.

Hamburg I. Der Hafeninspektor hat seines Amtes gewaltet. In Nr. 17 wiesen wir auf eine Anzahl Missetaten hin, die auf dem holländischen Dampfer „Batavier VI“ geschehen und Leben der Arbeiter gefährdeten, und machten insbesondere den Hafeninspektor darauf aufmerksam, mit dem Erfuchen, dort seines Amtes zu walten. Das ist auch geschehen. Unser Vertrauensmann schreibt uns hierüber: Der Bericht im „Hamburger Echo“ hat bei den für die Missetaten verantwortlichen Herren eine peinliche aufregende Wirkung hervorgerufen, das konnte man an folgendem ersehen: Die Schiffsektion hatte schon Order bekommen, als das Schiff noch auf der Elbe war, daß es hier überholt werden sollte. Ob durch den Schiffsmakler oder sonstige, bleibt sich gleich. Daß aber die Schiffsektion benachrichtigt worden ist, steht fest, denn am 23. April stand der Artikel im „Echo“ und am 24., morgens 4 1/2 Uhr, legte der Dampfer am Kai an. Sobald er fest war und die Maschine nicht mehr gebraucht wurde, also um 5 Uhr, erschien sofort der 1. Maschinist mit seinen Leuten an Deck und fing an zu reparieren. Um 8 Uhr war an dem Nachbordkran an Luke 1 schon im Kreuzkopf ein neues Lagerteil eingesetzt, sämtliche Stopfbüchsen und sonst noch diverse Muttern waren angezogen worden. In der Mittschiffswinde war schon ein neuer Splint eingesetzt. Um 9 1/2 Uhr kam der Hafeninspektor an Bord. Er konnte sich nicht nur von den im Bericht angeführten Missetäten überzeugen, sondern fand noch viel mehr, das nicht in Ordnung war. Gleich bei der Gangway fand er, daß sämtliche Stützen los waren, denn als der Hafeninspektor an das Strecktau faßte, zog er die Stützen mit heraus. Sofort rief er nach dem Steuermann, und dieser mußte die Stützen mit Drahtseilen festmachen lassen, denn Splint oder Muttern waren nicht vorhanden. Dann hat der Hafeninspektor das Schiff weiter überholt, und von den Schauerleuten sind ihm auch die Missetände gezeigt worden. Er hat alles notiert, und zum Steuermann gesagt: „Ich werde den Hafeninspektor in Rotterdam benachrichtigen, in welcher Lage das Schiff in Ihrem Zustande ist.“ Um 12 Uhr mittags ist der Hafeninspektor erst von Bord gegangen. Die Maschinisten mußten sofort die Kräne in Reparatur nehmen. Beim Nachbord-Nachterkran wurde angefangen. Sie haben diesen gänzlich auseinander genommen, gründlich nachgesehen, und diverse neue Maschinenteile mußten eingesetzt werden. Die Leute hatten an diesem Kran allein zwei Tage zu tun; denn sie sind am 24. vormittags angefangen, haben abends später gearbeitet und erst am 25., abends, war er fertig. Am 26. April wurde beim Steuerbord-Nachterkran angefangen, der am 27. fertig war. Der Scherstock an Luke 3 ist auch in Ordnung gemacht worden, und paßt jetzt ganz gut. Am 28. ist nichts von den Schiffseuten gemacht worden. Am 29. wurden nur zwei kleine Fehler abgeändert, ein Lager angezogen und ein Hebel umgekehrt. Der Hafeninspektor war am 24., 25., 26. und 27. April an Bord und hat dem Kapitän ein Verzeichnis aufgestellt, was alles geändert werden soll. Der Dampfer ist am 29. April in See gegangen. Jetzt muß abgewartet werden, wie er aussieht, wenn er wieder kommt.

So hat hier denn die Kritik den Erfolg gehabt, daß die Missetände beseitigt wurden, und das ist erfreulich. Das aber sollte ein Ansporn für alle Hafenarbeiter sein, alle Missetände schnellstens ihrer Organisation zu melden, denn „Batavier VI“ ist nicht das einzige Schiff, auf dem alles so reparaturbedürftig ist.

Die Aussperrung der Mannheimer Hafenarbeiter ist beendet. Am 3. April hatte sie begonnen, am 3. Mai haben die Kollegen geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Unternehmer haben sich in den letzten Jahren gerüstet. Sie haben nicht, wie dies bei einem großen Teil Hafenarbeiter geschehen war, die Platte ins Korn geworfen, sondern alle Vorbereitungen getroffen, den Kampf der Hafenarbeiter illusorisch zu machen. Die Herren setzten sich gleich bei Beginn der Verhandlungen aufs hohe Ross. Es ist doch nicht nötig, daß bei jedem Tarifabschluß Lohn-erhöhungen erfolgen, lagten sie in der bürgerlichen Presse unbehohlen. Eine Arbeitszeitverkürzung lehnte man ebenfalls prinzipiell ab. Erst nachdem man ein- sah, daß es den Arbeitern nicht gleichgültig ist, ob Lohn-erhöhungen erfolgen oder nicht erfolgen, machte

man einige nichtsfagende Zugeständnisse, mit der Grundbedingung, daß wir den Tarifvertrag auf vier Jahre abschließen. Dies ging unseren Kollegen über die Hut, sie lehnten das Angebot der Unternehmer einstimmig ab und beauftragten die Organisation, nochmals an die Unternehmer wegen weiterer Zugeständnisse heranzutreten. Die Arbeitgeber stellten ihre vorherigen Zusagen als Ultimatum, worauf eine Versammlung den Streik beschloß. Dieser beschränkte sich vorerst nur auf einige Firmen, worauf nach 24 Stunden die allgemeine Aussperrung erfolgte. Die Holzindustriellen sperrten einen Tag später aus. Die Zugeständnisse der Letzteren waren so, daß eine friedliche Einigung in Aussicht stand. Die Herren hatten sich jedoch als Mitglieder des Arbeitgeberverbandes der Hafengebiete verpflichtet, Solidariät zu üben, beschloß man sie ebenfalls auszusperrn. Nun war man so weit, den Transportarbeiterverband unter das Messer zu nehmen. Nach einer Woche wurde der Hafen bereits mit einer Streikbrechergarde aus der berühmten Eisener Gde beklüftet. Acht Streikbrecheragenten waren drei Wochen lang unermüdet tätig, um gelübte Arbeiter nach Mannheim zu werben. Da aber gelübte und ehrliche Arbeiter darauf verzichteten, Verräter an ihren Klassenossen zu werden, so war das Resultat für die Unternehmer kein zufriedenstellendes. Trotzdem 600 Streikbrecher in Tätigkeit waren, die nur für die Schiffsahrtsjahren verwenbet wurden, da die Holzindustriellen scheinbar noch genug von der Sorte aus dem Jahre 1908 hatten, konnte nicht im entferntesten die Arbeit bewältigt werden, so daß auch die Hafen-Unternehmer nach drei Wochen das Bedürfnis nach dem Frieden empfanden. Gleich von vornherein hat sich die badische Fabrikinspektion an uns gewandt zwecks Vermittlung im Kampfe. Wir haben diese Vermittlung zwar abgelehnt; die Fabrikinspektion stellte uns selber Bedingungen, die nicht dazu angetan waren, den Friedensschluß zu beschleunigen. Wir verzichteten deshalb auf diese Vermittlung in dem Moment, als der Vorsitzende des hiesigen Gewerbevereins uns seine Vermittlung angeboten hatte. Es erfolgte hierauf eine siebenstägige Verhandlung, wo auf der einen Seite die Forderungen der Kollegen bis zum äußersten verfolgt wurden, aber auf der anderen Seite im gegenteiligen Sinne uns der größte Widerstand entgegen gesetzt wurde. Wir möchten gerne, können aber nicht, war die Parole der Arbeitgeber. Auch die niederen Ränge der Umgebung spielten eine wichtige Rolle dabei mit. Unter keinen Umständen ließen sich die Unternehmer von der Forderung einer vierjährigen Tarifdauer abbringen. Es bedurfte schon einer zähen Ausdauer des Unparteiischen, die Klüfte, die zwischen der einen und der anderen Seite bestand, zu überbrücken. Nach endlosem Hin und Her kam zum Schluß doch ein annehmbares Resultat zustande, das zwar die Mehrzahl der Kollegen nicht befriedigte, jedoch nach Lage der Verhältnisse als einigermaßen annehmbar bezeichnet werden konnte. Fünf Versammlungen nahmen am Dienstag, den 2. Mai zu dem Angebot der Arbeitgeber Stellung. Die daraus folgende Abstimmung wurde in den fünf Versammlungen getrennt vorgenommen und in einer Versammlung sämtlicher Beteiligten das Gesamtergebnis bekannt gegeben. Das Resultat war folgendes: Abgestimmt haben im ganzen 892 Beteiligte. Die Stückarbeiter stimmten mit ja 17, mit nein 246, die Getreidearbeiter stimmten mit ja 90, mit nein 120, die Vordarbeiter stimmten mit ja 99, mit nein 97 (2 unglücklich), die Holzarbeiter stimmten mit ja 95, mit nein 14, die Maschinisten stimmten mit ja 91, mit nein 21; zusammen stimmten mit ja 392, mit nein 498. Somit war, da laut Statut zwei Drittel der Beteiligten nicht für Fortsetzung des Kampfes waren, derselbe aufgehoben und das Angebot der Unternehmer als akzeptiert zu betrachten. Die Gemüter, welche im ersten Moment erregt waren, haben sich wieder beruhigt.

Zweifellos hätte es ein ungesundes Verhältnis gegeben, wenn nach solchem Stimmenverhältnis der Streik fortgesetzt worden wäre. Schon in den letzten Tagen des Kampfes hat das nötige Interesse gefehlt, so daß es besser war, man fügte sich den statutarischen Beschlüssen, als weiter ins ungewisse hinein zu kämpfen, wo doch ein größerer Erfolg sehr fraglich gewesen wäre. Alle Kollegen haben nun die Augen offen zu halten, damit das nötige Interesse für die Organisation nicht erlahmt, diese vielmehr immer weiter ausgebaut wird. Wenn die Unternehmer es für nötig finden, ihre Organisation auszuweiten, so müssen wir dies doppelt und dreifach tun. So unscheinbar die Erfolge für den einzelnen Kollegen sind, so betragen diese doch innerhalb der Tarifdauer die hohe Summe von rund 300 000 Mk. an Mehrlohn für unsere Kollegen. Dazu noch die Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde im Sommer für 700 Kollegen. Die Lohn-erhöhungen betragen für den Vordarbeiter innerhalb vier Jahren 5 Pf. die Stunde, für die Stückarbeiter sofort 15 Pf., ab 1914: 25 Pf. pro Tag. Die Stückarbeiter verdienen rund 5 pSt. verteilt auf 4 Jahre mehr. Die Kollegen haben also insgesamt keinen Grund über die Erfolge unzufrieden zu sein, da die Organisationsleitung versucht hat, herauszuholen, was möglich war.

Unsere Neben Gegner, insbesondere die Christen, haben den Kampf bereits nach 14 Tagen tot gelagt. Die Waldmischpresse hat eine geradezu erbärmliche Rolle gespielt. Aufschauungen über Ausschreitungen sind ja stets Erfindungen, die jeder Kampf erzeugt. Die Sozialpresse braucht Material, um die Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Partei zu bekämpfen, da wird wohl jede Gelegenheit beim Schopfe gefaßt und aus einer Mücke ein Elefant gemacht. Wir stellen hier fest, daß von seiten der Streikenden auch nicht eine einzige Ausschreitung erfolgt. Der Kampf ist ruhig und sachlich verlaufen. Dies wird auch von der gesamten Bevölkerung Mannheims anerkannt. Wenn trotzdem die Schwarzmacherpresse Märchen in die Welt

geschwindelt hat, so geschah dies auf Grund von Berichten der Trabanten des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, die ja stets mit der Wahrheit aufgepanntem Fuße stehen. Wir respektieren den Unternehmer, wenn er sich seiner Haut wehrt; wir verlangen aber auch, daß der Arbeiter nicht unterdrückt wird, wenn er dasselbe tut. Die Herren Verwalter, Büroangestellten etc., also die Stehtragenproletarier, haben sich nicht geschämt, ihren Arbeitsbrüdern mit der schweißigen Faust in den Rücken zu fallen. Tatsache ist, daß sich diese Gernegroße stets darauf freuen, wenn die Arbeiter streiken, damit sie den Hausmeister machen können, wofür sie als Zubehörling pro Tag 5 Mk. extra bezahlt erhalten, damit sie einmal aus ihrem ewigen Bock auf Tage herauskommen.

Stettin. Die Sektion Hafenarbeiter hielt am Freitag, den 28. April, eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand nochmals die Maisfeierfrage und außerdem innere Angelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Landtagsabgeordneten Genossen Borgmann sowie unserer Kollegen Krummreh, Häse und Wille in üblicher Weise geehrt. Der Punkt Maisfeier läßt eine überaus rege Diskussion aus. Es wird von allen Rednern betont, den 1. Mai unter allen Umständen zu feiern. Kollege Neumann macht der Versammlung Mitteilung, aus welchen Gründen diese Frage nochmals angeschnitten worden ist. Und stellt hierzu folgenden Antrag: Die heute, am 28. April, tagende Versammlung hält den Beschluß der Charfreitagversammlung aufrecht und erwartet von den Kollegen einmütig die Arbeit ruhen zu lassen. Die Versammlung spricht aus, daß die Feier des 1. Mai nicht zur Verbandsangelegenheit gemacht wird. Die vorhergehende Versammlung hatte beschlossen, den Kollegen K. Neumann wegen seines unkorrekten Verhaltens der Versammlung gegenüber, nicht mehr als Versammlungsleiter anzuerkennen. Die Ortsverwaltung in Gemeinschaft mit Sektionsleitung hat in ihrer Sitzung beschlossen, dem Kollegen Neumann eine Klage zu erteilen. Die Versammlung gab sich mit dem Beschluß zufrieden und wurde demselben der Vorsitz wieder übertragen. Ueber Mängel in dem neuen Lohnvertrag wurde lebhaft Klage geführt. So z. B. über einzelne Positionen, welche der Versammlung nicht vorgelegt worden sind. Der Vorsitzende erklärt, daß in der letzten Sitzung hierzu schon Stellung genommen worden ist und dahingehende Schritte mit den Arbeitgebern in die Wege geleitet werden sollen. Auch ersucht derselbe die Kollegen, noch etwa sich herausstellende Fehler und eine andere Auslegung des Tarifes von Seiten der Arbeitgeber sofort im Büro anzubringen. Kollege G. Müller beantragt, bevor der Tarif von der Lohnkommission geändert und in Druck gegeben wird, diesen vorher noch der Versammlung vorzulegen. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Handelsarbeiter.

Mugsburg. Daß nur durch Eintigkeit eine Besserstellung der im Abhängigkeitsverhältnisse stehenden erzielt werden kann, haben auch die Kollegen bei der Wach- und Schließgesellschaft erfahren. Wenn wir auch gerne zugeben, daß die Verhältnisse im hiesigen Institut nicht die schlechtesten sind, so kann aber auch ebensowenig geleugnet werden, daß die Lohn- und Dienstverhältnisse den heutigen Zeitverhältnissen entsprechen. Die Zustände bei den Wach- und Schließgesellschaften, so weit sie uns zur Kenntnis kamen, sind nichts weniger als rosig zu nennen, was jedenfalls daran liegt, daß die Kollegen infolge ihres Standesbündels glauben, mit Arbeitern nicht gemein haben zu dürfen, wie ihnen ja von den Vorgesetzten allerdings genug eingebrüllt wird. Diesen total verfehlten Standpunkt nehmen auch mit wenigen Ausnahmen unsere Kollegen in Mugsburg ein und lehren dem Verbands den Rücken, als sie auf dem Vormarsche zur Besserstellung ihrer Arbeitsverhältnisse waren. Die kolossale Steigerung aller Lebens- und Bedarfsartikel hat allerdings auch vor den Wächtern nicht Halt gemacht. Da eine freiwillige Zulage absolut nicht kommen wollte, blieb den Kollegen eben kein anderer Weg, als der des Zusammenschlusses übrig. In einigen Versammlungen wurden die jetzigen Zustände erörtert und zunächst eine Kommission beauftragt, die Forderungen der Direktion zu unterbreiten. Obwohl das Entgegenkommen des Herrn Direktors anerkannt werden muß, war sein Zugeständnis besonders für die Neueingestellten, zu gering und beauftragten deshalb die Kollegen den Verbandsvertreter, nochmals beim Direktor vorstellig zu werden, was den Erfolg hatte, daß die Anfangslöhne nach 3 Monaten 90, Markt erreichen, während dieser Satz früher erst nach 6 Monaten bezahlt wurde. Für die älteren Kollegen wurde eine Zulage von 10, — Mk. pro Monat erzielt. Wenn die Forderungen nur teilweise durchgebrückt werden konnten, so lag dieses zunächst an der mangelhaften Organisation der Kollegen selbst, da dieselben in allen möglichen Verbänden zerstreut sind, zweitens aber auch an der schlechten Bezahlung der Wächter in anderen Städten. Immerhin war die Bewegung nicht nutzlos, da der Höchstlohn von 100, — auf 110, — Mk. getrieben wurde und auch der Anfangslohn eine wesentliche Besserstellung erfahren hat. Also auch bei der Wach- und Schließgesellschaft hat die Organisation ihren nützlichen Zweck. Mögen die Kollegen in allen Städten, wo solche Institutionen vorhanden sind, danach trachten, alle Kollegen in die Reihen der Organisation zu bringen, denn auch die Wächter sind nichts anderes als Arbeiter, selbst wenn ihnen der Titel Oberwächter an den Hals gehängt wird. Den Mugsburger Kollegen aber rufen wir zu: Laßt Euch nicht irremachen, denn nur geschlossen ist etwas zu bewegen und sorgt, daß jeder Kollege Mitglied des Verbandes wird und bleibt.

Die Berliner Sonntagruhe-Überwachungskommission und ihre Tätigkeit. Am 1. Osterfeiertag konnte wieder festgestellt werden, daß die Überwachungen der Sonntagruhe einen Umfang angenommen haben, dem nur durch ständige Kontrolle durch die Kommission Einhalt geboten werden kann.

Noch war Berlin nicht vollständig aus den Betten, als schon um 8 Uhr die ersten Hausdiener, bespaßt mit Startons und Lieferbeden, den mit Mustertoffen usw. beladenen Handwagen ziehend, angehalten werden konnten. Je weiter der Vormittag vorrückte, je größer wurde die Zahl. Um 11 Uhr waren bereits 48 Überwachungen beobachtet. Leider war es nur möglich, in 27 Fällen die polizeiliche Feststellung zu veranlassen. Folgende Firmen konnten in Betracht: Domann, Krausenstr. Ecke Friedrichstr. mit 2 Hausdienern und 1 Handlungsgehilfen; Segall, Leipzigerstr. mit 2 Hausdienern; Roe u. Schulze aus Potsdam; Otto Weber, Mohrenstr.; Albert Dörsenhan, Kaufhaus, Dönhofsplatz; Gadiel, Königsstr.; Knappe, Unter den Linden; Berbe u. Pacheiser, Jägerstr.; Brandt, Wilmstr.; Krause, Friedrichstr.; Nebel, Friedrichstr.; Seyl, Krausenstr.; Hillmer, Dorotheenstr.; Gerstel, Königgräberstr.; Martha Löwenthal, Mohrenstr.; Fingerhut, Potsdamerstr.; Krawlowski, Potsdamerstr.; Tribut, Mauerstraße; Plawitta, Zimmerstr.; Wach, Fehderstr.; Emma Bette, Wud u. Lachmann, Leipzigerstraße; Witzholz, Leipzigerstr.; Sachs, Seidelstraße; Passauer, Schmidstr.; S. Klein, Serralerstr. 44; Gebr. Morgenstern, Jerusalemstr.; Stolzenberg, Oranienstr.; Luskiwicz, Markgrafenstr.; Abraham, Leipzigerstr.; Drabe, Lohringerstr.; Erich Friedländer, Werderscher Markt u. a. m. Ein Teil der Hausdiener letztenamter Firmen entzog sich der Feststellung durch die Flucht. Trotzdem wird die Überwachungskommission von Strafantrag beim Polizeipräsidenten stellen. Eine neue Art der Beschäftigung ist beobachtet worden, das Verhängen der Schaulenster während der Kirchzeit. Die Firma Weissenberg, Gr. Frankfurterstraße 126, verlangte von ihrem Hausdiener, um 12 Uhr die Schaulenstervorhänge abzunehmen. Damit das Publikum am Nachmittag die Auslagen besichtigen kann, mußte der Hausdiener seinen freien Tag opfern. Im Warenhause Jandorf, Andreasstr., wurden verschiedene Hausdiener mit derselben Arbeit beschäftigt. Die Polizei hat sich in diesem Jahre den Verhältnissen schon mehr angepaßt und machte den überwachenden Kollegen nicht mehr so viel Schwierigkeiten wie im Vorjahre, abgesehen von einigen Ausnahmen, wie am Kemperplatz beim Rolandbrunnen, am Bahnhof Friedrichstr.; insbesondere der Beamte, welcher veranlaßt wurde, das Geschäftslokal der Fa. Hedeburger u. Weder, Unter den Linden 48-49, zu kontrollieren. Diesen Beamten muß unbedingt eine Instruktion über die Sonntagruhebestimmungen und das Gesetz betr. Hausfriedensbruch zu teil werden. Wir erwarten vom Polizeipräsidenten, daß derartige schwere Übertretungen auch entsprechende Strafen nach sich ziehen, damit Wiederholungen dem Arbeitgeber zu kostspielig werden.

Da die Handelshilfsarbeiter ohne Ausnahme die Arbeit am ersten Feiertag nicht freiwillig leisten, sondern dazu gezwungen werden, entsprechen auch nachträglich unter dem Druck des Arbeitsverhältnisses zu polizeilichem Protokoll gegebene Erklärungen auf freiwillige Arbeit nicht den Tatsachen. Die Arbeiterschaft ist es gewohnt, bei Anlässen geringfügiger Art mit den höchsten Strafen bedacht zu werden, während Arbeitgeber bei dem erwähnten Vergehen frei ausgehen.

In der Bekleidungsbranche wird zum Wochenlohn und in der Zeit vor den Festtagen bis in die Nacht hinein geliefert. Häufig kommt es vor, daß Kollegen in den Häusern der Vororte eingeschlossen worden sind und unter diesen Verhältnissen magt ein gewissenloses Unternehmertum den Handelshilfsarbeitern die gesetzlich zustehende Ruhezeit zu nehmen, und die Polizei hält den Herren noch die Steigbügel. Das, Kollegen, muß anders werden! Schafft an allen Orten Überwachungskommissionen! Ueberlaßt diese Arbeit nicht den polizeilichen Organen. In Berlin hat es sich gezeigt, daß diejenigen Firmen, die im vorigen Jahre kontrolliert worden sind, in diesem Jahre die Feiertagsruhe durchgelehrt haben. Wenn die Herren Handlungsgehilfen mit dem hohen Stehtragen, die sich in der Woche mehr dünken, wie der Hausdiener, die Expedition rausbetzen wollen, so sollen sie es nur richtig tun und mit der Lieferbede die Anzüge weg-schaffen. Ihnen scheint die Arbeit selbst des Sonntags nicht schwer zu sein. Mit diesen Privilegien wird die Überwachungskommission des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes aufträumen; sie wird sich derer annehmen, die unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen zu fronden haben und nicht eher rasten, bis auch diesen Kollegen ihr Recht auf Sonntagruhe wieder ist!

Berlin. Zu dem Artikel in der vorletzten Nummer des "Courier": "Schwarze Listen für Handelsangestellte" können wir einige Ergänzungen zu dem schwarzmachrischen Zuge in den Reihen der Arbeitgeber des Papierhandels bringen. Bereits in der Nr. 44 des "Courier" des vorigen Jahres sprachen wir die Vermutung aus, daß während der Feuerungsanlagen-Bewegung eine Verständigung zw. zwischen weniger Firmen stattgefunden haben muß. Wir sind durch den April-Wind in die Lage gekommen, ein verwickeltes Schriftstück auf unserem Redaktionsstisch vorzufinden, welches folgendes enthält:

"In Beantwortung Ihres Schreibens vom gestrigen Tage teilen wir Ihnen mit, daß unser Arbeiterpersonal bis jetzt nicht wegen Lohnherabsetzung an uns herangetreten ist. Es dürfte zu erwarten sein, daß später gleiche Schritte der Arbeiter auch bei uns und den übrigen

hiesigen Händler-Firmen getan werden. Ein gemeinsames Handeln zur Abwehr würde am ersten Erfolg haben. Wir sind dazu bereit.

Um ein gemeinsames Vorgehen zu verbürgen, möchten wir raten, auch den Verein der Papier-Engros Händler für die Sache zu interessieren.

Hochachtungsvoll

F. Lüdicke G. m. b. H. (Name unleserlich).

Die Leiter am Berliner Plage der Firma F. Lüdicke G. m. b. H., welche ohne zu errotten es fertig bekommen, bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen verheirateten Hausdienern 21-22 M. Lohn zu zahlen, — für Lagerarbeiten, Stapeln oder Tourenfahren mit 10 bis 14 Zentner schwer beladenen Handkarren — sprechen genug für den Geist, welcher in diesen Köpfen wohnt. Dasselbe hat sich gezeigt bei der Firma Krause u. Baumann, Warschauerstr., eine mit der schwersten Arbeitsstellen in der Branche. Dort sind Stunddruck-Kartonpapier-Ballen 8 bis 14 Zentner schwer zu handieren. Die 6 Kollegen, welche dort zirka 3 bis 4 Jahre tätig waren, mußten am 27. März in eine Abwehrbewegung eintreten. Wie in allen anderen Papierfirmen Berlins, hatten diese bei ihrer besonders schweren Arbeit eine 1/2 stündige Frühstückspause, 1/2 stündige Mittags- und 1/2 stündige Vesperpause, was mit dem Vertreter der Firma damals beim Eintritt vereinbart war und bis dato bestand. Die 1/2 stündige Vesperpause darf nicht mehr gemacht werden, wurde angeordnet. Seit einem halben Jahre versuchen die Vertreter der Firma, durch ihre Stechtragen-Helfer, Helfer den Hausdienern das Arbeitsverhältnis immer unerträglicher zu machen. Zwei Kollegen wurde die jährliche Zulage erst ein Vierteljahr später gezahlt wie sonst; ein abwechselnder Djour-Dienst wurde eingeführt, welcher vier Kollegen die Arbeitszeit um 1 1/2 bis 2 Stunden verlängerte. Das Einstellen von tageweisen Ausbülksträften bei größerem Geschäftsverkehr findet nicht mehr statt. Bei dieser Arbeitsüberbürdung mußte die vollständige Entziehung der Vesperpause eine Erregung hervorrufen, da diese rücksichtslose Maßnahme bei schwerer Arbeit jedes menschlichen Gefühls entbehrt. Obwohl Verhandlungen von seiten der Kollegen sowie der Verbandsleitung stattgefunden haben, und die Vesperpause 1/4 Stunde lang zu gewähren in Vorschlag gebracht wurde, stellten sich die Vertreter der Firma auf den Herrenstandpunkt: es gibt keine Entzögerung. Die Kollegen verlassen den Betrieb. Die doppelte Anzahl der sonst Beschäftigten wurde eingestellt, branchenunkundige Personen aus den jüdischen Nachweisen, des Kriegerbundes, von Stellenvermittlern. Die Firma ließ dieselben durch die Polizei behüten und bewachen. Ehrlichen, rechtschaffenen Leuten hält man 1 M. Zulage 1/4 Jahr zurück, für diese Elemente spielen in solchen Fällen für die Firma Tausende von Mark keine Rolle. Daß solche Leute trotzdem nicht leisten, ist der Beweis dafür, daß die Firma sie tageweise früh eine Stunde früher kommen läßt und abends entläßt mit denjenigen Stechtragen-Helfer, die das Bedürfnis haben, ihre unbeschränkte Arbeitszeit endlich beenden zu können. Branchenunkundige Kollegen hielten es unter ihrer Würde, in diesem Betrieb zu arbeiten und den Kollegen in den Rücken zu fallen. Kollegen, stärkt die Organisations! Augen auf!

Berlin. Ein Kassierer und Kassierhelfer. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen Kassierer bei der Firma Louis Littauer, N. H. Maschinen, S. O. H. 39, war bereits vor mehreren Jahren einmal Gegenstand unserer Kritik. Seit jener Zeit war die Firma bestrebt, die Wünsche der Angestellten zu prüfen und kleine Verbesserungen durchzuführen. Aber auch die jahrelange Organisationsarbeit der Kollegen hat dazu beigetragen, daß Erfolge, sei es in Gestalt von Lohnaufbesserung oder Erringung eines freien Wochentages als Ersatz für den Sonntag, an welchem ja bekanntlich tüchtig gearbeitet werden muß, zu verzeichnen waren. Früher mußten die Kollegen permanent sieben Tage in der Woche schlafen; mit Hilfe der Organisation wurde der Sonnabend dann freigegeben. Der Lohn betrug 15 M. und 2 pSt. vom Zinasso. Seit zirka vier Jahren beträgt derselbe 16 M. und 3 pSt. vom Zinasso, es wurde also einmal 1 M. und das andere Mal 1 pSt. an Zulage gewährt. Innerhalb dieser vier Jahre sind nun die Lebensmittel usw. ganz enorm verteuert worden. Aus diesem Grunde stellten nun die Kollegen wiederum das Ersuchen an die Firma, die Löhne aufzubessern. Diesmal zeigte dieselbe aber kein Entgegenkommen. Die aus fünf Kollegen bestehende Kommission sowohl als auch die Organisationsvertreter wurden auf einen späteren Termin vertagt. Auch sollten die Kollegen Kassierer erst einmal beweisen, daß sie tüchtige Leute sind und pro Woche 3 bis 5 M. mehr kassieren. — Als dann im Herbst v. J. die Kommission erneut bei Herrn Littauer anklopfte, beriet er schnell und erholte sich vier Wochen. Nachdem hatte sich die Situation geändert. Die Verbandsvertreter wurden nicht mehr vorgelassen; Herr Littauer bewilligte seinen Angestellten angeblich keine Zulage aus dem Grunde, weil „Kupfer u. Co. in Moabit“ auch nichts bewilligt hatte. Der ungünstigen Geschäftslage wegen wurde die Bewegung abgebrochen.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert. Durchschnittslöhne von 20 bis 22 M. sind keine Seltenheit. Berechnet man nun, daß der Kassierer die ganze Woche auf der Straße sich in Wind und Wetter herumtreiben muß, so wird jeder einsichtige und vernünftige Mensch zugeben, daß bei einem derartig niedrigen Verdienst nicht eine allein dastehende Person, geschweige denn eine Familie existieren kann. Die Firma wird ja nun antworten, daß die Kollegen Kassierer noch so und so viel an Provision durch den Verkauf neuer Maschinen verdienen. Wie es aber in Wirklichkeit damit ausseht, weiß die Firma auch ganz genau; die Firma ist genau davon unterrichtet, daß der Kassierer durch das sogenannte „Pacungs-

system“ fast in allen Fällen drei Viertel den Provision wieder einbüßt.

Ein besonderer Grund zur Beschwerde bietet in neuerer Zeit die Handhabung und Erledigung der Neugeschäfte resp. Verkäufe. Gibt z. B. ein Kassierer ein oder mehrere Neugeschäfte auf, so erhalten dieselben zunächst die Rechercheure oder Kontrolleure zur Nachprüfung. Diese haben es nun in der Hand, den Kollegen Kassierern die Provision verdienen zu lassen oder das Geschäft als „faul“ zu bezeichnen; letzteres bedeutet einfach, der Kunde ist nicht zahlungsfähig, er bekommt keine Maschine. Trotzdem erhält der betreffende Kunde in vielen Fällen eine Maschine von irgend einer Filiale derselben Firma geliefert. Also: trotz vieler Mühe und Aufwendungen geht dem Kassierer die Provision verloren, da diese jetzt an den Filialisten gezahlt wird.

Die Firma erklärte im vorigen Jahre, daß sie Aufbesserungen der Löhne wegen des hohen Aufwandes der Kassierer nicht gewähren könne. Diese Rechnung ist aber falsch, da auch die Kontrolleure resp. Rechercheure und deren Einkommen stets auf das Kassiererkonto verbucht werden. Die Geschäftsführung ist reformbedürftig, dieses wurde seinerzeit selbst von der Geschäftsleitung zugegeben. Nur etwas moderner Geist hinein, vieles würde sich ändern. Eine Firma, die innerhalb eines Menschenalters aus den kleinsten Anfängen heraus zu einer Weltfirma geworden ist und in Groß-Berlin allein zirka 50 Filialen unterhält, sollte denn doch nach besseren Ausreden suchen, um den ablehnenden Standpunkt bei eventl. Lohnforderungen zu begründen.

Die Firma Louis Littauer wird den berechtigten Wünschen ihrer Kassierer Rechnung tragen müssen, auf Grund der herrschenden Teuerung können die Kollegen bei derartig niedrigen Löhnen nicht als Menschen existieren. Sind doch die Kassierer gerade die Arbeitsstapeln, die den Hontig „1 Markweise“ zusammenschleppen. Sie bilden den Grundstein des ganzen Geschäfts und müssen auch dementsprechend bezahlt werden. Hoffen wir also, daß die Firma in Zukunft die Wünsche ihrer Angestellten prüft und dementsprechend handelt.

An die Kollegen Kassierer richten wir den Appell, nach wie vor fest zur Organisation zu halten, nur mit Hilfe derselben können wir bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen.

Kolleginnen und Kollegen in allen Branchen! An Euch richten wir das Ersuchen, genau auf die in Eure Familien kommenden Kassierer zu achten, fordert von Euren Nähmaschinen, Abzahlungs- oder Versicherungskassierer stets die „rosa“ Legitimationskarte. Schließt Neugeschäfte nur mit Euren Verbandskollegen ab!

Beelitz i. M. Seit dem 1. Januar 1911 gelang es endlich, einen Teil der Hausdiener und Kutscher in der Heilstätte zu organisieren. Ebenso organisierten sich die Pfleger und Pflegerinnen und nachdem die erste Echeu gewichen, kommen die Kollegen und bringen ihre Klagen an die Öffentlichkeit und das mit gutem Recht. Die Anstaltsleitung hat Bestimmungen herausgegeben, die dazu angehen, daß ohne weiteres und selbstverständlich Unwille und Enttäuschung unter den Angestellten hervorgerufen werden müssen. Es ist bestimmt worden, daß für zerklüftenes Geschirr nicht immer der Einzelne aufzukommen hat, sondern der Schaden muß von der Gesamtheit einer Abteilung getragen werden, unbekümmert darum, ob Unwille oder grobe Fahrlässigkeit vorlag. Es kommt ferner vor, daß dem Personal schon lädiertes Geschirr ausgetauscht wird, und geht dies dann entzwei, dann muß es eben bezahlt werden. Einem Angestellten wurden 10,— M. abgezogen, weil er angeblich ein Waschbecken lädiert haben soll. Trotzdem der Arbeiter beteuerte, keine Schuld zu haben, mußte er blechen; ja, es wurde ihm gesagt, daß, wenn er nicht zahle, er mit seiner Entlassung zu rechnen hätte. Trotzdem nun der Arbeiter seine 10,— M. zahlte, befindet sich das Waschbecken noch immer in Gebrauch. Die Behandlung läßt ebenfalls viel zu wünschen übrig und üben die einzelnen vorgesehten Damen und Herren ein diktatorisches Regiment aus. Nicht lafernenmäßig werden die Kontrollen über die in der Heilstätte wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeübt. Wer die Heilstätte verlassen will, muß sich auch nach Feierabend, einen Kontrollschein ausstellen lassen, auf welchem vermerkt ist, die Zeit des Fortganges und die Zeit der Rückkehr. Will von dem weiblichen Personal jemand länger als bis 12 Uhr nachts fortbleiben, so werden allerhand Winkeltzüge gemacht. Es fehlt nur, daß auf der Rückseite dieser Scheine alle die Lokalitäten und Stätten vermerkt werden, die besucht werden dürfen.

In den einzelnen Abteilungen sind die Aufenthaltsräume für die Arbeiter in einem sehr verbesserungsbedürftigen Zustande. Soll hier Wandel geschaffen werden, dann muß mehr als wie bis dato der Organisation Eingang verschafft werden. Auch müssen sich die Arbeitervertreter im Kuratorium etwas mehr als sonst um die inneren Einrichtungen dieser Anstalt bekümmern.

Am Sonntag, den 23. April 1911, tagte in der Stadt Beelitz eine sehr gut besuchte Versammlung aller Hausdiener, Kutscher, Packer, Lagerarbeiter und Arbeiterinnen von Beelitz und Umgegend. Nachdem der Gauleiter einen Vortrag über „Wer sind die Feinde der Arbeiter“ gehalten und Genosse Sailer auf die Bedeutung der Gewerkschaftskarteile hingewiesen hatte, wurde beschlossen, sich dem neu zu gründenden Kartell anzuschließen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. M. In den hiesigen Handelsbetrieben bestehen noch vorläufige Zustände. Die modernen Handelsflaven nehmen es als etwas ganz Selbstver-

ständliches hin, wenn sie bei hundsmisslicher Bezahlung 14 und zum Teil noch mehr Stunden bis Joch gespannt werden. Was an rigoroser Behandlung geboten wird, übersteigt das gewöhnliche Maß der üblichen Unternehmerrückständigkeit. Sanitäre Einrichtungen findet man ebenso wenig, wie in den geeigneten Fällen arztlicher Kranke. Man findet sehr wenig Kollegen, die ohne Mithilfe der Ehefrau all die Ausgaben, die Frankfurt mit seinen außergewöhnlich hohen Lebensmittelpreisen und Wohnungspreisen erfordert, bestreiten können. Wer nun glaubt, daß diese Zustände revolutionierend auf die Gehirne der Frankfurter Handelsarbeiter einwirken würden, befindet sich arg im Irrtum. Trotz äußerst intensiver Aufklärungsarbeit bricht sich der Gedanke der Zusammengehörigkeit und der damit verbundenen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegenschaft nur langsam Bahn. Selbst die organisierten Kollegen lassen es oftmals an dem, was zur Vermehrung unserer Streiter dienen könnte, leider fehlen. Tagtäglich überall auf den Geschäftswagen, auf den Postkutschen, Pollant 2c. kommen sie mit Leidensgenossen zusammen. Da wird dann über alles mögliche gesprochen, nur nicht über das, was alle interessiert, allen unbedingt gesagt werden muß! Die Notwendigkeit des Zusammen schlusses in einer gut fundierten, großen und starken Organisation! — Der einzige Zusammenhang zwischen Verbandsleitung und Kollegenschaft, der unbedingt vorhanden sein muß, sollen Fortschritte gemacht werden, fehlt fast ganz. Organisierte Kollegen halten es nicht der Mühe wert, der Verbandsleitung Mitteilung zu machen, wenn hier und da in Vertrieben Maßnahmen zur Verschlechterung der Verhältnisse getroffen werden. Ueberhaupt mangelt es ganz gewaltig darin, daß der Zeitung nicht das nötige Material zugeht. Es sind ja erfreulicherweise einige Kollegen, die uneigennützig sich der Aufgabe gewidmet haben, die Frankfurter Handelsflaven aus ihrem Winterschlaf zu erwecken. Jedoch sind diese Wenigen nicht in der Lage, trotz aufopferungsvoller Hingabe das zu leisten, was gefordert werden könnte, wenn alle organisierten Kollegen mithelfen würden. Daß noch sehr, sehr viel zu tun ist, beweisen folgende kleine Stichproben. In dem Kaffee-Engrosgeschäft von Wolf gibt man den Arbeitern — auch den verheirateten — einen Wochenlohn von 20 M. 1. Offenbar steht auch die Firma auf dem Standpunkt: „Reinlichkeit ist das halbe Leben“. Für 6 Personen wird nämlich alle 14 Tage ein Handtuch geliefert! Der Magazinverwalter scheint über den Zweck eines solchen Inventars nicht genau informiert zu sein, denn er soll, wie berichtet wird, das Handtuch auch zum Putzen seiner Nase verwenden! Schränke zum Aufbewahren der Kleider fehlen selbstverständlich. Letztere müssen im Lager aufgehängt werden, damit jederzeit eine Kontrolle möglich ist! Als Waschkraum dienen die Koffettanlagen. Bei der Firma Bonn, Zell erhalten Kollegen, die 6 bis 8 Jahre im Geschäft tätig sind, einen Wochenlohn von 21,— M. 11 Stunden wird offiziell geschafft, manchmal wird's auch etwas länger. Selbstverständlich kann die Firma bei diesen thörlischen Verhältnissen nicht jeden beliebigen Kollegen brauchen; es wird genau geprüft, daß nur ehrliche und gewissenhafte eingestellt werden. Verheiratete werden bevorzugt, im Gegensatz zu den andern Geschäften, die fast nur „junge Burschen“ usw., wie hierzulande der fachtechnische Ausdruck lautet, einstellen. Das ausgefeilte Kontrollsystem dient dazu, genau festzustellen, falls jemand sich erkrankt, 1/4 Stunde später von der Tour zurückzukommen. Er liegt unarmberzig auf Pfaffen. Bei der Firma Schiff u. Co., G. m. b. H., Bahnhofplatz, müssen sich die Kollegen „emporarbeiten“. Der Anfangslohn beträgt 18,— bis 22,— Mark pro Woche. Haben sie dann ein Jahr geschafft, und sich soweit „emporgearbeitet“, daß sie Anspruch auf eine Lohnzulage glauben erheben zu können, dann werden wieder frische Leute gesucht und eingestellt, die sich ebenfalls wieder ein Jahr lang „emporarbeiten“ müssen, um gleichfalls dann den Gesellschaft zu bekommen! In der Kuvierfabrik Josef Siebel, Kronprinzenstraße, erhält der Ausläufer 21,— M. pro Woche. Diese gigantische Lohnhöhe wird durch weitere Zulagen nicht überschritten. Der Kollege ist verheiratet und Vater von 4 Kindern. Wie es in fast allen Handelsbetrieben üblich ist, sammelte der Kollege die kleinen Papierabfälle, um sich durch den kleinen Erlös den miserablen Wochenlohn aufzubessern. Das mußte gerichtet werden! Der „Diebstahl“ wurde der Behörde angezeigt und der Kollege sofort entlassen! Wer ist hier der wahre Schuldige? Der Kollege etwa, mit seinem dürftlichen Lohn von 21,— M. 1. Ach nein, der Unternehmer selbst ist es, der es wagt, einen Familienvater mit solchem Jammerlohn abzufinden. Einem Lohn, bei dem es fast unmöglich ist, ehrlich zu bleiben! Ihr Laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihn der Pein! Hat einst Frankfurt größter Sohn gesagt. Die Frankfurter Chefs haben aber heute, 80 Jahre nach Wolfgang von Goethes Tode, den tiefen und doch so klaren Sinn seines Wortes noch nicht begriffen. Diese und ähnliche Verhältnisse zwingen uns geradezu, dem Ausbeutertum im Frankfurter demokratischen Handelsgewerbe ein für allemal ein Ende zu machen. Darum aufgewacht, Kollegen! Jede jeder mit Sandans Wert zu seinem Teil, agitiert, organisiert, damit bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Sage keiner, es geht nicht. Solche und andere Ausreden müssen verschwinden. Es geht! Ihr müßt nur wollen, denn: „Wollen ist Können!“

Königsberg. Unsere Kollegen in den Ostpreussischen Margarinebetrieben ließen durch ihre Organisationsleitung der Firma Forderungen um Erhöhung der Wochenlöhne von 2 M. unterbreiten, nachdem sie bereits länger wie zwei Jahre für den „königlichen Lohn“

von 19 resp. 20 Mk. pro Woche gearbeitet hatten. Die Inhaber hielten es nicht für nötig, den Arbeitern auf ihre Lohnforderungen zu antworten, im Gegenteil verlangten sie Anerkennung einer Arbeitsordnung, die gegen die bisherigen Verhältnisse noch Verschlechterungen mit sich brachte. Das ging den Kollegen gegen den Strich und so stellten sie geschlossen am 24. April die Arbeit ein. Die Firma glaubte, Kaiserlicher in genügender Anzahl heranzuziehen zu können und wandte sich dieserhalb an den Arbeitsnachweis des *Liberalen Arbeitervereins*, der auch sofort die Rolle eines Streikbrechervermittlers übernahm. Es gelang jedoch der Organisationsleitung, die Mitglieder dieses Vereins zu überzeugen, daß sie zum Streikbruch benötigt werden sollten und so konnte diese Schutztruppe des Unternehmertums ferngehalten werden. Andere Arbeitswillige, die man herangezogen hatte, legten nach Rücksprache mit der Streikleitung ebenfalls die Arbeit nieder, so daß der Betrieb vollständig ruhte. Da die Futtervorräte verfaulend waren und neue Bestellungen eintrafen, so blieb den Inhabern nichts weiter übrig, als mit den Arbeitern zu verhandeln. Es kam eine Einigung zu stande, die den Kollegen eine Lohnerhöhung von 1,50 Mk. pro Woche und eine Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde brachte. Der Vertrag wurde auf zwei Jahre abgeschlossen. — Die Kollegen können mit ihrem Erfolg zufrieden und auf ihr einmütiges Zusammenhalten stolz sein.

Leipzig. Bei der Firma S. Sperling, Buchbinderei, hatten die dort beschäftigten Berufskollegen unter recht traurigen Lohnverhältnissen bisher zu leiden. Diese Firma gehört mit zu denjenigen Betrieben in dieser Branche, welche die allerniedrigsten Löhne zahlen. So war es denn auch kein Wunder, daß es in diesem Betrieb bisher wie in einem Taubenschlag zuzuging, denn bei einem Wochenlohn von 19 bis 21 Mk. war ein ständiges Personal niemals zu denken und mußte die Firma die verschiedenen Penner ihre Zuflucht nehmen.

In der letzten Zeit ist aber eine erfreuliche Besserung infolgedessen eingetreten, daß die dort beschäftigten Berufskollegen zu der Einsicht gelangten, dazu überzugehen, ihre traurigen Lohnverhältnisse um ein geringes aufzubessern. Ein Teil der Kollegen Lagerarbeiter und Papierfahler wurde noch zu einem sehr geringen Stundenlohn beschäftigt und erhielt keine Bezahlung der Wochenfeiertage, so daß es vorkam, daß die Kollegen mit dem horrenden Lohn von 14 und schreibe 14 Mk. pro Woche nach Hause gehen mußten. Wie mit derartigen Löhnen Arbeiter, und noch dazu Familienväter, unter den heutigen Verhältnissen existieren sollten, bleibt jedenfalls ein Rätsel, welches wahrscheinlich nur die Firma Sperling lösen kann. Deshalb war es in erster Linie notwendig, die Stundenlöhne in Wochenlöhne umzuwandeln.

Die Kollegen versuchten zunächst durch ein höfliches Schreiben an die Firma obigen Mangelzustand zu beseitigen und gleichzeitig dabei eine allgemeine Lohnaufbesserung herbeizuführen. Die Geschäftsleitung war wohl so gnädig, die dazu beauftragte Kommission anzuhören, erklärte aber, daß nur diejenigen eine Zulage erhalten würden, welche nach Ansicht der Firma es auch verdienten. Daß damit die Kollegenschaft keinesfalls einverstanden sein konnte, war selbstverständlich.

Da für die beschäftigten Kollegen außer unserer Organisations auch der Verband der Buch- und Stein-druckereiarbeiter in Frage kam, so wurden beide Organisationsleitungen beauftragt, namentlich die Wünsche der betreffenden Arbeiter der Firma nachmals zu unterbreiten. Die Firma hielt es aber nicht für angebracht, auf diese minimalen Wünsche einzugehen oder uns auf unser höfliches Schreiben überhaupt eine Antwort zu geben. So war denn die Kollegenschaft gezwungen, dem Unternehmer etwas deutlicher zu verstehen zu geben, daß sie es ernst mit ihrer Forderung meinte und rechtens infolgedessen sämtliche organisierten Kollegen ihre Kündigung ein. Auch dieses schien dem Unternehmer von Anfang nicht zu imponieren, nur erst in den letzten Tagen vor Ablauf der Kündigung bequemte sich die Firma dazu, einem Teil der Kollegen ganz geringe Zugeständnisse zu machen. Da dieses ganz ungenügend war, so wurden die Organisationsleitungen beauftragt, in letzter Stunde nochmals zu versuchen, mit der Geschäftsleitung eine Verständigung herbeizuführen. Dieses ist denn auch gelungen, und die Firma machte dann noch einige Zugeständnisse.

Der Erfolg dieser ganzen Bewegung ist nun, daß hauptsächlich die Stundenlöhne beseitigt worden sind und an deren Stelle ein Wochenlohn mit Bezahlung der Wochenfeiertage tritt. Weiter wurden den Kollegen Zulagen von 50 Pf. bis 2,80 Mk. pro Woche für den Einzelnen gewährt, so daß im Durchschnitt auf jeden Kollegen 1 Mk. pro Woche kommt. Wenn das Resultat dieser Bewegung auch kein vollständig befriedigendes ist, haben die Kollegen aber unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse einen Achtungserfolg zu verzeichnen und wird es Aufgabe derselben sein müssen, in geeigneter Zeit das jetzt von der Firma nicht Bewilligte nachzuholen.

Bei dieser Bewegung wollen wir aber nicht unerwähnt lassen, daß die dort beschäftigten drei Rutscher sowie einige ältere Martivelfer sich leider nicht dazu verstehen konnten, der Organisation beizutreten und sich dieser Bewegung anzuschließen. Hoffentlich haben diese eine Lehre daraus gezogen — weil sie hierher ausgegangen sind, — daß auch ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur mit Hilfe der Organisation verbessert werden können und holen das Versäumte so bald wie möglich nach. Unsere organisierten Kollegen eruchen wir aber, so einmütig wie bei dieser Bewegung auch für die Zukunft zu handeln und vor allen Dingen mit dazu beizutragen, daß die uns noch fernstehenden Kollegen in den anderen Be-

trieben der Organisation zugeführt werden, damit wir in der Lage sind, in den gesamten Buchbindereigeschäften die noch traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

Stuttgart. Die seit längerer Zeit schon geplante intensive Agitation unter den Kollegen Handelshilfsarbeitern wurde am 26. April in einer gut besuchten Versammlung eingeleitet. Ein Kollege hielt ein leichtverständliches Referat über den eigentlichen Zweck und Nutzen einer Statistik, welche nun durch Ausgabe der Fragebogen geschaffen werden soll. Das eingehende Material soll nachher in einer Broschüre übersichtlich zusammengefaßt werden, welche selbst wieder zur Verbreitung unter die Handelshilfsarbeiter gelangen soll, um diesen so ihre schlechte Lage, sowie ihre traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wiederzugeben. Daß selbiges nützlich, ging aus den Ausführungen des Referenten mit Klarheit hervor, denn so lange die verheirateten Kollegen noch Löhne von 20— bis 22— Mk., die ledigen von 17— bis 19— und 20— Mk. beziehen, eine Arbeitszeit von 14 bis 15 Stunden täglich dafür zu leisten haben, noch dazu meistenteils schlechte Behandlung erdulden müssen, wird es wohl keinem der Kollegen einfallen, zu erklären, wir haben es durchaus nicht nötig, unsere Lage zu verbessern. Einer strengen Kritik unterzog der Referent die Arbeitsräume, in denen unsere Kollegen ihre Arbeit tagsüber zu verrichten haben, denn gewöhnlich sind es solche Räume, die feucht und modrig in den Souterrains versteckt liegen, von einer Waschegelegenheit oder Antileberäumen ist nur in seltenen Fällen etwas zu verspüren.

Weiter kommt hinzu, daß sich die hiesigen Handelshilfsarbeiter in den letzten Jahren statt verbessert, was angesichts der teuren Lebenshaltung angebracht wäre, noch verschlechtert haben. Vor einigen Jahren war es noch gang und gäbe, daß wenigstens die gesetzlichen Festtage bezahlt wurden. Dies trifft heute wenig mehr zu. Die Versicherungsbeiträge, ja teilweise auch nur kurze stundenlange Arbeitsversummisse werden von den „horrenden“ Löhnen noch in Abzug gebracht. Für unmöglich sollte man es halten, daß von einem Teil dieser Kollegen auch noch Kavillon in der Höhe von 500 bis 1000 Mk. gestellt werden muß.

Kurz zusammengefaßt, unsere hiesigen Handelshilfsarbeiter haben alle Ursache, sich zusammenzuschließen, um diese unbilligen Zustände zu beseitigen, dies kann aber nicht geschehen, wenn unsere Kollegen nicht selbst die Hand an die Speichen legen, um das Rad vorwärts zu bringen. Einige Diskussionsredner sprachen sich dafür aus, man möge mit den Fragebogen eine Hausagitation entfalten, was jedoch wenig Anklang fand und vorläufig zurückgestellt wurde.

Möge jeder Kollege seine Pflicht in Punkt Agitation, hauptsächlich unter den jüngeren Kollegen, tun und wir werden in Wähe sagen können, auch bei unseren Handelshilfsarbeitern geht es vorwärts und aufwärts.

Der Weg zur Freiheit, der Brillberlichkeit, kann nicht erbeten, nicht erräumt, er muß in heißen Kämpfen erarbeitet werden. Mit diesem Schlusswort des Vorsitzenden fand Schluß der schönen Versammlung statt.

Transportarbeiter.

Unternehmer-Willkür. Einen schönen Beitrag zu dem Kapitel Arbeiterfreundlichkeit und Arbeiterwohlwollen, wie solches so oft in der arbeiterfeindlichen Presse gepriesen wird, lieferte in den letzten Tagen die Firma S. A. Lutz, Kolonialwaren- und Kaffeegeschäft, Heiligengeiststr. Die bei der genannten Firma beschäftigten Rutscher, Mitfahrer und Lagerarbeiter arbeiteten seit Jahren für einen Wochenlohn von 24 resp. 25 Mk., steigend bis zum Höchstlohn von 27 resp. 28 Mk. Die Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, welche sich teilweise bis Mittag ausdehnten, waren in diesem Lohn mit einbegriffen. Der Höchstlohn wurde erst nach einer Beschäftigungsdauer von 2 1/2 Jahren erreicht. Aber nur wenige waren es, die den Höchstlohn bezogen, denn die Mehrzahl der Beschäftigten wurde nach nicht allzu langer Dauer wieder entlassen oder verließ freiwillig den Betrieb. Wese Jungen bezeichneten den Betrieb mit dem schönen Namen „Taubenschlag“.

Es ist kein Zweifel darüber, daß die bezeichneten Arbeiter, welche zum größten Teil Familienväter sind, bei diesen Löhnen und den teuren Lebensverhältnissen bei der Firma eine kleine Lohnaufbesserung zu fordern und beauftragten die Leitung ihrer Organisation, den Deutschen Transportarbeiter-Verband, sich mit der Firma in Verbindung zu setzen. Die Verhandlung unterbreitete nun der Firma die Forderungen der Arbeiter und erhielt daraufhin den Bescheid, daß der Chef (Herr Kommerzienrat Weber) verreise sei und derartige prinzipielle Angelegenheiten in dessen Abwesenheit nicht erledigt werden könnten. Bei einer hierauf erfolgten persönlichen Rücksprache mit der Geschäftsleitung der Firma erklärten die Verhandlungsvertreter, daß sie namentlich die Forderungen bis zur Rückkehr des Herrn Kommerzienrats zurückstellen werden. Die Organisationsleitung sowohl als auch die im Frage kommenden Arbeiter gaben sich der Hoffnung hin, daß der Friede weiter bestehen bleibe und die Firma gegen die Arbeiter nichts unternehmen wird. Aber weit gefehlt. Schon am Ostermontagabend und den folgenden Tagen erfolgte Entlassungen der Arbeiter, so daß von den 14 Beschäftigten 6 unter ganz nichtigen Gründen auf das Pflaster geworfen wurden. Unter ihnen befanden sich 4 Familienväter. Das ist die wahre Arbeiterfreundlichkeit, statt Lohnaufbesserung die Hungerpeitsche. Die noch im Betrieb verbliebenen Arbeiter waren über das rigorose Vorgehen der Geschäftsleitung empört und verließen hierauf ebenfalls den Betrieb.

Wenn der feinerzeit im „Berliner Lokalanzeiger“ in der Liste der S p e n d e r für das Sch u p

mannheim mit 500 Mk. aufgeführte Herr Kommerzienrat Weber mit dem Chef der Firma S. A. Lutz identisch ist, so ist zu erwarten, daß derselbe die Maßnahmen seines Geschäftsführers nicht billigt und ebenso wie für die Berliner Schutzleute auch für seine unter geringen Löhnen arbeitenden Arbeiter ein warmes Herz hat. Das Vorgehen der Firma erscheint um so verwunderlicher, als doch die Frau Kommerzienrat Tochter eines Pastors und der Geschäftsführer Sohn eines solchen ist, doch von ihren Anverwandten das schöne Bibelwort vernommen haben werden: „Gebt den Armen“ und: „Wer seinen Arbeitern den Lohn nicht zahlt, ist ein Bluthund.“ — Die hier in Frage kommende Arbeiter werden auch aus dieser recht christlichen Handlungsweise der Firma ihre Lehre ziehen.

Der Betrieb gilt für organisierte Arbeiter bis auf weiteres als gesperrt.

Wiesefeld. Das Alte stirzt, es ändert sich die Zeit! Hinterm Ostbahnhof, zwischen Bleich- und Heeperstraße, liegt so recht friedlich und fast gänzlich vom Verkehr abgeschlossen die Papier- und Pappfabrik von E. Sprick. Diese Weltabgeschlossenheit wird auch wohl die Ursache gewesen sein zu der Einführung folgender Arbeitsordnung, mit der die Inhaber, die Herren Sprick und Schröder, ihre dort beschäftigten Rutscher beglücken wollten:

1. Sämtliche Rutscher haben um 7 Uhr morgens den Dienst anzutreten und sich sofort an das Putzen und Füttern der Pferde zu begeben.
2. Für das Putzen und Füttern eines Pferdes ist 1/2 Stunde Zeit angesetzt, und muß sich jeder Rutscher, welcher 1 Pferd bedient, um 1/8 Uhr, und solcher, der 2 Pferde hat, um 8 Uhr im Lager bei dem Lagermeister, zurzeit Höfischer, melden.
3. Die von dem Lagermeister verlangten Arbeiten sind stets willig auszuführen.
4. Für die Mittagspause kommen 1 1/2 Stunden in Betracht. Wenn die Fuhren um 12 Uhr nicht zu Hause sein sollten, so ist die Pause entsprechend länger auszudehnen, es wird aber verlangt, dies dem Lagermeister mitzuteilen. Am Abend ist Schluß, wenn sämtliche Arbeiten erledigt sind.
5. Zuwiderhandlungen werden im wiederholten Mifall mit Entlassung geahndet. Bei einem Austritt vor dem 1. August wird den Rutschern, welche Land haben, dann 15 Mk. als Mietzuschußung direkt vom Lohn zurückbehalten. Nach dem 1. Oktober ist dann das Land freizugeben.

Wiesefeld, den 18. April 1911. E. Sprick.

Wir sind auf diesem Gebiete schon ziemlich viel gewöhnt, denn im Erlaffen von Stall- und Arbeitsordnungen und Vorschriften leisten die „Herren“ ihren „Angehörigen“ gegenüber schon allerlei. Aber die Art und Weise, wie diese Arbeitsordnung eingeführt wurde, ist denn doch so sonderbar, daß wir nicht umhin können, die Herren etwas in ihrer idyllischen Ruhe zu stören, und sie in die Gegenwart zurückzurufen. Der § 134d der Gewerbeordnung, der besagt, daß bei Einführung einer Arbeitsordnung die Arbeiter gehört werden müssen, scheint für die Herren Sprick und Schröder nicht zu existieren. Sie glauben, daß es schon genügt, wenn sie die Arbeitsordnung, welche alle ihre Wünsche enthält, auf ihre Wapen kleben und aufhängen und den 18 Jahre alten, eben aus der Lehre entlassenen Kontoristen Ristler beauftragen, den Rutschern mitzuteilen, daß von heute ab die neue Arbeitsordnung in Kraft tritt. Bei dieser Gelegenheit möchten wir dem Herrn Ristler empfehlen, in Zukunft seinen Umgang mit alten Arbeitern so zu gestalten, wie es sich für einen gebildeten Menschen und dazu will er als Kaufmann doch wohl gerechnet werden, geziemt.

Den Herren Firmeneinhabern können wir doch geraten, daß in einer Arbeitsordnung auch der Schluß der Arbeitszeit genau angegeben werden muß, ebenso einer Reihe anderer Dinge. Die gute alte Zeit, wo der Schluß der Arbeit erst dann eintrat, wenn sämtliche Arbeiten erledigt waren, ist unabwehrbringlich dahin. Diese Arbeitsordnung war denn auch selbst den sonst recht gebulbigen Rutschern der Firma Sprick zu bunt. Sie versuchten, mit Herrn Schröder über die Sache zu sprechen. Herr Schröder hatte aber keine Zeit. „Wem es nicht gefällt, der kann gehen; holt euch eure Papiere!“ machte die Tür zu, ließ die Rutscher stehen und — verreise. Als eine Stunde später der Vertreter unseres Verbandes telefonisch bei Herrn Sprick um eine Unterredung nachsuchte, geriet dieser Herr ganz außer Fassung. Er erklärte sich jedoch bereit, mit den Rutschern wieder zu verhandeln. Von einem Unterhandeln mit den Vertretern der Arbeiterorganisation scheinen die Herren wohl noch nichts gehört zu haben. Wir können ihnen aber verraten, daß in Wiesefeld Inhaber von bedeutend größeren Betrieben mit den Vertretern des Transportarbeiterverbandes gemeinschaftlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter geregelt haben, und nach ihrer eigenen Aussage sehr gut damit zufrieden sind. Wenn also die Herren Sprick und Schröder Wert darauf legen, tüchtige und zuverlässige Rutscher zu haben, so können wir ihnen nur empfehlen, sich den heutigen Verhältnissen anzupassen.

Die dann stattgefundenen Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Arbeitsordnung ganz zurückgezogen wurde. Die Herren Sprick u. Schröder hatten wohl eingesehen, daß sie sich den heutigen Verhältnissen denn doch etwas anpassen müssen. Des weiteren haben die Kollegen bei dieser Gelegenheit gleichzeitig Lohnforderungen gestellt und auch erreicht, daß 3 Mann 2 Mk. und die übrigen 1 Mk. Zulage erhalten. Außerdem zahlt die Firma in Zukunft auch die Versicherungsbeiträge. Mit diesem Erfolge können die Kollegen wohl zufrieden sein, ihre Aufgabe ist es nun, das Errungene zu halten.

Meerane. Städtische Betriebe sollen Musterbetriebe sein. Inbezug auf unsere städtische Abfuhr-einrichtung kann man das allerdings nicht sagen, und

Wir müssen unsere Verwunderung darüber aussprechen, daß gegenüber den besseren Verhältnissen in den Privatbetrieben die Stadtverwaltung für die schon früher vorgebrachten Beschwerden in ihrem Betriebe kein offenes Ohr hat. Mittlerweile ist nun auch die Dienst- und Stallordnung für die Kutscher und Weisfahrer herausgegeben, nach der die bei der Stadt angestellten Personen die zweifelhafte Ehre haben, ihre Arbeitskraft ohne eine bestimmte tägliche Einschränkung zur Verfügung stellen müssen. Der betreffende Passus in der Arbeitsordnung lautet: „Die Arbeitszeit für die Kutscher beginnt im Sommer 4 Uhr morgens, im Winter 5 Uhr morgens und endet abends, nachdem die Pferde vollständig abgewartet sind.“ Für die Weisfahrer beginnt der Dienst im Sommer 7/6 Uhr, im Winter 7/7 Uhr und endet, nachdem die Gespanne im Depot eingedrückt und die Wagen und Geräte gereinigt und ordnungsgemäß untergebracht sind. Nun heißt es freilich im Punkt 6: „Abgesehen von Ausnahmefällen, rücken die Gespanne gegen 7 Uhr wieder ein.“ Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Die Kutscher bekommen ihre tägliche Tour vorgeschrieben und diese muß abgefahren werden. So kommt es denn vor, daß abends erst lange nach 7 Uhr die Geschirre heimwärts fahren. Dann müssen erst noch die Pferde versorgt werden, so daß es überhaupt kein Fertigmachen für die Kutscher gibt. In Privatbetrieben hat man seit längerer Zeit bei einer solchen großen Anzahl Pferde einen Futtermeister angestellt. Der im vorjährigen Haushaltsplan eingestellte Lohn von 1200 Mk. für die Kutscher wird nicht ausbezahlt. Unserer städtischen Leitung scheint nicht begreiflich, daß 21. — Mk. für diese lange und schwierige Arbeit der Kutscher (Weisfahrer erhalten nur 20. — Mk.) ungenügend sind. Außerdem enthält auch die Musterarbeitsordnung nichts von einer Bezahlung der Ueberstunden. Bezüglich der Frühstücks- und Vesperpausen ist uns das Verlangen unverständlich, das Brot nicht im Gasthaus einzunehmen. Diese Bevormundung ist nicht am Platze. Noch eins wollen wir heute aus der Dienstangelegenheit herausgreifen. Es ist das Verhängen von Strafen und deren Verwendung. Der Absatz lautet: „Verstöße gegen vorstehende Dienst- und Stallordnung werden mit Geldstrafen bis zu 3. — Mk. bestraft. Die Strafgebühren werden alljährlich zu Weihnachten an Kutscher und Weisfahrer, die sich gut geführt haben, verteilt.“ Offenbar will die Stadtverwaltung Schmeichler und Heuchler großziehen. In Fabriken, wo noch das Strafsystem besteht, werden in der Regel die Strafgebühren unter Zustimmung des Arbeiterausschusses an hilfsbedürftige oder kranke Arbeiter verteilt. Ferner wünschen wir, daß den Wirtschaftsinспекtor einzelnen Personen gegenüber der „gute Ton“ nicht verläßt, damit ein recht harmonisches (so wird's uns ja immer vorgepredigt) Zusammenarbeiten erzielt wird. Den Arbeitern der Abfuhrverwaltung aber empfehlen wir den gewerkschaftlichen Anschluß an den Transportarbeiter-Verband, damit durch dessen Hilfe bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

Salzwedel. Wie Vereinbarungen gehalten werden. Das Versprechen und Halten bei vielen Unternehmern zweierlei ist, haben die Arbeiter schon manchmal erfahren müssen. So ergeht es auch den Arbeitern bei der Firma Gerlach, Eisenwarenhandlung. Als im vorigen Jahre von unserem Verbande für die im Betriebe beschäftigten Arbeiter Forderungen gestellt wurden, kam es infolge der Tätigkeit des Arbeitgeberverbandes zu keinem Tarifabschlusse. Herr Gerlach wies die Vermittlung des Verbandsvertreters zurück, indem er erklärte, er wolle sich mit seinen Leuten selbst einigen. Diese Einigung kam denn auch zustande, ohne daß etwas schriftlich festgelegt wurde. Es wurde eine Lohnerhöhung von 1 bis 2 Mk. pro Woche erreicht. Herr Gerlach versicherte, daß im übrigen alles beim alten bleiben solle. Das ging denn auch eine Zeit lang gut. Plötzlich wurde den Arbeitern, entgegen den bisherigen Gepflogenheiten, bei Erkrankungen usw. der volle Lohn in Abzug gebracht. Vom Verband wurde Herr Gerlach an sein gegebenes Versprechen erinnert und dabei darauf hingewiesen, daß nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches derartige Abzüge nicht gemacht werden dürfen. Als Herr Gerlach auf das Schreiben nicht reagierte, wurde ein Verbandsvertreter vorstellig. Zuerst erklärte nun der Unternehmer, daß er das Schreiben dem Arbeitgeberverband übermitteln habe. Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß derartige Abzüge unzulässig sind, erklärte er, er kenne die Gesetze besser. „Ich habe da sehr, ich habe für Sie keine Zeit mehr.“ mit diesen Worten wies er dem Verbandsvertreter die Tür. Eine Zeit lang ging die Geschichte dann gut. Als dann abermals Abzüge erfolgten, wurde der Unternehmer wiederum auf das Unzulässige dieser Handlungsweise aufmerksam gemacht. Eine Änderung trat jedoch nicht ein, wohl aber erhielt die örtliche Leitung unseres Verbandes ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes, das wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten möchten. Es hat folgenden Wortlaut:

Ihr Schreiben vom 17. ds. Mts. ist uns von der Firma Gerlach zur Beantwortung übergeben. Wir haben darauf zu erwidern, daß die Firma Gerlach im vorigen Jahre einen Lohnvertrag mit ihren Arbeitern vereinbart hat, welcher von Seiten der Firma voll innegehalten worden ist. Sollten Sie einen Verlust dagegen gefunden haben, dann, aber nur dann wollen Sie dagegen eintommen. Wir müssen aber dringend ersuchen, sowohl im Interesse der Firma als auch der Arbeiter die ewigen Beunruhigungen zu unterlassen, zumal dadurch nichts bezweckt wird. Wir lehnen vorläufig jede Verhandlung ab. Auf den weiteren Inhalt Ihres Schreibens können wir nicht weiter eingehen, zumal die angezogenen Beispiele hier nicht passen. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes.
(Name unleserlich.)

Zunächst möchte sich die Verbandsleitung einmal die bescheidene Anfrage erlauben, wann und wer den Arbeitgeberverband um Verhandlungen angegangen ist. Der Arbeitgeberverband hat bei der vorjährigen Verhandlung bewiesen, daß er zur Beilegung von Differenzen gar nicht fähig ist. Diese Ansicht wird durch das Schreiben aufs neue bestätigt. Wenn der Arbeitgeberverband oder seine Mitglieder nicht wissen, daß der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches immer noch Gültigkeit hat, dann muß ihm das einmal an anderer Stelle klar gemacht werden. Den Arbeitern wird aber auch hier bewiesen, wie notwendig in Salzwedel eine starke Organisation ist. Nur durch Einigkeit können solche Zustände beseitigt werden. Den der Organisation noch Fernstehenden rufen wir zu: Hinein in die Organisation, hinein in den Verband!

Des Weiteren möchten wir uns aber auch dringend irgend welche Belehrungen verbitten, wie wir die Interessen unserer Kollegen vertreten sollen. Wir werden zu allen Zeiten und an allen Orten immer dann, wenn es uns besteht und wenn wir die Notwendigkeit dafür einsehen, die Rechte unserer Kollegen vertreten. Herr Gerlach hat sein gegebenes Wort nicht gehalten, wenn der Arbeitgeberverband das Gegenteil behauptet, dann ist er eben von Gerlach falsch unterrichtet worden. Dieser Fall zeigt uns aber wieder aufs neue, wie wenig auf das sogenannte „Ehrenwort“ eines Unternehmers zu geben ist. Öffentlich werden den Kollegen jetzt die Augen geöffnet sein. Wenn solche Verhältnisse beseitigt werden sollen, dann ist es notwendig, daß die Organisation nicht noch besser ausgebaut wird. Wir sind dann auch in der Lage, solchen Geistes der Unternehmer mit dem nötigen Nachdruck entgegenzutreten zu können. Wie notwendig eine starke Organisation ist, wird auch an einem anderen Falle bewiesen. Bei der Firma A. Briest war ein Kollege krank geworden, der schon längere Zeit im Betriebe tätig ist. Nachdem die Krankheit 11 Tage angehalten, erhielt er eines Tages folgendes Schreiben:

Mit heutigem Tage kündige Ihnen Ihre Stellung zu heute über 14 Tage. Ihre Krankheit dauert zu lange. Wenn Sie in dieser Zeit noch bei mir arbeiten können, ist es mir angenehm. Dr. Hoffmann meinte, nächste Woche würde das Arbeiten nicht viel werden.
Hochachtung D o b e r t B r i e s t.

Der Brief sagt auch, wie sicher die Existenz der Arbeiter ist. Wenn ein Prolet sich den Luxus erlaubt, 11 Tage krank zu sein, erkundigt sich der Arbeitgeber — wie es augenscheinlich hier geschehen ist — beim Arzte, wie lange die Krankheit voraussichtlich anhält, und wenn „das Arbeiten nächste Woche noch nicht wieder geht“, erhält der Kranke solch ein Briefchen. Trotzdem sollen die Arbeiter glauben, die Arbeitgeber hätten an ihrem, der Arbeiter, Wohlgehen ein großes Interesse.

Den Kollegen in Salzwedel können wir nur dringend ans Herz legen, die Organisation nach Kräften auszubauen. Unser Feld ist hier noch sehr groß, wollen wir unser Ziel erreichen, dann muß jeder einzelne Kollege seine Pflicht erfüllen. Darum Kollegen, mit frischem Mut an die Arbeit und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

Hielt am 29. April eine Sitzung im Sitzungszimmer der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg ab. Anwesend waren als Vertreter der Genossenschaften die Herren A. v. Elm, S. Lorenz, E. Kerschmer, S. Kaufmann und J. Kiege, als Vertreter der Gewerkschaften die Herren Dreher, Himpel, Friedmann, Lautes, und als Vertreter der Generalkommission Herr Bauer.

Auf Grund freier Vereinbarungen ist der Ortszuschlag für Fahrnau auf 2 1/2 pCt., für Wehlar auf 10 pCt. festgesetzt und für Brandenburg von 7 1/2 auf 10 pCt. erhöht worden.

Das Tarifamt entschied über eine Anzahl von Anträgen, die jedoch nicht von allgemeinem Interesse sind. Es nahm dann den Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1910 zur Kenntnis und erörterte die Frage, ob Genossenschaften, die vor dem Tarifamt verklagt werden oder klagen, das Recht auf Vertretung eingeräumt werden könne. Aus der Einigung eines solchen Rechtes können sich Konsequenzen sachlicher und finanzieller Art ergeben, die unter Umständen ziemlich weittragende Bedeutung haben können. Das Tarifamt lehnte daher diese Anregung ab, behielt sich aber das Recht vor, wenn es das persönliche Erscheinen der Partei für notwendig hält, dieses anzuordnen.

Die Frage, ob das Tarifamt auch die Entscheidungen über Streitfragen übernehmen könne, die aus tariflichen Vereinbarungen zwischen Konsumvereinen und solchen Gewerkschaften entstehen, die keinen Reichstaxi mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine abgeschlossen haben, konnte noch nicht endgültig entschieden werden. Die Bekanntmachung in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, in der die Genossenschaften aufgefordert wurden, solche Tarife einzusenden und eine Meinungsäußerung darüber abzugeben, ob sie es für wünschenswert halten, daß derartige Tarife dem Tarifamt unterstellt werden, hat bisher erst ein recht dürftiges Resultat ergeben. Die Mehrzahl der Genossenschaften hat sich bis jetzt noch nicht veranlaßt gefühlt, die abgeschlossenen Tarife einzusenden. Auch über die Stellungnahme der Gewerkschaften zu dieser Frage liegen abschließende Ergebnisse noch nicht vor. Die Beschlußfassung wurde daher ausgesetzt.

Der genossenschaftliche Vorsitzende
gez. A. v. Elm.
Der gewerkschaftliche Vorsitzende
gez. S. Dreher.

Allgemeines.

Berlin. Bericht über den Arbeitsnachweis der Berliner Verwaltung für das 1. Quartal 1911.

Arbeitslos waren nach Branchen	Gemeldete Stellen (für fest) (a. Aushilfe)	Besetzte Stellen (für fest) (a. Aushilfe)
Hausdiener u. Bacter	1484 1248	2254 859
Kutscher u. Mitfahrer	589 301	82 169
Speidit. u. Lagerarb.	1558 174	1090 120
Weinbrennereiarbeiter	55 22	— 14
Mineralwasserarbeiter	17 7	4 4
Leitergerüstbauer	32 1	54 1
Fensterreiniger	135 91	92 82
Kraftwagenführer	178 76	— 59
Kauf-u. Arbeitsburschen	883 1105	181 610
Arbeiterinn., Bacterinn.	20 17	8 1
	4901 3042	3700 1921 3593
		6742 6514

Arbeitslos blieben am Schluß des 1. Quartals 678 Kollegen, 1605 unterstützungsberechtigte arbeitslose Kollegen erhielten für 88 196 Tage 46 286,20 Mk. Arbeitslosenunterstützung.

51 jugendliche Kollegen erhielten für 798 Tage 406,25 Mk. 5 weibliche Mitglieder erhielten für 96 Tage 69,20 Mk. Insgesamt wurden an 1661 Kollegen und Kolleginnen für 84 085 Tage = 46 761,65 Mk. ausbezahlt.

An 54 auf der Durchreise befindliche Kollegen wurden 94,65 Mk. Reiseunterstützung gezahlt.

Abgereist sind 137 Kollegen. Zugereist sind 125 Kollegen.

Immer wieder müssen wir die Bitte an die Kollegen richten, sich mehr dem Arbeitsnachweis zu widmen. Jeder Kollege muß ein stiller Mitarbeiter sein und das größte Interesse an einer gedeihlichen Weiterentwicklung unseres Arbeitsnachweises haben.

Druckfehler-Berichtigung.

In einem Teil der letzten Nummer des „Courier“, Kopfnote, ist ein Druckfehler enthalten; es soll dort in der zweiten Zeile nicht heißen „und 168 Tagen, sondern 168 Orten.“ D. R.

Mitteilungen des Vorstandes.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher nachstehend genannter Kollegen: In Giesleben: N o b e r t W e b e r, Spt.-Nr. 243 002, eingetreten 2. 5. 1909. In Dresden: K u r t M a g S e n k e, Spt.-Nr. 152 966, eingetreten 8. 12. 10. In Berlin: A l f r e d S c h l i t t e r, Spt.-Nr. 59 853, eingetreten 2. 11. 06; E m i l B e c h m e, Spt.-Nr. 35 920, eingetreten 22. 3. 10; A l f r e d W o d e, Spt.-Nr. 54 203; eingetreten 11. 10. 09; F e r m. S c h m e l i n g, Spt.-Nr. 68 648, eingetreten 22. 1. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: D o s w a l d S c h u m a n n, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen C a r l K a p l e r, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

Für unsere Mitgliedschaft der V i n n e n s c h i f f e r d e s R h e i n s, Sitz Duisburg, suchen wir einen Bürobeamten, der zugleich den Posten eines Kassierers der Mitgliedschaft zu versehen hat. Bewerber muß die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen und in gewerkschaftlichen Büroarbeiten firm sein. Selbstverständlich muß Bewerber auch die Fähigkeit besitzen, bei der Agitation helfen und den inneren Ausbau der Organisation fördern zu können.

H a n d s c h r i f t l i c h e O f f e r t e n sind unter Schilderung der bisherigen Tätigkeit und einer ausführlichen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsangeestellten an den unterzeichneten Vorstand bis spätestens 1. Juni d. S. einzusenden.

Der Vorstandsvorsitzende.

J. A.: D. Schumann.

Bekanntmachung.

Den Bewerbern um die in Nr. 18 des „Courier“ vom 26. März d. J. ausgeschriebene Stelle eines Ortsbeamten für unsere Verwaltung in Magdeburg zur Kenntnis, daß dieser Posten besetzt ist.

Der Vorstand.

Verantwortl. Redakteur: Richard Nürnberg, Berlin. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.

Privatchauffeur.

Die Reisezeit hat begonnen. Täglich trifft Ihr mit nichtorganisierten Berufskollegen zusammen. Macht sie auf den Deutschen Transportarbeiter-Verband aufmerksam und sagt ihnen, daß es in ihrem eigensten Interesse liegt, sich dieser machtvollen und einzig maßgebenden Berufsorganisation anzuschließen. Nehmt stets das Adressenverzeichnis der Verbandsverwaltungsstellen und Agitationsmaterial mit auf die Reise.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1910.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine vermag wiederum auf ein sehr gutes Geschäftsjahr zurückzublicken, ihr Umsatz belief sich auf rund 89 Millionen Mark, ihr Reingewinn auf rund 1 Million Mark. Der diesjährige Geschäftsbericht ist insofern besonders interessant, als er zum ersten Male über Eigenproduktion in größerem Maßstabe berichtet kann. Während die Großeinkaufsgesellschaft bisher nur eine Kaffeerösterei betrieb, hat sie am 1. Januar 1910 die Tabakarbeitergenossenschaft mit ihren drei Zigarrenfabriken übernommen und kann damit hier über ein volles Jahr der Eigenproduktion berichten. Die Seifenfabrik kann noch nicht auf einen vollständigen Jahresabschluss zurückblicken. Sie hat ihren Betrieb im Juni aufgenommen, die ersten Lieferungen erfolgten im Juli.

Die Übernahme der Zigarrenfabriken der Tabakarbeitergenossenschaft fiel in eine sehr ungünstige Zeit, da das am 15. August 1909 in Kraft getretene Gesetz über den Tabakwertzoll noch im Jahre 1910 die Geschäftsergebnisse außerordentlich stark beeinflusste. Trotzdem stieg der Gesamtumsatz von 27 807 Tausend Zigarren auf 30 113 Tausend, das bedeutet eine Umsatzsteigerung von 8,3 pCt. Der Verkaufswert der Zigarren betrug im Jahre 1909 1 285 944 Mark, im Jahre 1910 dagegen 1 477 389 Mark, er vermehrte sich also um 14,7 pCt. Der Umsatz an Tabakfabrikation stieg von 536 385 Mark auf 668 180 Mark.

Da die Zigarrenfabriken von der Tabakarbeitergenossenschaft übernommen wurden, übernahm die Großeinkaufsgesellschaft mit ihnen auch eine Reihe Kunden, die nicht zu den Konsumvereinen gehören. Im letzten Geschäftsjahr, in dem die Fabriken von der Genossenschaft betrieben wurden, betrug der Anteil dieser fremden Kunden am Gesamtumsatz nahezu 31 pCt. Die Übernahme durch die Großeinkaufsgesellschaft führte jedoch eine Steigerung des Absatzes bei den Konsumvereinen herbei, so daß der Umsatz an Fremde nur noch 25 pCt. betrug. Ueber 700 Konsumvereine bezogen ihre Zigarren und Tabakfabrikate von der Großeinkaufsgesellschaft. Die weitere Entwicklung wird sicher dahin führen, daß die Zigarrenfabriken künftig fast ausschließlich für den organisierten Konsum arbeiten, womit die Hauptschwierigkeit, die den reinen Produktivgenossenschaften bei ihrer Ausbreitung im Wege steht, überwunden wäre.

Der Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft gewährt einen interessanten Einblick in die Wirkung des neuen Tabakzolls. Der Mehrumsatz wurde fast ausschließlich bei den Zigarren in der Preislage bis zu 50 Mark erzielt. Hier stieg der Absatz von 14 800 Tausend auf 19 200 Tausend, während er bei den Zigarren in höheren Preislagen von 13 000 auf 10 900 Tausend zurückging.

In den drei Zigarrenfabriken wurden im Jahresdurchschnitt 489 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, davon 124 in Hamburg, 109 in Frankenberg und 256 in Hockenheim. Daß der Anteil der Hamburger Fabrik an der Gesamtarbeiterzahl so niedrig ist, beruht zum größten Teile darauf, daß bei den Hamburger Arbeitslöhnen die Fabrik in der Produktion billigerer Sorten nicht konkurrenzfähig ist und daß man diese daher in den andern Fabriken herstellen lassen muß.

Die Seifenfabrik setzte in den sechs Monaten Juli bis Dezember 2 900 000 Kilogramm um. Der Wert dieses Umsatzes beträgt 1 370 000 Mark. Da ein derartiger, neu eingerichteter Betrieb nicht gleich voll leistungsfähig ist, ist für das nächste Jahr ein bedeutend größerer Umsatz zu erwarten, stieg doch im abgelaufenen Jahre der Umsatz von 400 000 Kilogramm im August auf 670 000 Kilogramm im Dezember. Diese Steigerung wurde erzielt, obwohl die Marktwerte für die Rohprodukte der Seifenfabrik außerordentlich ungünstig waren. Die Dese und Fette, die zur Seifenfabrikation gebraucht werden, wiesen ganz abnorme Preise auf. Derartige Vorgänge hindern naturgemäß eine in der Entstehung begriffene Fabrik bedeutend mehr als eine bereits eingearbeitete und mit ihren Produkten gut eingeführte. Das Gesamtpersonal der Seifenfabrik beläuft sich auf 189 Personen. Das eigentliche Arbeitspersonal bilden 88 Arbeiter und 79 Arbeiterinnen.

Auch die Kaffeerösterei hat einen ansehnlichen Mehrumsatz zu verzeichnen, sie setzte 1 698 000 Kilogramm Kaffee um, gegen 1 554 000 Kilogramm im Jahre 1909, das macht ein Mehr von 9 pCt.

Im Warenhandel sind ebenfalls bedeutsame Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Artikel, die in eignen Packungen mit der Schutzmarke GEG geliefert werden, ist wiederum gestiegen. Es wurden im Berichtsjahre neu eingeführt: Kondensierte Milch, Kaffee, Kakao, Erdnüsse, Suppenwürstchen, Vanille, Zichorien. Für zwei weitere wichtige Artikel, Margarine und Pflanzenbutter, waren am Ende des Berichtsjahres die Vorbereitungen für die Lieferung in eigener Packung noch nicht völlig zum Abschluß gelangt; inzwischen ist jedoch auch hier die Einführung erfolgt. Diese eignen Packungen der Großeinkaufsgesellschaft haben für den organisierten Konsumenten viel größere Bedeutung als mancher denkt. Sie ermöglichen für Artikel, bei denen die eigene Produktion noch nicht angebracht ist, eine Emanzipation von der privat-

kapitalistischen Produktion. Durch Fortfall der Restame und vieler Vertriebskosten sind diese Artikel in eigener Packung billiger als die entsprechenden Markenartikel. Vor allem aber wird auf diese Weise die Kaufkraft konzentriert, dem Fabrikanten stehen nicht mehr die vielen einzelnen Käufer gegenüber, sondern als deren Vertreter ein großes, kapitalträchtiges Geschäft, das jederzeit mit einem Wechsel der Fabrik drohen kann und insofobessen in der Lage ist, die Interessen der Konsumenten wirksam wahrzunehmen.

Von andern genossenschaftlichen Organisationen bezog die Großeinkaufsgesellschaft für 3 600 000 Mark, während sie im Vorjahre nur für etwas über 3 Millionen Mark bezog. Unter den hier in Frage kommenden Betrieben steht dem Umsatze nach an erster Stelle die Papierwarenfabrik der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co. mit 673 000 Mark. Von der Nordhäuser Kantabaklarbeitergenossenschaft wurden für 229 000 Mark bezogen, verschiedene Molkereien und Käseereien lieferten zusammen für 877 000 Mark.

Die Zahl der Gesellschafter der Großeinkaufsgesellschaft ist auch gestiegen, sie beträgt jetzt 675. Die Zahl der Vereine, die von der Großeinkaufsgesellschaft beziehen, ist natürlich bedeutend größer, es waren 1910 1554 gegenüber 1521 im Jahre 1909.

Die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft, die ihren Betrieb 1909 begonnen hat, erhöhte ihren Bestand an Girokonten von 189 auf 280. Die Gesamtumsätze im Giroverkehr betragen:

	im Debet:	im Kredit:
1910 . . .	62 410 598,42 Mark	63 329 534,39 Mark
1909 . . .	35 065 671,68 "	34 953 797,29 "
also 1910		
mehr . . .	27 344 926,74 Mark	28 375 737,10 Mark

ob. 77,9 pCt. Erhöhung ob. 81,2 pCt. Erhöhung
Der Gesamtumsatz der Bankabteilung auf allen Konten einer Seite des Hauptbuchs betrug im Jahre 1910 347,5 Millionen Mark gegenüber 243 Millionen Mark im Vorjahre.

Die Großeinkaufsgesellschaft hat stets eine sehr vorsichtige Finanzpolitik betrieben, so daß sie heute ein außerordentlich kapitalträchtiger Betrieb ist. Ihr gesamtes Betriebskapital belief sich im vergangenen Jahr auf 3 933 161 Mark. Dazu treten nun jedoch sehr erhebliche Zuzugungen aus den Erträgen dieses Jahres, da die Großeinkaufsgesellschaft den Grundbesitz befolgt, in erster Linie ihr Kapital zu stärken und nur geringe Rückvergütungen zu zahlen. Die angeschlossenen Vereine erhalten außer der Verzinsung des Stammkapitals eine Rückvergütung von 2 per Mille, die nichtangeschlossenen Vereine von 1 per Mille. Diese gesamte Rückvergütung beträgt bei einem Gewinne von 1 Million Mark nur rund 167 000 Mark, davon werden dem Reserve- und andern Fonds 770 198 Mark zugeschrieben. Diese Zuschreibungen unterliegen zwar noch der Bestätigung der Generalversammlung. Diese hat jedoch die Geschäftsführung bei ihrer vorsichtigen Finanzgebarung stets unterstützt, so daß an der Zustimmung nicht zu zweifeln ist. Es würde sich dann das Kapital auf 4 703 359 Mark belaufen.

Das gesamte Personal zählte am 31. Dezember 1910 1155 Köpfe, davon entfielen auf die Produktivbetriebe 767 Personen. Im Vorjahre betrug die Personalauszahl nur 334. Ist die Vermehrung auch zum größten Teil auf die Angliederung der Produktivbetriebe zurückzuführen, so hat doch auch in der Zentrale eine Vergrößerung der Räume entsprechend auch eine Vergrößerung der Räume entsprechen mußte. Es wurde am Verwaltungsgebäude Hamburg ein großer Anbau vorgenommen. Die Arbeitsverhältnisse des gesamten Personals sind durch Tarifverträge geregelt, die nicht nur anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen, sondern auch Ferien gewährleisten.

Die Großeinkaufsgesellschaft hat also ein Jahr hinter sich, mit dem sie wohl zufrieden sein kann. Unsere in den Konsumvereinen tätigen Kollegen wollen stets dahin wirken, daß möglichst alle Lieferungsbestellungen der G.-E.-G. übermittlelt werden. Dadurch wird die weitere Ausgestaltung des organisierten Konsums gefördert.

Allgemeines.

Stuttgart. Die starke Fluktuation innerhalb unserer Mitgliedschaft macht es uns zur Pflicht, diese nicht neue, aber höchst unerfreuliche Erscheinung einmal unter die Lupe zu nehmen. Wir wollen dabei nicht allzuweit zurückgreifen, da schon das Material vom Jahre 1910 und vom ersten Quartal 1911 genügt, um festzustellen, daß wir es hier mit einem sehr wichtigen Punkt zu tun haben, zu dessen Beseitigung die Gesamtmithliedschaft beitragen muß. Die Zahl der Neuaufnahmen im Jahre 1910 beträgt 710, dem steht ein wirklicher Mitgliederzuwachs von 352 entgegen. Mit anderen Worten, von 710 neuemgetretenen Mitgliedern sind im Laufe des Jahres wieder 358 ausgeschieden und nur die Hälfte aller Neueingetretenen blieb am Jahresabschluss als fester Mitgliederzuzug bestehen. Dasselbe Bild bietet uns der Abschluß vom 1. Quartal 1911. Der Zahl von 214 Neueintritten steht nur ein wirklicher Mitgliederzuwachs von 112 gegenüber. Wenn auch berücksichtigt werden muß, daß alle im Laufe des Quartals Eingetretenen nicht

mehr mindestens elf Wochenbeiträge leisten können, so sieht doch zweifellos fest, daß bei normaler Verhältnissen der Mitgliederzuwachs im ersten Quartal nicht 112, sondern mindestens 150 bis 160 hätte betragen können. Es ist nun nicht zu leugnen, daß die Fluktuation nicht mehr so groß ist wie in früheren Jahren, namentlich während der Krise, es muß aber auch offen ausgesprochen werden, daß eine weitere Besserung auf diesem Gebiet nicht nur möglich ist, sondern unter allen Umständen herbeigeführt werden muß. Wir haben also die heilige Lastsache zu verzeichnen, daß von je 100 Neueintretenden im Durchschnitt nahezu 50 wieder ausscheiden. Um diesem der Entwicklung der Verwaltungsverhältnisse nicht förderlichen Mißstand beizukommen, ist es notwendig, etwas näher auf die Ursachen der starken Fluktuation einzugehen. Zunächst sei festgestellt, daß die Ursachen nicht in den Austrittserklärungen zu suchen sind. Die erklärten Austritte in einem Quartal betragen selten mehr als fünf. Die allermeisten Abgänge sind darauf zurückzuführen, daß sich ein beträchtlicher Teil nur schwer an die für die Schlagfertigkeit der Organisation so notwendige Ordnung gewöhnen kann. Wie oft haben wir schon die Mahnung ergehen lassen, melde den Wohnungs- und Geschäftswechsel, aber leider wird diese Mahnung nur selten befolgt. Wie oft kommt es vor, daß sowohl die Wohnung als das Geschäft gewechselt wird, aber weder dem Einkassierer noch auf dem Büro wird dies mitgeteilt. Wie oft müssen wir es erleben, daß in einer Geschäftsversammlung eine Reihe von Ausnahmen gemacht werden, wenn aber dann der Einkassierer am darauffolgenden Sonntag das Mitgliedsbuch bringt, ist die Hälfte der Kollegen schon nicht mehr da, so daß es nicht einmal möglich wird, den Betroffenen ihr Mitgliedsbuch einzuhändigen. An diesem unhaltbaren Zustand hat ein Teil der ledigen Kollegen lebhafte Anteil. Dem ledigen Kollegen ist es viel leichter möglich, bei einem Geschäftswechsel auch gleichzeitig die Wohnung zu wechseln als einem verheirateten. Es ist aber für jeden Kollegen eine geringe Mühe, durch Telefonatruf, einer Dreipfeunigpostkarte oder einer Mitteilung an den Einkassierer Meldung von dem erfolgten Wohnungs- oder Geschäftswechsel zu machen. Wenn dem in allen Fällen Rechnung getragen worden wäre, dann hätten wir heute nicht 1145 Mitglieder, sondern mindestens 1500. Es wäre uns dann aber auch recht viele unnötige Arbeit und ebenso viele Ausgaben erspart geblieben. Wir richten deshalb an alle das bringende Ersuchen, jeden der das Geschäft oder die Wohnung wechselt zu veranlassen, daß er seine neue Arbeitsstelle oder Wohnung sofort meldet. Eine unserer wichtigsten Aufgaben muß es sein, nicht nur alle Vierteljahr einige hundert neuer Mitglieder aufzunehmen, sondern auch alles daran zu setzen, das Erreichte zu halten und zu festigen. Wenn neben der erfreulichen Mitarbeit die Mitglieder in Zukunft der leibigen Fluktuation die ganze Aufmerksamkeit geschenkt wird, dann ist der Zweck dieser Zeilen erreicht. Dann werden wir aber auch so stark werden, daß wir in allen Fällen in der Lage sind, uns Gehör und Geltung zu verschaffen.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Brake i. Oldbg. Am 22. April fand unsere außerordentliche Generalversammlung statt. Es wurde der Geschäftsbericht gegeben und die Frage betreffs Einstellung eines Beamten für die Orte Elsfleth, Brake und Nordham erledigt. Die Abrechnung des ersten Quartals gestaltete sich folgendermaßen:

Einnahmen:	
Bestand vom vorigen Quartal . . .	618,01 Mark
81 Aufnahmegebühren a 1 Mk. . . .	81,— "
6194 Wochenbeiträge a 50 Pf. . . .	3097,— "
100 " " a 25 Pf. . . .	25,— "
203 Beiträge zum Baufonds a 25 Pf. . . .	101,50 "
Zusammen	3922,51 Mark
Ausgaben:	
Vertr. Weerdigungsbeihilfe . . .	16,50 Mark
" Gemahregeltenunterstützung . . .	100,50 "
" Extraintersubstanz . . .	15,— "
" Reiseunterstützung . . .	17,— "
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche (Gehalt, Entschädigung, Prozente zc.) . . .	325,10 "
b) sächliche (Materialien, Miete, Telefon zc.) . . .	3,75 "
Versammlungen, Annoncen usw. . . .	120,30 "
Partell- und Sekretariatsbeiträge . . .	25,— "
Porto, Telegramme usw. . . .	18,85 "
Defizit Hafenarbeiter-Verband . . .	54,26 "
Zusammen	3194,76 Mark
Mithin bleibt ein Kassenbestand von . . .	727,75 "
Die Richtigkeit der Abrechnung bestätigen die Revisoren: L. Bischof. L. Thoms.	
Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 1. Quartals 498 männliche, 3 weibliche. Versammlungen wurden abgehalten im letzten Quartal 3. — Dann wurde die Versammlung geschlossen.	

Bremerhaven. Generalversammlung am 10. April. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Kollege Dellerich das Ableben von 6 Kollegen mit. Das Ableben der Verstorbenen wird durch Erheben von den Söhnen geehrt. Es fanden im verflochtenen Quartal 7 Vorstandssitzungen statt, davon waren in zwei Sitzungen Zentralvorstandsmitglieder anwesend; an Versammlungen fanden 30 statt. Dem Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung, dem Zentralvorstand die Kollegen Brandes und Arnemann als Kandidaten für den hier neu zu besetzenden Posten zu empfehlen, sei Rechnung getragen und seitens des Zentralvorstandes der Kollege Brandes angestellt worden. An Neuaufnahmen sind 357 zu verzeichnen; leider haben die Beiträge im Verhältnis zu den Neuaufnahmen nicht gleichen Schritt gehalten; dies zeigt von großer Fluktuation unter den Mitgliedern. In den drei Quartalen seit dem Zusammenschluß sind verkauft vom 1. Juli bis 30. September 1910: 26 925 Marken, vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1910: 26 708 Marken und vom 1. Januar bis 31. März 1911: 28 931 Beitragsmarken. Den Hauptteil der Neuaufnahmen haben die Seeleute geliefert.

Wenn in allen Betrieben am Lande sich eine gleiche Tätigkeit bemerkbar mache, können wir der Zukunft ruhig entgegensehen. Die Arbeitgeber sind jetzt emsig bemüht, einen gelben Verband zu gründen und hat man zu diesem Zweck einen „Arbeitersekretär“ angestellt. Die am Fischereihafen vom vorigen Jahre bekannten Arbeitswilligen hat man dann auch diesem Verbande einverleibt. Ferner planen die Arbeitgeber in der flauen Zeit eine Lohnregulierung vorzunehmen. Daß eine derartige Regulierung nicht zum Vorteil der Beschäftigten ausfallen wird, dürfte jedem wohl bekannt sein. Auch geht man dazu über, in anderen Betrieben für die gelbe Organisation Propaganda zu machen. Redner ersucht, überall, wo derartige Bekanntheit werde, dieses sofort der Ortsverwaltung mitzuteilen.

Die einheitliche Einfassung ist ab 1. April durchgeführt. Mängel, welche sich wohl in der ersten Zeit noch einstellen, bitten wir sofort im Büro zu melden. Von den noch aus dem vorigen Quartal schwebenden Prozessen haben einige ihre Erledigung gefunden; die Klage gegen die Firma Kohlenberg u. Busch ist leider nicht zu unseren Gunsten entschieden, da das Gericht sich auf gegenteiligen Standpunkt stellte. Redner erläuterte noch näher den Hergang dieser Angelegenheit. Erfolg hatten wir gegen die Fischereibetriebsgenossenschaft, welche mit ihrer Verurteilung kostenpflichtig abgewiesen wurde. In dem Steuerprozeß der Seeleute betreffend Steuerveranlagung durch die Stadt Bremerhaven (hier sind 500 Steuerreklamationen bei der Finanzkommission eingereicht worden), wurde die Stadt Bremerhaven kostenpflichtig abgewiesen; jedenfalls wird die Stadt hiergegen Berufung einlegen. Wenn die Seeleute auch für dieses Jahr wieder zur Steuer veranlagt werden, bitten wir, uns hiervon rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit wir die Reklamation rechtzeitig einreichen können. Wer dies versäumt, muß bezahlen. Eine weitere Klage hatten wir mit der Fischerei in Nordensham, wo den Fischerleuten das Lebergeld verweigert wurde; auch diese Klage ist zu unseren Gunsten entschieden; sie datiert noch vom Jahre 1909. Daraus ist zu sehen, wie schwer es dem Seemann fällt, sein Recht zu suchen, wenn er keine Organisation nicht hat. Eine Grenzstreitigkeit mit dem Holzarbeiterverband wurde nach einer Anfrage unsererseits an den Zentralvorstand in Nr. 9 des „Courier“ vom 26. Februar beantwortet und ist auch mit dem Vorstand des Holzarbeiterverbandes ein diesbezügliches Abkommen getroffen worden. Das wäre so im ganzen die Tätigkeit im letzten Quartal. Mit dem Wunsche, daß alle Kollegen bestrebt sein möchten, dem Verbande neue Mitglieder zuzuführen, schloß Redner seine Ausführungen.

Den Kassenbericht gab Kollege Farwig. Demselben ist zu entnehmen: Die Einnahmen inkl. Kassenbestand vom vorigen Quartal betragen 30 176,90 Mk., die Ausgaben 16 332,60 Mk., bleibt ein Lokalkassenbestand von 13 844,30 Mk., ein Mehr gegen das vorige Quartal von 1351,62 Mk.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorstand Decharge erteilt. Dellerich teilt noch mit, daß die jetzigen Büroräume zu klein geworden sind und ersucht darum die Verwaltung zu beauftragen, für geeignete Räume zu sorgen, welches angenommen wurde. An Stelle des aus dem Vorstand ausscheidenden Kollegen Farwig, wurde, da es zweckmäßig erschien, auch einen Kollegen aus dem Hafenbetrieb vom Norddeutschen Lloyd zu haben, entsprechend dem Wunsche des Vorstandes verfahren. Die Angelegenheit des Hausaufsatzes wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt.

Frankfurt a. M. Am Montag, den 10. April, fand hier unsere Quartals-Generalversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß im Laufe des Quartals zwei Mitgliederversammlungen, 87 Sitzungen und Besprechungen und 23 Branchenversammlungen stattgefunden haben. Wenn die einzelnen Branchen nun nicht das geleistet haben, was wir mit Recht von ihnen verlangen können, so ist einerseits der mangelhafte Besuch der Versammlungen, hervorgerufen durch bis in die Nachstunden sich ausdehnende Arbeitszeit, verantwortlich zu machen, andererseits die Faulheit der Kollegen selbst, die es bis jetzt noch nicht für notwendig gefunden haben, zur Verbesserung ihrer Lebenslage sich einer zielbewußten Organisation anzuschließen. Daß sollten sich die Kollegen Handelshilfsarbeiter gesagt sein lassen, daß nur der Deutsche Transportarbeiter-Verband in der Lage ist, die Lebensbedingungen der Kollegen soweit zu heben, daß sie mit den Lebensbedürfnissen in Einklang zu bringen sind. Das kann aber nur geschehen, wenn die Kollegen Handelshilfsarbeiter bis auf den letzten Mann organisiert sind. Dasselbe gilt für die Kollegen Fuhrleute. Wenn wir in Betracht ziehen,

daß zirka 2000 Fuhrleute in Frankfurt a. M. ihr Brot verdienen und nur ein Bruchteil der Organisation als Mitglied angehört, so brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen die erdenklich schlechtesten sind. Ziehen wir einen Vergleich mit den Lohnverhältnissen in kleinen Städten in der Umgebung, so ist es geradezu beschämend für die Kollegen Fuhrleute in Frankfurt a. M., konstatieren zu müssen, daß hier die längste Arbeitszeit und die niedrigsten Löhne zu verzeichnen sind. Es ist unbedingt Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Kollegen, dieses Mißverhältnis aus der Welt zu schaffen. Nur die Kollegen Glasreiniger und Hafnarbeiter sind bestrebt, in regelmäßigen Zusammenkünften das zu beraten, was zur Hebung ihrer Lebenslage in Angriff genommen werden muß. An Lohnbewegungen waren drei zu verzeichnen. Bei unserem Parteiblatt „Volkstimme“ haben wir für sieben Kollegen, denen der Transport der Zeitungen zur Bahn obliegt, eine Erhöhung ihres Einkommens von 1,— bis 2,— Mk. pro Woche erzielen können. Bei der Singer-Nähmaschinen-Gesellschaft, wo ja von einer Lohnbewegung im allgemeinen nicht gesprochen werden kann, da die Firma der Organisierung ihrer Angehörigen den schroffsten Widerstand entgegen setzte und auch ein großer Teil der Kollegen der Organisation mit einem gewissen Standesdünkel begegnet, ist für uns das eine zu beherzigen, der Koalitionsfeindschaft der Firma entgegenzutreten, indem wir nach wie vor die Fabrikate dieser Firma unseren Kollegen nur dann empfehlen können, wenn sich die Verkäufer mit der vom Transportarbeiter-Verband aufgestellten Legitimationskarte ausweisen können. Die Bewegung im Möbeltransportgewerbe, bei der es, wie bekannt, zur Einstellung der Arbeit kam, ist teilweise von Erfolg gekrönt gewesen. Ist es auch gelungen, mit 9 Firmen den von uns vorgelegten Tarifvertrag zu vereinbaren, so hat auf der anderen Seite der Verlauf des Streiks gezeigt, daß die Kollegen Möbelträger noch sehr der Schulung bedürfen, die zur reiflichen und erfolgreichen Durchführung eines eingeleiteten Lohnkampfes nun einmal Vorbedingung ist. Wenn nun bedauerlicherweise noch Personen ihr Unwesen treiben, die jahrelang der Organisation angehört haben, und bei Ausbruch des Streiks ein „Siebenmonat und Hingez“ werden, wie der auch Kollege Fritz Meyer, dessen Verhalten in einem früheren Bericht schon gebührend gekennzeichnet worden ist, so müssen wir immer wieder betonen, im Verkehr mit solchen Elementen die größtmögliche Vorsicht walten zu lassen. Diese Vorsicht müssen wir auch unsern auswärtsigen Kollegen anempfehlen, die Gelegenheit haben, mit diesem „Ehrenmann“ nähere Bekanntschaft zu machen.

Der Kassenbericht den der Ortsangestellte erstattete, unterscheidet sich von früheren Berichten dadurch, daß die Quartalsabrechnung nicht nur ohne Zuschuß von der Hauptkasse aufgestellt werden konnte, sondern sogar ein Ueberschuß als Kassenbestand verbleibt. Wir ersehen aus der uns vorgelegten Aufstellung, daß im Laufe des Quartals 251 Neuaufnahmen gemacht worden sind. Der Mitgliederbestand am Schluß des 4. Quartals 1910 betrug insgesamt 820, am Schluß des 1. Quartals 1911 977 Mitglieder. Es ist mit Berücksichtigung der Ausgeschiedenen bezw. Abgereisten immer noch ein Zuwachs von 157 Mitgliedern zu verzeichnen. An Wochenbeiträgen sind eingegangen 11 185, gegenüber dem vierten Quartal 1910 ein Mehr von 2434 Beiträgen. Der Umsatz an Daufondmarken hat sich ebenfalls von 517 im 4. Quartal 1910 auf 1094 Stück gehoben. Sind die Einnahmen des 1. Quartals 1911 wesentlich höher als die des 4. Quartals 1910, so stehen den erhöhten Einnahmen auf der anderen Seite erhöhte Ausgaben gegenüber. Für Bureaukosten, Aktienstrahl usw., sind in der Abrechnung 177,99 Mk. verbucht. Für Kartell- und Sekretariatsbeiträge sind 46,55 Mk. mehr ausgeworfen worden. Für Hilfsarbeit im Bureau sind 88,— Mk. und an die Hauptkasse sind in bar und Quittungen 4367,23 Mk. abgeführt worden. Wenn wir außerdem mit einem Kassenbestand von 284,67 Mk. abschließen, so ist wohl die Hoffnung berechtigt, in absehbarer Zeit mit noch viel besseren Umschlüssen dienen zu können, wenn jedes einzelne Mitglied dazu beiträgt, und bei allen bieten den Gelegenheiten sich der Organisation zur Verfügung stellt. Zum Schluß macht Redner auf die vom Verbandsvorstand ins Leben gerufenen fakultativen Unterstützungsanstalten aufmerksam und behauptet die schwache Beteiligung an dieser hochwichtigen sozialen Fürsorgeeinrichtung, die letztlich dazu dienen sollen, den großhospitalischen Lebensversicherungen Abbruch zu tun, die ihren Direktoren tausende von Mark an Gehalt und Lanttemen bezahlen, und obendrein bei irgend einem Lohnkampf diejenige Klasse bekämpft, von der sie zum größten Teil die Jahresprämie einzieht. In der Diskussion werden die statutarischen Bestimmungen dieser Einrichtung kritisiert, wonach den Mitgliedern kein klägliches Recht auf die Unterstützungen zusteht. Der Ortsbeamte weist darauf hin, daß diese Bestimmungen im bürgerlichen Gesetzbuche ihre Stütze finden, wonach auch alle anderen Unterstützungen freiwillige sind, da doch die Gewerkschaften keine Versicherungs-gesellschaften und ebensowenig Erwerbsgesellschaften sind. Von einem Kollegen wird angeregt, diese Bestimmungen in einem Vortrag nochmals eingehend zu behandeln, damit auch der letzte Kollege einseht, warum der Zentralvorstand so und nicht anders anders handelt. Weiter ist zu berichten, daß der vorläufige 1. Schriftführerposten durch die Kollegin Aschenbrenner besetzt wurde. Dann wandte sich eine Kollegin an die Versammlung mit der Bitte, den hier zur Zeit bestehenden Mißstand zu einem schnelleren schiedlichen Abschluß zu bringen, dadurch, daß der Konsum aller Milch und Mostereiprodukte bis aufs

äußerste eingeschränkt wird, worauf Schluß der gut besuchten Versammlung eintrat.

Börlitz. In der am 25. April abgehaltenen Generalversammlung gab der Kassierer zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal. Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals 653,07 Mk. Einnahmen 2019,12 Mk., Ausgaben 256,59 Mk. An die Hauptkasse gesandt 836,90 Mk. Bleibt ein örtlicher Kassenbestand von 875,63 Mk. Die Richtigkeit der Abrechnung wird von den Revisoren bestätigt. Darauf nahm die Versammlung den Kartellbericht entgegen. Der Boykott über den Kaiser Wilhelm-Saal in Moys ist aufgehoben, da die Bestirnt des Lokals, die Börlitzer Aktienbrauerei, erklärt hat, in Zukunft allen Parteien den Saal zur Verfügung zu stellen. „Stadt Brunn“ und „Herold“ sind aber weiter streng zu meiden. Den Beschluß des letzten Parteitages, betreffend Schnapsboykott möchten die Kollegen mehr wie bisher beachten. Ein Kollege teilt mit, daß die Arbeiter und Kranführer der hiesigen Maschinenbauanstalt in einer Lohnbewegung stehen. Der Vorsitzende die dafelbst beschäftigten Kollegen, bei etwa nötig werdender Arbeitseinstellung fest zur Stange zu halten. Die Beschwerden einiger Kollegen, welche zurzeit auf Bauten arbeiten, über Mitglieder des Bauarbeiter-Verbandes, welche unsere Kollegen zum Uebertritt zwingen wollten, werden zur Kenntnis genommen. Zur Hebung der Mitgliederzahl soll eine Hausagitation veranstaltet werden, und sollen sich die Mitglieder dazu nötige Material beim Kassierer abholen. Um rege Beteiligung wird ersucht. Das Gartenfest findet den 18. Juni im „Werktner Hof“ statt. Ausmarsch mit Musik vom Hof der Arbeiterdruckerei aus. Die Versammlung beschließt, das Arrangement wie im Vorjahre zu belassen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Leipzig. Quartals-Generalversammlung am 28. April. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Nieder. Aus den gemachten Ausführungen war zu entnehmen, daß im 1. Quartal 9 Lohnbewegungen stattfanden. In drei Fällen mußten die Kollegen ihre Forderungen erst durch Arbeitseinstellung erkämpfen. Grämliche Bewegungen verliefen erfolgreich und brachten den Kollegen neben Verkürzung der Arbeitszeit von 1 bis 6 Stunden wöchentlich, Lohn erhöhungen von 1,— bis 3,— Mk. pro Woche. Außerdem gelang es in einer Reihe von Betrieben Beschaffung der Ueberstunden-, Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie Einführung eines Sonntagsjournaldienstes durchzuführen. In fünf Fällen waren Mitglieder an Streiks- und Aussperrungen anderer Gewerkschaften beteiligt. Groß war auch die Zahl der Differenzen, die zu erledigen waren und die verurachten, daß in 42 Fällen Verhandlungen mit den Unternehmern geführt werden mußten. Von 11 weiteren Lohnbewegungen, die im 1. Quartal mit eingeleitet wurden, haben bisher erst vier Erledigung gefunden. Der geschäftliche Verkehr war ein umfangreicher. Posteingänge waren 657 zu verzeichnen, Postausgänge mußten 2093 erledigt werden. In 19 Fällen wurden Schriftstücke für Kollegen angefertigt, auch gelangte eine Eingabe an die Behörde zum Versand. Der Agitation dienten 71 Versammlungen und 164 Betriebsbesprechungen und Sitzungen. Arbeitslos meldeten sich 589 Verbandsmitglieder, die gezwungen waren, 13 372 Tage zu feiern. Im Arbeitsnachweis wurden 261 offene Stellen gemeldet, von denen 219 besetzt werden konnten. Bei den besetzten Stellen betrug der wöchentliche Durchschnittslohn 26,36 Mk. und die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 10 Stunden. Am Quartalschluß waren 25 Mitglieder arbeitslos. An 239 Mitglieder wurden 5551,— Mk. für 1055 Wochen und 5 Tage Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres ist die Zahl der Fälle um 5 zurückgegangen, auch ist die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung um 1658,90 Mk. gesunken. Erkrankt waren im Quartal 372 Mitglieder, die für 1439 Wochen und zwei Tage 9321,41 Mk. Unterstützung bezogen. Die Zahl der Fälle ist gegenüber dem 1. Quartal 1910 um 125 gestiegen, die Mehrausgabe betrug 3509,26 Mk. Insgesamt wurden im Quartal 18 261,06 Mk. für die verschiedenen Arten der Unterstützungen verausgabt. Zur Mitgliederbewegung ist zu bemerken, daß trotz der großen Zahl der Abgereisten und in andere Verbände Uebergetretenen immerhin eine Zunahme zu verzeichnen ist. Am 1. April zählte unsere Verwaltungsstelle 6057 Mitglieder, darunter 185 Jugendliche und 172 weibliche. Gegenüber dem 1. Quartal 1910 ist dieses eine Zunahme von 612 Mitgliedern.

Nachdem das Andenken von 11 verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt worden war, gab der Kassierer den Kassenbericht. Einer Gesamteinnahme von 80 092,42 Mk. steht eine Ausgabe von 34 056,90 Mark gegenüber, so daß am 1. April ein Lokalkassenbestand von 46 035,52 Mk. zu verzeichnen war. Der Eintrittsgeld wurden 789 Mk. vereinnahmt. Der Gesamtmarkenumsatz erreichte die Höhe von 76 562, darunter 6307 Stück Sekretariatsmarken. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Hieraus erstattete der Obmann der Bezirkskassierer, Kollege Loose, in eingehender Weise Bericht und ersuchte die Kollegenschaft zur fleißigen Mitarbeit für die Organisation. Die Berichte wurden von den Anwesenden mit Befriedigung entgegen genommen.

Unter Gewerkschaftliches entspann sich eine längere Aussprache über die Maßfeler, in welcher der Kollegenschaft zur Pflicht gemacht wurde, sich zahlreich an derselben zu beteiligen.

Marburg a. S. Eine öffentliche Versammlung tagte am 27. April, wo unter anderen die Angriffe auf unsere Fuhrleute wegen des Unfalls des Landrats auf der Tagesordnung standen. Der Besuch dieser Versammlung hat gezeigt, daß es kaum noch eine Schicht Arbeiter gibt, die so gleichgültig in den Tag hineinlebt, wie dies die hiesigen Fuhrleute tun. Denn alle Arbeiter scharen sich zur Verbesserung ihrer wirt-

schafflichen Lage um ihre Organisation. Jeder Arbeiter, und wenn er noch so dumm ist, hat heutzutage das Empfinden, daß er allein gegenüber den Unternehmern machtlos ist...

Die am Donnerstag, den 27. April, im Lokale des Herrn Feßberg versammelten Marburger Fuhrleute erklären sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden.

Mühlhausen im Elßaß. Mitgliederversammlung am 28. April. Im Geschäftsbericht wird konstatiert, daß im letzten Quartal eine intensive Agitation entfaltet worden ist.

München. In der am 23. April 1911 stattgefundenen Generalversammlung der Mitgliedschaft München I referierte ein Kollege über die bevorstehenden Gemeindevahlen...

und erfreuliche Vorwärtsbewegung dürfte neben den ansehnlichen Erfolgen, die der Verband im Laufe des vergangenen Jahres durch eine Reihe von Tarifabschlüssen zu verzeichnen hatte...

Deutscher Transportarbeiter-Verband Kassenbericht pro 4. Quartal 1910. Einnahme.

Table with financial data for the German Transport Workers' Union, including 'An Kassenbestand am 30. 9. 1910' and various income items like 'Beitrüßgelder' and 'Wochenbeiträge'.

Ausgabe.

Table with financial data for expenses, including 'Per Drucklegung der Verbandsorgane', 'Unterstützungen', and 'Ausgaben bei Lohnbewegungen'.

Bilanz. Kassenbestand am 1. 10. 1910: Einnahme 639090,91, Ausgabe 585454,47. Berlin, den 27. 4. 1911. Die Revisionskommission: Verthold Streifner, Adolf Wied, Karl Fröhbrodt, Paul Benz, August Langkau.

Jahres-Abschluß der Hauptkassa p. 1910. Einnahme.

Table with financial data for the main treasury, including 'An Kassenbestand am 1. 1. 1910' and 'An dir. Einnahmen der Hauptkassa'.

* In dieser Summe sind die Kassenbestände der Hafenarbeiter und Seeleute enthalten.

Ausgabe.

Table with financial data for expenses, including 'Per Drucklegung d. Verbandsorgane', 'Unterstützungen', and 'Ausgaben bei Lohnbewegungen'.

Bilanz.

Table with financial data for the balance sheet: Einnahme pro 1910 2141427,49, Ausgabe pro 1910 1954228,29.

Table with financial data for a comparison of quarters: Vergleichende Uebersicht in Quartalen: 1910 Einnahme, Ausgabe, Ueberschuß, Defizit.

großer Majorität Kollege Franz Wagenhuber gewählt. Ein Ausschlußantrag der Ortsverwaltung gegen das Mitglied Martin Söhler, Käsesatzer, wegen Verstoß gegen § 7 Abs. 2a des Statuts wurde einstimmig unterstellt. Nach Erledigung einiger interner Verwaltungsangelegenheiten und Mittellungen erfolgte hierauf Schluß der schon verlaufenen Generalversammlung.

Nordenham. Sonnabend, den 24. April, fand unsere Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Kollegen Boyts in üblicher Weise. Der Vorsitzende erstattete den Geschäftsbericht, aus welchem zu entnehmen ist: Versammlungen fanden 3 statt, Sitzungen wurden 4 abgehalten; der Eingang an Briefen und Drucksachen betrug 87, der Ausgang 44; am Schlusse des Quartals betrug der Mitgliederbestand 271. Infolge der Arbeitslosigkeit am Hafen reifte ein Teil der Mitglieder ab, daher erklärte sich der Rückgang gegenüber dem 4. Quartal. Da jetzt die Arbeitslosigkeit an der Pier besser geworden ist, so wird zweifellos das 2. Quartal uns einen Zuwachs bringen und dadurch die Scharte wieder ausheilen. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer. Die Einnahmen betragen 2274,13 Mk., die Ausgaben 1560,71 Mk., somit verbleibt ein Kassenstand von 713,42 Mk. Für die Hauptkasse wurden vorausgibt an Krankenerhaltung 102 Mk., an Erwerbslosenunterstützung 125,65 Pf., an Extraunterstützung 20 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Zum Punkte Maisfeier entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde angeregt, daß diejenigen Kollegen, welche ohne wirtschaftliche Schädigung den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen können, die Maisfeier in dem Sinne begehen mögen. Allen anderen Kollegen wurde das Kleben der Maimarken empfohlen, um dadurch den Maisfond zu stärken. Hierauf wurden die Mißstände an der Pier einer Kritik unterzogen und die Ortsverwaltung beauftragt, in nächster Zeit eine Versammlung der Hafenarbeiter einzuberufen, die sich mit den Mißständen beschäftigen soll. Im Anschluß daran wurden 4 Vertrauensmänner gewählt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Dhlau i. Schl. In der letzten Mitgliederversammlung schilderte uns der Gauleiter die Entwicklung und die Kämpfe im Transportgewerbe. Dabei haben wir gesehen, wie wichtig unser Verband ist; er greift in das ganze wirtschaftliche Leben ein. Ferner wurden die Kollegen Bogreba als 2. Vorsitzender, Schmiedt als Kassierer, Müller als Hilfskassierer gewählt. Der Gauleiter tadelt den schlechten Zusammenhalt der Kollegen in Dhlau. Kollegen, wie viele gibt es noch, die in Gleichgültigkeit und Dummheit dahinleben, auch diese müssen hinein in die Gewerkschaften. Auch wurden die Kollegen ermahnt, jeden Schnapsgenuß zu meiden, und sich nicht länger von den Junkern ausplündern zu lassen. Weiterhin wurden die Kollegen noch ermahnt, nicht in der Agitation zu erlahmen und Solidarität zu üben. Arbeiter dürfen nicht in Lokalen verkehren, wo sie nicht hingehören. Sie verzeihen dort nur ihr Geld, um dafür ausgelacht zu werden.

Spandau. Am 22. April fand unsere überaus zahlreich besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht des Bevollmächtigten war erfreulicherweise zu konstatieren, daß die Zahl von 500 Mitgliedern bereits überschritten ist. Die Tätigkeit der Verwaltungstätigkeit war, bedingt durch die zahlreichen Lohnbewegungen und Streiks, eine äußerst intensive. Redner geht des längeren auf die Erfahrungen beim Ausbruchstreik bei der Firma Weinhardt, der mit gutem Erfolge, nach 14-tägiger Dauer, für die Kollegen beendet wurde, ein. Der Streit bei der Firma Thomas dauere allerdings noch an und sei in absehbarer Zeit, da die Firma Vergleichsverhandlungen zur Zeit noch ablehnt, noch nicht mit der Beendigung desselben zu rechnen. Pflicht der streikenden Kollegen ist es, jetzt, nachdem der Unternehmer selbst Verhandlungen vor dem Gewerbegericht abgelehnt habe, erst

recht auszuhalten, da der Unternehmer mit seinen Hamburger und Essener „nützlichen Elementen“ auf die Dauer den Betrieb nicht aufrecht erhalten kann. Es ist aber auch Ehrenpflicht der organisierten Kohlenarbeiter Spandaus, den Streikenden moralisch zur Seite zu stehen und alles zu versuchen, um Arbeitswillige abzuhalten, welches bei dem jetzt ausnahmsweise guten Organisationsverhältnisse der Kohlenarbeiter ein Leichtes ist.

Der geschäftliche Verkehr der Verwaltung spiegelt sich in nachstehenden Zahlen wieder: Eingänge, Briefe und Karten 27, Drucksachen 1, Pakete 47; Ausgänge, Briefe und Karten 65, Drucksachen 235, Flugblätter, Sandzettel usw. 26 700, Geldsendungen 1. Schriftstücke für Mitglieder wurden 16 angefertigt und zwar 7 gerichtliche Klagen, 3 Verfügungen gegen Entschädigungen. Es fanden statt: 1 öffentliche Versammlung, 3 Mitgliederberatungen und 66 Besprechungen und Sitzungen. Lohnbewegungen fanden 5 im Laufe des Quartals statt, und zwar 4 ohne ArbeitsEinstellung, sowie ein Angriffstreik, die alle mit Erfolg für die Beteiligten beendet wurden. In den Lohnbewegungen ohne ArbeitsEinstellung waren 34, an dem Angriffstreik 27 Personen beteiligt.

Redner forderte zum Schluß seiner Ausführungen die Kollegen dringend auf, in Zukunft die bürgerliche Presse aus ihren Wohnungen zu entfernen, die in den beiden Streiks sich wieder, wie allgemein bekannt, auf die Seite des Unternehmertums gestellt habe. Dann fordert Redner zu weiterer Agitation auf, damit das 6. Hundert Mitglieder im nächsten Quartal nicht nur erreicht, sondern überschritten werde.

Den Kassenbericht gab der Ortskassierer und war daraus zu entnehmen, daß auch in finanzieller Beziehung die Verwaltung vorwärts schreitet.

Table with 2 columns: Category, Amount. Includes Kassenbestand vom 4. Quartal, 71 Aufnahmen à 1 Mk., 8 Aufnahmen à 0,50 Mk., 4263 Beiträge à 50 Pf., etc.

Table with 2 columns: Category, Amount. Includes Derst. Beerdigungsbeihilfe, Streikunterstützung, Gemeindeförderung, etc.

Aus Mitteln der Hauptkasse wurden ferner im Laufe des Quartals an Unterstüzungen gezahlt für: Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Streikunterstützung, Gemäßigtenunterstützung, Beerdigungsbeihilfe. Zusammen 1789,66 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 503 und zwar 413 männliche und 92 weibliche. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt. Dem Antrage der Ortsverwaltung auf Ausschluß der Mitglieder Albert Bäder, Emil Kubow und Karl

Steinurth wegen Streikbruch, wurde nach kurzer Diskussion einseitig zugestimmt. Ebenfalls wurde dem Beschluß der Gewerkschaftsverbände, nach welchem jeder Kollege, welcher am 1. Mai arbeitet, einen Betrag von 50 Pf. sowie die weiblichen Mitglieder 25 Pf. an den Maimarkunterstützungsfond einstimmig gutgeheißen und ist daher auf Grund dieses Beschlusses jedes Mitglied verpflichtet, eine Maimarke zu 50 bzw. 25 Pf. vom dem Beitragskassierer zu entnehmen.

Nachdem noch auf die politische Organisation des Proletariats und die Presse der Arbeiter aufmerksam gemacht worden war, erfolgte Schluß der gut verlaufenen Generalversammlung.

Jahres-Abschluß der Verwaltungsstellen pro 1910. Einnahme.

Table showing income and expenses for the year 1910. Includes An Kassenbestand am 1. 1. 1910, Beitrittsgelder, Wochenbeiträgen, etc.

Table showing expenses for the year 1910. Includes Der örtliche Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Beerdigungsbeihilfe, etc.

Abrechnung der Verwaltungsstellen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes pro 4. Quartal 1910.

Large table with multiple columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' across various districts (Or.-Bez., Städt., etc.). Columns include 'Zahl der Mitglieder', 'Bestand vom vorigen Quartal', 'Beiträge', 'Sonstige Einnahmen', 'Derstliche Krankenunterstützung', etc.

Mitglieder aus allen Branchen und Distrikten des Bezirks Groß-Berlin.

Am Mittwoch, den 17. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr, in Stellers Festsaal, Köpenickerstraße 96:

Ordentliche General-Versammlung pro 1. Quartal 1911.

Tages-Ordnung: 1. Mitteilungen. 2. Geschäftsbericht pro 1. Quartal: a) des Vorsitzenden; b) des Kassierers; c) des Arbeitsvermittlers. 3. Diskussion. 4. Anträge der Funktionär-Versammlung auf Einführung des Delegierten-Systems für die General-Versammlungen und andere Anträge. 5. Geschäftliches.

Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen und als Legitimation vorzuzeigen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Wer länger als 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.

Die Bezirksverwaltung.

Am Sonntag, den 4. Juni 1911, (1. Pfingstfeiertag), in der Brauerei Friedrichshain (Königstor), Am Friedrichshain 16/23:

Großes Früh-Konzert

ausgeführt von der 40 Mann starken Kapelle des Neuen Berliner Konzert-Orchesters unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Männerchor der Transportarbeiter“ (Mitgl. des A.-S.-B.) — Bei ungünstiger Witterung findet Konzert und Gesang im großen Saale statt.

Kasseneröffnung 5 Uhr. — Anfang des Konzerts 6 Uhr. — Entree 20 Pfg. — An der Kasse 25 Pfg. — Programm gratis.

Die Kaffeelücke ist von 5 Uhr früh an geöffnet. 1 Liter 90 Pfg., 1/2 Liter 50 Pfg. Kaffee auch in Portionskannen, 4 Tassen Inhalt 40 Pfg., 6 Tassen Inhalt 60 Pfg., 12 Tassen Inhalt 1 Mark.

Am Sonntag, den 18. Juni 1911: Zwei große Volks-Sommer-Feste.

1. Neumanns Volksgarten früher Mente, Lichtenberg, Röderstraße, zweiter Eingang Landsberger Chaussee.

Garten-Konzert, Spezialitäten ersten Ranges auf 2 Bühnen. Im Parquet-Saal: Großer Ball.

3 Kaffeelücken. Fadelpolonaise, Volksbelustigungen etc.

Größter Sommergarten, 25 000 Personen fassend. Bei ungünstiger Witterung Kiefenschutzgelte.

2. Insel-Restaurant, Blögensee, Seestraße, Am Verbindungskanal unweit Bahnhof Weuffelstraße.

Garten-Konzert, Spezialitäten, großartige Schaunummern, stark besetztes Orchester, Berliner Uk-Crio.

Im Saal und Champetre: **GROSSER BALL.**

Kaffeelücken in beiden Lokalen über 80 Pfg. Volksbelustigungen. Fadelpolonaise. Jedes Kind erhält am Eingang zum Garten Kopfbedeckung und Stochlaterne gratis.

Entree in beiden Lokalen 20 Pfg. Kasseneröffnung 1 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Billets an der Kasse 25 Pfg. Programm gratis. — Sehr günstige Fahrverbindungen sind nach beiden Lokalen vorhanden.

Billets sind bei den Kassierern, Vertrauensleuten, Zahlstellen und in den Büros der Sektionen zu haben.

Da die herrlichsten Lokale gewählt sind, auch Unkosten in keiner Weise gescheut wurden, wird erwartet, daß die Mitglieder mit ihren Verwandten und Bekannten sich zahlreich einfinden. — Massenbesuch erwartet. Das Komitee.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Bekleidungsindustrie.

Engros-Konfektion, Massbranche u. Ladengeschäfte, Hausdiener, Packer, Radfahrer und Laufburschen aus der Damen-, Herren-, Pelz-, Kinder- und Blusen-Konfektion, Hut-, Mützen-, Putzledern-, künstliche Blumenbranche, sowie alle in offenen Verkaufsstellen tätige Berufskollegen!

Gemeinsame Versammlung

am Montag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Arbeitsnachweisssaal, Alte Leipzigerstr. 1.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Vorsitzenden der Ortskrankenkasse der Handelsleute, Kaufleute, Apotheker, Kollegen Richard Mühlberg: „Die zukünftige Reichsversicherungssicherung ein Schandgesetz für die Arbeiterklasse.“ 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Kein Trinkzwang.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet das Erscheinen sämtlicher Berufskollegen.

Die Branchenleitung.

Lederbranche!

Hausdiener und Packer aus obiger Branche werden ersucht, in der am Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal von Richter, Klosterstr. 62, stattfindenden

Branchen-Versammlung

bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag, 2. Diskussion. 3. Geschäftliches. Einen wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Holz-Industrie.

Hiermit diene den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Branchenversammlung für Monat Mai ausfällt.

Am Donnerstag, den 25. Mai (Himmelfahrt):

Grosse Herrenpartie

nach dem Grunewald und den Gabelbergen. Die Kollegen werden ersucht, sich pünktlich um 7 Uhr an dem Standbild der Bismarck, Alexanderplatz, einzufinden. Für Nachzügler ist Treffpunkt zum alten Freund in Reichelswerder bis 12 Uhr.

Kollegen! Die Tour ist nicht zu groß, auch ist jedem Gelegenheit gegeben, sich auszuruhen, es werden alle Wünsche befriedigt werden. Darum wird um recht rege Beteiligung gebeten.

Die Branchenleitung. J. A.: Rob. Komers.

Textilbranche!

Hausdiener, Packer, Radfahrer aus der Stoff-, Leinen-, Tuch-, Woll-, Baumwoll-, Teppich-, Manufaktur-, Weisswaren-, Wäsche- und Dekatur-Branche!

Am Dienstag, den 23. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr,

Gr. Branchen-Versammlung

in den „Mustler-Sälen“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Die heilige Dreieinigkeit: Geldsack, Krummstab und Säbel. Ref.: Red. Paul Müller, Berlin. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Wir richten das dringende Ersuchen an alle Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Kein Verzug darf unvertreten sein! Keiner darf fehlen! Bringt die Unorganisierten mit!

Die Branchenleitung.

Markthelfer, Boten aus den Buchhandlungen und Journal-Lesezirkeln, Hausdiener, Packer, Kutscher aus den Papier- und Pappen-Engros-Firmen, Buchdruckereien, Buchbindereien und der Papierverarbeitungs-Industrie.

Am Montag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im neuen Arbeitsnachweisssaal, Alte Leipzigerstr. 1.

Große Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe und in den Buchbindereien und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 3. Berufsfragen. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen jedes einzelnen unbedingt erforderlich. Kein Buchdruck-Buchbindereibetrieb darf fehlen! Bringt die Unorganisierten mit! Zur Ausstellung von Legitimationskarten muß das Mitgliedsbuch vorgelegt werden. Erscheint in Massen! Jeder Kollege erhält als Versammlungsbesucher einen Stempel im Versammlungs-Kontrollblatt.

Die Branchenleitung.

Hausdiener und Kutscher aus den Wäsche-Verleih-Geschäften Berlins.

Die Abstempelung der Kontroll-Karten für den Monat Juni findet am Montag, den 29. Mai, abends 7 1/2—9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 11, statt. Spätere Abstempelungen finden nicht statt. Mitgliedsbücher müssen vorgelegt werden. Bezüglich der Markfonds-Marken ist dem Beschluß der Berliner Gewerkschafts-Kommission nachzukommen.

Die Branchenleitung.

Einkassierer und Kassenboten!

Am Donnerstag, den 18. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Haberland, Untenstr. 78:

Große Versammlung

Das Erscheinen aller Kollegen ist der äußerst wichtigen Tages-Ordnung wegen unbedingt erforderlich.

Die Branchenleitung: J. A.: Ernst Thieme.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Verbandsmitglieder aller Branchen!

Seit Montag, den 27. März, befinden sich unsere Kollegen bei der Holzplaster- und Jalousie-Fabrik von Heinrich Freese in Nieder-Schönbäumen in einem Abwehrstreik, weil dieser angebliche konstitutionelle Unternehmer seinen Arbeitern die Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften nicht gestatten will.

Der Streik-Dundersche Gewerksverein sowie die christlichen Verbände liefern diesem selbstherrlichen Unternehmer Arbeitswillige.

Da dieser Streik von höchster prinzipieller Bedeutung für alle frei organisierten Arbeiter ist, so richten wir an alle unsere Verbandsmitglieder das dringende Ersuchen, dafür sorgen zu wollen, daß die zur Zeit bei Freese in Arbeit getretenen Leute über den wahren Sachverhalt des Streiks aufgeklärt werden.

Zur näheren Orientierung über die Ursachen des Streiks verweisen wir auf den Bericht im „Courier“ vom 9. April, Seite 167.

Der Betrieb Freese gilt für alle organisierten Arbeiter solange als gesperrt zu betrachten, bis der Unternehmer das freie Koalitionsrecht seiner Arbeiter respektiert. Hoch die Solidarität!

Die Sektionsleitung, J. A.: A. Nibsch.

Vertrauensmänner

aus sämtlichen Brauereien u. Niederlagen Groß-Berlins.

Am Donnerstag, den 18. Mai d. J., pünktlich abends 7 Uhr, findet im Saal III des Gewerkschaftshauses eine Sitzung obenbezeichneter Gruppe statt. Da die Tages-Ordnung eine sehr wichtige ist, wird erwartet, daß die Kollegen vollständig erscheinen.

Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter und Kutscher
aus den Grossdestillationen, Wein- und Bierversand-
geschäften sowie den Mineralwasser- und Essig-
fabriken Berlins und Umgegend.

Hiermit diene den Kollegen zur Nachricht, daß unsere
Monats-Versammlung für den Monat **Mai** ausfällt.
Am **Donnerstag, den 25. Mai, (Himmelfahrt):**
Große Herrenpartie nach Straußberg.

Abfahrt früh 7¹⁰ Uhr vom Schleisschen Bahnhof bis
Straußberg. Wanderung durch den Wald (1 Std.) nach
dem Lokal „Zum hungrigen Wolf“, **Glases Bier 10 Pfg.,**
Weißer 20 Pfg., daselbst Frühstückspause. Von dort aus
nach dem Böhler, hier Mittagspause. Dann weiter über
Spitzmühle nach Straußsee, Restaurant Wolfsthal, **Kaffee-
pause, Kegelspiel, Skatoppen usw.,** sodann über
Annathal, Schlagmühle zurück nach Bahnhof Straußberg.
Kollegen! Die Tour ist nicht zu groß, auch ist
jedem Gelegenheit gegeben, sich auszuruhen, es werden
alle Wünsche befriedigt werden. Darum wird um
recht rege Beteiligung gebeten.

Die Branchenleitung.

Kollegen Fenster- und Messingputzer!

Am **1. April 1911** befindet sich unser
Zentralarbeitsnachweis für Fenster- u. Messingputzer
Engel-Ufer 15, Hof links 3 Treppen
Telephon: Amt 4, 1006 und 3348.

Auf Beschluß der Branchenversammlung ist jeder
organisierte Fensterputzer oder Messingputzer ver-
pflichtet, Arbeit nur durch den oben benannten Arbeits-
nachweis anzunehmen.

Das Umfragen nach Arbeit ist nicht gestattet.
Unser Arbeitsnachweis ist geöffnet von morgens
6-8 Uhr und abends 5-7 Uhr.

Neue Stellen sind sofort dem Arbeitsnachweis
zu melden.

Die Branchenleitung, J. A.: F. Lambrecht.

Kollegen Fenster- und Messingputzer!

Mitglieder-Versammlung
am **Mittwoch, den 17. Mai 1911, abends 6 Uhr,** bei
Feuerstein, Alte Jakobstr. 75

Tages-Ordnung: 1. Streitvergehen vor Gericht. Ref.:
Stadtvogt Dr. Kurt Rosenfeld. 2. Dis-
kussion. 3. Geschäftliches.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Branchenleitung.

Leitergerüstbauer, Platzarbeiter und Kutscher.

Am **Samstag, den 14. Mai, vormittags 10 Uhr,**

Große Versammlung

im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5.**
Tages-Ordnung wird noch näher durch Handzettel be-
kannt gegeben.
Die Branchenleitung.

Ober-Schöneweide.

Zeitungsfrauen!

Am **Montag, den 15. Mai, abends 8^{1/2} Uhr,** im
Lokale von **Wagnere, Wilhelminenhofstr. 18,**

Versammlung

aus sämtlichen Expeditionen und Zeitungs-Niederlagen von
Ober-Schöneweide, Nieder-Schöneweide und Johannisthal.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag, Ref.: Kollegin Fel.
Wittkop. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

J. A.: J. Wegel.

Ober-Schöneweide.

Am **Sonntag, den 20. Mai, abends 8^{1/2} Uhr,**
bei **Wagnere, Wilhelminenhofstr. 18,**

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, des Kollegen Wegel.
2. Diskussion. 3. Geschäftliches.
Kollegen! Agitiert für guten Besuch dieser Ver-
sammlung.

Die Agitationskommission.

Sektion III (Strassenbahner).

Voranzeige!

Unsere diesjährige

Herrenpartie

findet am **4. Pfingstfeiertag** statt. — Treffpunkt morgens
8 Uhr am **Öblicher Bahnhof.**

Am **Sonntag, den 20. Mai 1911, abends 8 Uhr,**
im „**Englischen Garten**“, Alexanderstr. 27 c:

Große Versammlung

für die gesamten technischen Angestellten der **Großen
Berliner Straßenbahn.**

Die Tages-Ordnung wird durch Handzettel noch näher
bekannt gegeben.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, für einen guten
Besuch derselben Sorge zu tragen.

Die Sektionsleitung, J. A.: O. Ortman.

Sektion IV.

Geschäfts- und Privathauffeure!

Am **Montag, den 15. Mai, abends 9 Uhr,** im
„**Englischen Garten**“, Alexanderstraße 27 c:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Die Reichs-
versicherungsordnung“. 2. Diskussion. 3. Einführung
des Delegiertensystems zu unseren Orts-Generalsver-
sammlungen. 4. Ersatzwahl zur Branchenleitung.
5. Verschiedenes.

Wir erwarten, daß alle Verbandskollegen unserer
Berufsgruppe sich an dieser sehr wichtigen Versammlung
beteiligen. Kollegen, welche unserer Organisation
beitreten wollen, haben Zutritt.

Am **Eingang des Saales** legitimiert das
Mitgliedsbuch.

Die Branchenleitung.

Kraftwagenführer.

Aufforderung.

Hierdurch fordern wir die Kollegen auf, uns
diejenigen Betriebe zu nennen, wo dauernd 24
Stunden gefahren wird.

Die Branchenleitung.

Wilmersdorf.

**Kollegen aller Branchen! Automobil-
Droschkenführer, Kutscher, Hausdiener usw.**

Am **Montag, den 22. Mai 1911, abends 7 Uhr,**
findet im Lokale von **J. Schilling, Lauenburger-
straße 20-21 (zur Lauenburg), eine**

Versammlung

statt. — Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen
A. Beder über: Die Bedeutung der Gewerbegerichts-
wahlen. 2. Aufstellung von Kandidaten als Gewerbe-
gerichtsbeisitzer. 3. Diskussion.

Um pünktlichen und zahlreichen Besuch wird ge-
beten.

Die Distriktsagitationskommission.

Achtung!

Gewerbegerichtswahlen Wilmersdorf.

Die Wahlen der Arbeitnehmer finden am **Sonntag,
den 28. Mai 1911, in der Zeit von 10 Uhr
vormittags bis 2 Uhr nachmittags,** statt, und zwar:

- in dem 1. Wahlbezirk, der dem 8. Polizeirevier
entspricht, im Restaurant „**Viktoria-Garten**“,
Wilhelmsaue 114/115;
- in dem 2. Wahlbezirk, der dem 10. Polizeirevier
entspricht, im Restaurant „**Kaiser Wilhelm-Garten**“,
Kurfürstendamm 121/122;
- in dem 3. Wahlbezirk, der dem 9. und 11. Polizeire-
vier entspricht, im Restaurant von „**Gebell**“,
Uhlandstr. 188/189;
- in dem 4. Wahlbezirk, der dem 7. Polizeirevier
entspricht, im Restaurant „**Stadtpark**“, Kaiser-
allee 51/52.

Berliner Lokales.

In der Nacht vom 14. zum 15. April ist
eine Wagenbede verloren gegangen. Der ehrliche
Finder wird gebeten, dieselbe bei **Oskar Schulze,
Schönhauser Allee 57,** abzugeben.

Eine **Pferdebede** ist gefunden worden.
Abzuholen bei **Mebel, Liebenwalderstr. 59, 1 Et. r.**

Ehrenerklärung!

Die Beleidigung gegen den Kollegen **Kauf-**
mann nehme ich hiermit zurück und erkläre den-
selben für einen ehrenhaften Kollegen.

Freis Schnapp.

Sektion V.

Industriearbeiter.

**Mitglieder aus der A. E. G. Brunnenstrasse
und Voltastrasse.**

Am **Montag, den 22. Mai 1911, abends 6^{1/2} Uhr,**
im Lokale von **Dramer, Süsslenstr. 40:**

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Die letzten Vor-
gänge im Betriebe und unsere gegenwärtige Stellung.“
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Es wird erwartet, daß jeder es als Ehren-
pflicht betrachtet, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Auch
ist dafür zu sorgen, daß alle Kollegen von dem Stattfinden
dieser Versammlung Kenntnis erlangen. Daher ist es not-
wendig, eine recht rege und nachhaltige Agitation zu ent-
wickeln.

Verbandsbuch dient als Legitimation.

Handzettel sind bei **Mitloweit, Voltastr. 39,** nieder-
gelegt und können von hier je nach Bedarf bezogen werden.
Carl Fromke.

Schilderermacher!

Zu unserer **Herrenpartie**, die für **Donnerstag, den
25. Mai (Himmelfahrtstag)** in Aussicht genommen ist,
sei folgendes bekannt gegeben:

Die Kollegen treffen sich bis spätestens **7^{1/2} Uhr früh**
an der **Endstation der Straßenbahn in Tegel.** Wir
bitten um recht rege Beteiligung.

Die Branchenleitung.

J. A.: Carl Helm.

Charlottenburg.

Am **Sonntag, den 4. Juni 1911 (1. Pfingstfeier-
tag),** im großen herrlichen Garten des „**Gesellschafts-
haus**“, **Wilmersdorf, Wilhelmsaue 112:**

Großes Früh-Konzert

ausgeführt von einer starken Kapelle des **Neuen Berliner
Konzertorchesters** (Dirigent: Musikdirektor **Honigmann**)
unter Mitwirkung des **Wilmersdorfer Gesangsvereins**
„**Männerchor**“ (Mitgl. d. Arb.-S.-V.)

Kaffeeöffnung 4 Uhr. **Anfang 5 Uhr.**

Die Kaffeefläche ist von 5 Uhr an geöffnet. Kaffe-
kochen 70 Pfg. Kaffee auch in Portionstassen.

Billet 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg.

Billets sind in den Verbandsbüros sowie im Gesell-
schaftshaus, Wilhelmsaue, im Volkshaus-Restaurant **Rosinen-
straße (Stehbierhalle),** sowie bei den Eintasslern, Ver-
trauensleuten und Zahlstellen zu haben.

Die Mitglieder mit ihren Familien, sowie Freunden
und Bekannten sind hiermit freundlichst eingeladen.

Zahlreichen Besuch erwartet **Das Komitee.**

Bretterträger, Platzarbeiter, Hafenarbeiter.

Am **Sonntag, den 21. Mai, vormittags 10 Uhr,**
im „**Adligstadt-Kasino**“, **Holzmarktstraße:**

Große Mitglieder-Versammlung.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung
bekannt gegeben.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches
oder ausgefüllten Aufnahmeformulars.

Wer länger wie 8 Wochen im Rückstande ist, hat
keinen Zutritt.

Jeder Kollege muß anwesend sein.

Die Branchenleitung.

Cöpenick und Umgegend.

Bezirk **Adlershof.** Am **Sonntag, den 14. Mai,**
im **Waldsteins Lustgarten, Bismarckstr. 24:**

Feier des 5. Stiftungs-Festes

unter Mitwirkung des Gesangsvereins „**Froh Sinn**“, **Ad-
lershof (M. d. A.-S.-V.),** der **Männer- und Damen-
Abteilung** des Arbeiter-Turn-Vereins „**Adlershof**“ (M.
d. A.-S.-V.), des Arbeiter-Radfahr-Vereins „**Vorwärts**“,
Adlershof, (M. d. A.-S.-V.), des **Ringsport-Vereins**
„**Deutsche Kraft**“ (M. d. A.-S.-V.).

„**Berliner Aktivist**“.

Festrede.

gehalten vom Landtagsabgeordneten **Genssen Liebknecht.**

Konzert. . . Tanz. . . Kinderbelustigungen.

Jedes Kind erhält einen Bon zur **Stollaterne** am
Eingang gratis.

Eintritt 25 Pfg.

Herren, welche am **Tanz** teilnehmen, zahlen **50 Pfg. nach.**
Die Kaffeefläche ist von **2 Uhr** ab geöffnet.

Die Kollegen aus sämtlichen Bezirken treffen sich um **2 Uhr**
bei **Ulbricht, Adlershof, Sedanstr. 3/4.**

2^{1/2} Uhr Abmarsch nach dem **Bahnhof Adlershof.** Um
3 Uhr Empfang der Berliner und auswärtigen Kollegen.
Festzug durch **Adlershof** nach dem **Festlokal.**

Zahlreichen Besuch der Berliner Kollegen erwartet

Die Bezirksleitung. Das Festkomitee.

Bezirk **Cöpenick.** Am **Donnerstag, den 18. Mai,**
abends **8^{1/2} Uhr,** bei **Mag. Golze, Kaiserin Augusta**
Viktoriastr. 15:

Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Mitteilungen. 2. Kartellbericht.
3. Unsere Stellungnahme zu den Sommer-Versammlungen.
4. Verschiedenes.

Zahlreiche Beteiligung sämtlicher Kollegen erwartet

Die Bezirksleitung.

Bezirk **Grünau.** Am **Sonntag, den 21. Mai,**
nachmittags **3 Uhr,** bei **Franz, Köpenickerstraße:**

Bezirks-Versammlung.

Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung
bekannt gegeben.

Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, für
diese Veranstaltungen eine rege Agitation zu entfalten.

Die Agitationskommission.

Verantwortlicher Redakteur: **Franz Wetzig, Berlin,**
Verlagsanstalt „**Courier**“, G. m. b. H.
Druck: **Maurer u. Dinnick, Berlin, Waldenstr. 37.**